

Die deutsche Fieberkurve

Überlegungen zur
Politik

G. Ullrich

2. Auflage

GUWG-Verlag

Die deutsche Fieberkurve

Überlegungen zur Politik

Teil 1

von G. Ullrich

Gewidmet:

Einem zukünftigen, souveränen, sozialen, deutschen Rechtsstaat

Für Anregungen und Kritik stehen wir gern zur Verfügung. Sollten Sie weitergehende Fragen haben, so können Sie sich an den zuständigen Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises wenden, denn jedem im Deutschen Bundestag sitzenden Volksvertreter liegen diese Überlegungen persönlich vor.

3. Auflage

© Copyright 1999

GUWG-Verlag, Rathausstrasse 51, 50169 Kerpen-Horrem ISBN 3-934323-01-4

Inhaltsverzeichnis

Seite

Teil 1

Zur 3. Auflage	1
1 Einleitung	2
2 Definitionen	8
Überlegungen	13
Die Gründung des Deutschen Reiches	14
Der Erste Weltkrieg	17
Der Versailler Frieden	23
Das Dritte Reich	28
Der 3. September 1939.	32
Die Vorstufe des Zweiten Weltkriegs beginnt	
BRD und DDR	71
Das «Vorspiel» zur deutschen Wiedervereinigung	79
Die deutsche Wiedervereinigung	93
Die aktuelle Politik der «Anständigen»	107
Die Zukunft	124
Abschluss	139
Offizielle Schreiben zu diesem Buch	140

Teile 2

	142
1 Einleitung	143
2 Überlegungen	146
Auf der Suche nach den Anfängen	146
Die politische Lage anno 1900	149
Die Ursachen	153
Die Probleme	157
Das Konzept	167
Die Planung	169
Die Problemlösung	174
Die Ursprünge der modernen Politik	184
Der vorletzte Schritt	193
Der Abschluss? Das letzte Ziel?	197

Zur 3. Auflage

In dieser 3. Auflage sind nur geringfügige Veränderungen gegenüber der vorherigen Auflage enthalten.

Obwohl zwischenzeitlich, in der Folge der hier vorliegenden Überlegungen, manches passiert ist, besonders zu nennen nur die Ereignisse am 11.9.2001, der Autor sich mit den vielen noch offengebliebenen Fragen und den verschiedenen ungeklärten Widersprüchen nicht zufriedengeben wollte, soll der ursprüngliche Überlegungsansatz nicht aktualisiert oder auch korrigiert werden. Soll doch der *gedankliche Weg aus dem heute weltweit geglaubten* Bild der Zeitgeschichte erhalten bleiben. Obwohl diese Überlegungen noch nicht die vollständige Wahrheit offenlegen, so bilden sie aber den Weg zu ihr. Einen Weg, wie ihn jeder gesellschaftspolitisch *Gläubige* selbst nachverfolgen kann.

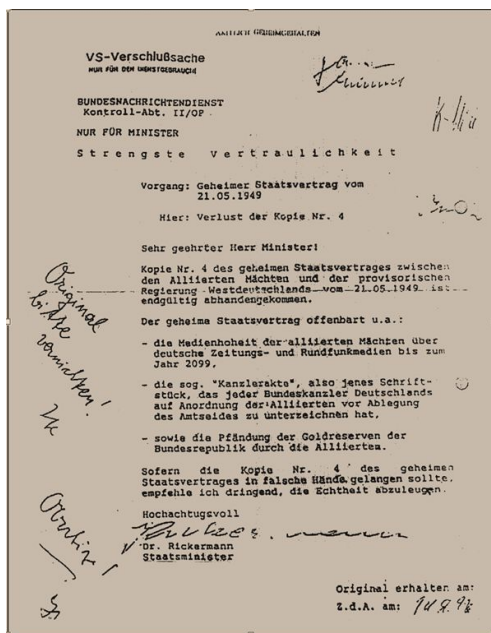
Was insbesondere das Unverständnis für heutige politische Entwicklungen, Konzepte und auch einzelne Ereignisse ausmacht, findet seinen Grund in der Vergangenheit. Unserer Vergangenheit, die andere für uns aufgeschrieben und uns gelehrt haben und auf der wir unsere ganz persönliche Weltanschauung aufgebaut haben. Einer Weltanschauung, die bei näherem Hinsehen von vielen Ungereimtheiten und Widersprüchen zusammengehalten wird. *Nur muss die Wahrheit ohne den allergeringsten Widerspruch, ohne jedes Dogma, auskommen!*

Erst wenn zwei Weltkriege, ihre Planer und Profiteure er- und bekannt sind, erst dann lässt sich auch die aktuelle Politik verstehen. Nur, auch dieses Verständnis hat ihren Preis. *Es kostet die eigene Weltanschauung*, sollte die da heissen: wir leben in einer Demokratie, einem freiheitlichen Rechtsstaat.

Wie es um den Ersten Weltkrieg bestellt war, ist im Teil 2 angesprochen. Und auch was den Zweiten Weltkrieg angeht, wurde der Autor fündig. In zwei Schritten. Zwei Ereignisse: am 14./15.3.1939, der deutsche Einmarsch in die Tschechei und am 9.4.1940, der deutschen Besetzung Norwegens und Dänemarks.

1 Einleitung

Diese Überlegungen überhaupt angestellt zu haben und dazu angeregt worden zu sein, hatte seinen Anstoss in dem folgenden Dokument. Einem Dokument, an das zu gelangen reiner Zufall war. Ein Dokument, mit dem auch die mehr als 2-jährigen Arbeiten an einer Dokumentation (Gegen Domino – die Staatsmafia, ISBN 3-93432300-6) ihren Abschluss fanden. Einer Dokumentation, die letztlich bei der deutschen Wiedervereinigung mit erstmals vollständig und lückenlos nachgewiesenen, kapitalen Regierungsverbrechen, extremem Hochverrat und einem politisch ausgeschalteten Rechtsstaat endete.



Das Besondere an den nachgewiesenen und dokumentierten, riesigen Wiedervereinigungsverbrechen der deutschen Bundesregierung war die Feststellung, dass sich für niemanden, auch für keine Gruppe, ein passender Vorteil aus den angerichteten gewaltigen Schäden finden liess. Die Geschädigten zu finden war weitaus einfacher. Ein passend dimensionierter Vorteil fand sich erst, als über den Tellerrand ge-

schauf wurde, d.h., alle Vorteilnehmer von bundesdeutschen Regierungsverbrechen sassen im Ausland, oder waren letztlich alle Länder ausser eben Deutschland. Verbrechen im Inland, um dem Ausland Vorteile zu verschaffen. Zu solchen Kanzleranweisungen mussten Ursachen zu finden sein; es musste Gründe dafür geben.

Eine Möglichkeit waren die Hinweise aus dem vorgestellten Dokument, so es denn echt sein sollte; insbesondere der enthaltene Hinweis auf eine Kanzlerakte. Das gezeigte Dokument selbst wurde an verschiedenen Positionen manipuliert und kann in der vorliegenden Form nicht echt oder korrekt sein. Dies betrifft zunächst das Datum 18.9.93/96. Wenn, so müsste es erstens aus den 50-er Jahren datieren, und zum Zweiten gab es zu keiner Zeit einen Staatsminister Dr. Rickermann. Ausserdem wäre allein ein Schreiben eines Staatsministers, unter dem Briefkopf des BND, an einen anderen Minister abgedandt, sachlich unsinnig. Erklärbar ist solches nur, wenn es sich bei dem unterschreibenden Dr. Rickermann um einen Mitarbeiter des BND handelte, der seinem Minister etwas mitzuteilen hatte. Wie aber war die Echtheit eines solchermassen veränderten Dokuments zu prüfen? Eine korrekte Bestätigung würde wohl niemand abgeben. War aber auch der Inhalt unpassend?

Und noch eine zweite Frage stellt sich: Aus welchem Grunde wurde dieses, wenn auch offensichtlich manipulierte, Schreiben der Öffentlichkeit zugespielt? Sollten mit der Veröffentlichung des Dokuments vielleicht nur ganz andere, aktuell-politische Absichten getarnt werden?

Allein im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung war es zu einer Vielzahl von Entscheidungen und staatskriminellen Machenschaften gekommen, die alle nur mit der Wahrnehmung ausserdeutscher Interessen durch eine deutsche Bundesregierung sinnvoll zu erklären waren. Sollten ausländische Interessen der tatsächliche Grund für diese Vorgänge sein, so wäre damit auch der Inhalt der angesprochenen Kanzlerakte offengelegt, d.h., der Kanzler der Bundesrepublik würde in seiner Kompetenz einem Protektoratsverwalter gleichkommen, und

die Akte entspräche damit einem Anstellungsvertrag bei einer ausländischen Macht.

Wenn nun das Dokument selbst schon nicht zu prüfen war, so blieb nur die Alternative, den darin angesprochenen geheimen Staatsvertrag zu prüfen. Ein Staatsvertrag, der in seiner Bedeutung einem geheimen und damit nichtöffentlichen Friedensvertrag – als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs – gleichkommen würde. Die Prüfung selbst konnte somit nur aus den seinerzeitigen Ursachen und Zusammenhängen erfolgen, um so zur Existenz der Inhaltspunkte des gesamten Staatsvertrages zu gelangen.

Der Schlüssel musste in Deutschlands Vergangenheit liegen.

Ein paar graue Zellen begannen sich zu bewegen. Zu deren Tätigkeit waren keine weitergehenden speziellen Kenntnisse, auch kein besonderes Fachwissen oder gar das Auftauchen zuvor unbekannter Details erforderlich. Da ein jeder über ein paar graue Zellen verfügt, sich wohl ganze Heerscharen von Historikern wie auch andere Interessierte mit den gleichen Themen jahrelang beschäftigt haben, sind als das Erstaunlichste an den Überlegungen eigentlich nicht deren Ergebnisse zu sehen, sondern noch weitaus mehr, dass sie nicht wie selbstverständlich in den Geschichtsbüchern stehen und als Allgemeinwissen gelten, womit dann aber auch der heutige globalpolitische Zustand dieser Welt ein anderer wäre. Allein das logische Zusammenfügen von einigen historisch gesicherten Fakten führte dazu, die tatsächlichen Zusammenhänge zu finden und den grössten Betrug der Weltgeschichte zu entlarven. Und dies mit Mitteln, die jedermann zur Verfügung stehen. Nicht etwa die betriebene Propaganda oder deren Qualität und Penetranz sind das Erstaunliche, sondern, dass diese Propaganda bis heute imstande war und ist, die recht einfach zu findende Wahrheit zu überlagern, und niemand bisher das aufgebaute Lügengeflecht entfernen konnte, wollte, oder, vielleicht besser, durfte.

Allein die oft gehörte Historikermeinung, dass sich z.B. der Erste Weltkrieg «zufällig ergeben habe», ist wenig überzeugend, da selbst

kleinste politische Ereignisse sich nicht «zufällig ergeben», sondern immer das Ergebnis von – von welcher Seite auch immer betriebenen – Aktivitäten, also Resultat aus der Umsetzung einer Planung, sind. Eben so, wie seit Jahrtausenden Politik betrieben wird. Und da soll doch tatsächlich ein Weltkrieg «sich zufällig ergeben haben»?! Solche Resultate als ernsthafte wissenschaftliche Forschung überhaupt jemandem zuzumuten, zeigt, welche argumentative Not herrscht, und dass die tatsächlichen Forschungsergebnisse entweder nicht in den Kram passten, oder auch manche Unterlage «unauffindbar» war. Nur selbst das Fehlen von Unterlagen hat letztlich auch seine Gründe und hat sich nicht – wie angeblich ein kompletter Weltkrieg – «zufällig» ergeben.

Darüber hinaus tut sich noch eine ganz andere Frage auf: «Was muss begleitend konstruiert werden, um ein solches Lügenvorhaben, wie die *Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts*, zu konstruieren und langfristig im Bestand zu sichern?» Und welche Konsequenzen ergeben sich für die real existierende Welt, wenn die Seifenblase platzt?

Da überall dort, wo statt eines Rechtsstaates nur Willkür und Terror regieren, der staatlichen Grundordnung auch die darauf aufbauende demokratische Legitimation fehlt, besagt dies, ***dass die aktuellen Zustände, die in der Bundesrepublik Deutschland herrschen, alles andere, nur nicht demokratisch sind!***

Über die deutschen Interessen wird nicht in Deutschland, nicht von seiner Regierung, und schon gar nicht von seinem Volk entschieden. Demnach wäre man mit Forderungen nach einer Änderung der politischen Zustände in Deutschland immer an der falschen Adresse. Solche Forderungen, die fundamentale deutsche Interessen betreffen, müssten folglich auch den Ansprechpartnern vorgetragen werden, die auch die Zwangs-, Fremd- oder Ostarbeiter gefunden haben: US-amerikanischen Gerichten und Politikern.

Nur hat Politik wenig oder überhaupt nichts mit Justizeinrichtungen oder Recht zu tun. Die eigene Politik an Rechte zu binden, diesen Luxus hatte sich nur ein Staat wie Preussen leisten können. Nur der ist

bekanntlich 1945 «untergegangen». Dient Recht heute doch ausschliesslich dazu, machtpolitischen Zielen und Aktionen eine «berechtigte» Lackierung zu verpassen, um so die Politik als rechtlich unangreifbar und abgesichert verkaufen zu können.

Die hier angestellten und aufgeschriebenen Überlegungen konzentrieren und beschränken sich nur auf die höchsten politischen Denkebenen, und lassen so jedem Leser genügend Freiraum, um sie mit eigenen Überlegungen oder gar Recherchen in alle Richtungen selbst ergänzen zu können.

Sowohl in der Vergangenheit, als auch heute noch, bildeten und bilden allein preussisches Gedankengut und die aus der preussischen Gesellschaft und Erziehung übernommenen, politischen Werte und Tugenden, davon insbesondere die Rechtsgebundenheit der eigenen Politik, das grösste Hindernis beim Verständnis der historischen und politischen Wahrheiten.

Denn es ist keine preussische und auch keine deutsche Politik, also auch keine rechtsgebundene Politik, die es zu verstehen gilt!

Allein die Vorstellung, dass eine nationale Regierung kriminell agiert, eine Politik gegen die eigene Nation betreibt, dass Beamte

nicht staats- und rechtsverpflichtet arbeiten, war nur in Preussen und im preussisch denkenden Deutschen Reich unmöglich. Wenn Sie heute Politik verstehen wollen, so müssen Sie sich zuvor selbst von allen preussischen Tugenden und preussischen Werten freimachen. Dies ist die wohl wichtigste Voraussetzung zum Verständnis der gesamten Politik des 20. Jahrhunderts.

Aber das ist Ihr Problem.

Dieses Buch enthält aufgeschriebene Überlegungen. Dazu lag bei Beginn dieser Überlegungen das Resultat nicht etwa schon abgeschlossen vor, sondern es entwickelte sich aus dem «political-correctnes» Geschichtsbild, wie es von allen Medien heute verbreitet wird. So

kann es vorkommen, dass manche zeithistorischen Ereignisse mehrfach behandelt werden. So mussten allein die Ursachen des Ersten Weltkriegs insgesamt dreimal behandelt werden, bevor der passende Zusammenhang und das korrekte Verständnis gefunden war. Was die Entstehung und damit die Schuldfrage zum Zweiten Weltkrieg betrifft, so kommen diese Überlegungen über die Feststellung einer Grosszahl von Unstimmigkeiten des heutigen Bildes nicht hinaus. Sie zu beseitigen und die Wahrheit auch in diesem Punkt zu finden, das war die anschliessende Aufgabe.

Also, dies sind Überlegungen, die auch von dem (der) Leser(in) seinen (ihren) Teil erwartet: selbst zu überlegen.

2 Definitionen

Bei den hier anzustellenden Überlegungen soll nur das berücksichtigt werden, was auf der höchsten Ebene nationaler und internationaler Abstimmungen, Verhandlungen und Entscheidungen stattfand. Schriften zu historischen Detailanalysen füllen auch so schon ganze Bibliotheken. Was dabei, bei allen Details und Analysen, häufig vermisst wird, sind der Gesamtüberblick und die grossen Zusammenhänge. Der *rote Faden*, der alles durchzieht und zusammenfügt, und aus dessen abgegrenzter Betrachtung sich viele Details erst verständlich und nachvollziehbar erklären lassen.

Nur auf diesen roten Faden, der sich erst aus der Betrachtung der allerhöchsten politischen Faktoren finden und verfolgen lässt, sollen sich die hier anzustellenden Überlegungen konzentrieren. Wir wollen diese höchsten Werte als politische Interessen bezeichnen. Die politischen Interessen eines jeden Landes definieren die höchsten Ziele al-

ler politischen Pläne und Absichten. Um sie umzusetzen, können unterschiedlichste Strategien gewählt werden, die im Gegensatz zu den Interessen selbst von neuen Regierungen auch neu bestimmt werden können. Nur die Interessen haben immer Bestand, stehen davon völlig unberührt, und unterliegen nur dann einer Änderung, wenn sich die Gesamtposition, also die Machtrelation, eines Landes durch grosse Ereignisse gravierend ändert.

Damit können nicht nur viele Regierungsentscheidungen und sonstigen Ereignisse vernachlässigt werden. Der eigentliche Vorteil einer solchen Betrachtung liegt insbesondere darin, dass sich politische Zusammenhänge und Abhängigkeiten recht einfach erkennen lassen, und alle Fragen und Analysen auf das Wesentlichste konzentriert werden können. Dieses Wesentlichste aller Politik geht immer von einem aus: Dem politischen Interesse. Dieses politische Interesse eines Staates baut sich für jeden Staat, jeden Staatsmann und zentralen Entscheidungsträger, gleichartig auf:

- Im Zentrum des Interesses steht zunächst die Sicherung des eigenen Bestandes, des Bestandes der eigenen Nation und des eigenen Volkes.
- Dieses Interesse ist immer eng verknüpft mit einem zweiten Hauptinteresse, dem Streben nach Verbesserung und Erweiterung, der Erringung von eigenen Vorteilen, gleichbedeutend mit einer Zunahme an Macht und Einfluss.

Diese beiden Bestandteile des politischen Interesses bilden den Kern allen politischen Handelns. Einschränkungen oder gar Regeln und Moralitäten, nach denen diese Interessen wahrzunehmen sind, existieren nicht. Die Vorgabe von moralischen Werten zur Rechtfertigung aussenpolitischer Massnahmen entlarvt diese Massnahmen immer und in jedem Fall als solche, deren tatsächliche Ursachen, nach moralischen Massstäben gemessen, unmoralisch sein müssen, da sie ansonsten direkt genannt würden. *Moralitäten in der Politik sind immer nur propagandistische Tarnungen.*

Die Durchsetzung der politischen Interessen eines Staates wird generell durch die zu Verfügung stehenden Machtmittel bestimmt. Diesen zuzurechnen sind aber nicht nur solche, die für jedermann erkennbar sind, wie z.B. eine gute militärische Ausstattung, sondern noch wichtiger ist die Macht zur Manipulation und Täuschung (so z.B. die Geschichte vom lachenden Dritten, auch als teilen und herrschen bekannt).

Weder die Form, noch die Ideologie der Regierungs- oder Machtstruktur eines Landes verändern die grundsätzlichen politischen Interessen. Ob Monarchie, Diktatur, Demokratie. Die Interessen selbst bleiben davon unberührt.

Erst gemeinsame Interessen machen aus einem Volk eine Nation. Die Konsequenz aus dem Bestand der Interessen aller Nationen führt im Zusammenwirken dazu, dass das Interesse an der eigenen Bestandsicherung zwangsläufig den Gewinninteressen der anderen entgegensteht und diese damit einschränkt, während die Wirkung des zweiten Interesses entsprechend umgekehrt ist. Für jede Nation ist die Vertretung der eigenen Interessen lebens- bzw. existenzbestimmend. Keine Interessen haben ist damit gleichbedeutend mit einer Pseudo-Existenz. In einem Protektorat werden die Interessen von aussen vorgegeben und nach innen verwaltet.

Nun ist die gesamte neuzeitliche Entwicklung durch die permanent andauernden Versuche geprägt, die eigenen Interessen durchzusetzen. Um dies möglichst gezielt und geplant zu tun, werden dazu Grundstrategien entwickelt.

Um nicht nur Geschichte, sondern auch die aktuelle Politik eines jeden Landes zu verstehen, ist es zwingende Voraussetzung, die Prioritäten seiner Interessen zu kennen, eine evtl. vorhandene, ideologische Bindung zu erkennen und daraus die Grundstrategien zu analysieren. Sollen die Hintergründe von internationalen Ereignissen verstanden werden, so müssen zuvor diese beiden Faktoren, die Interessen und die Grundstrategien aller an den Ereignissen Beteiligten, bekannt sein.

Während die Interessen immer Bestand haben, können die Grundstrategien sich ändern, was aber nur sehr langsam erfolgen kann. Somit sind beide, Interessen und Grundstrategien einer jeden Nation oder Macht, nichts, was über Nacht entsteht und andere Länder überraschend trifft oder vor ihnen überhaupt geheimzuhalten ist. Diese Faktoren legen sich, zumindest bei genauerer Betrachtung, meist selbst offen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Analyse rückbetrachtend erfolgt, da in diesem Fall zusätzlich bereits stattgefundene Ereignisse beim Rückschluss auf die dazu vorhandenen Grundstrategien zweifelsfreie Hinweise liefern.

Eine Konzentration auf Interessen und Grundstrategien befreit insbesondere von allem, was bei detaillierten Analysen eines der grössten Hindernisse bildet, die politische Tarnung und Täuschung, die Propaganda. Sie, meist angewendet, um Stimmungen zu erzeugen, Absichten zu verbergen oder wenig Rühmliches moralisch neu einzukleiden, kann völlig ausgeklammert werden, bleibt somit ohne jeden Einfluss auf die Analyse. Selbst jede Form von Fälschung bleibt unberücksichtigt und ohne Wirkung.

In Geschichtsbüchern ist zu solchen Themen wenig zu lesen, und selbst in solche Richtung gehende, analysierende Kommentare sind kaum zu finden. Statt dessen ist dort zu lesen, dass z.B. eine Emser Depesche zum deutsch-französischen Krieg führte, dass die Ermordung eines österreichischen Thronfolgers den Ersten Weltkrieg auslöste, der deutsche Überfall auf Polen den Zweiten, oder dass die Sowjetunion mangels Leistungskraft ein Konkursfall der Geschichte wurde. Damit werden Grossereignissen Begründungen untergeschoben, die kaum den Ansprüchen von Anlässen genügen, geschweige denn als Ursachen auch nur im Entferntesten in Betracht kommen. Erst wenn die jeweils beteiligten Mächte feststehen, die dort herrschenden Interessen und Grundstrategien abgegrenzt betrachtet werden, zeigen sich die tatsächlichen Gründe und Hintergründe für solche weltpolitischen Ereignisse. Es zeigen sich oft recht einfache Gründe, die häufig erst durch später entwickelte, aus propagandistischen

Gründen gemalte Tarnanstriche übertüncht und in manchen Fällen soweit überpinselt wurden, bis ein Rappe als Schimmel in den Geschichtsbüchern auftaucht.

Den Ausgangszeitpunkt für die folgenden Überlegungen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zu legen, hat seinen Grund in der gängigen Darstellung des Bildes, welches seit 1871 von Deutschland gezeichnet wird und heute mit jedem Tag negativer wird. Sicherlich ist eine der Ursachen die, dass Deutschland selbst seit 1918 nur noch eingeschränkten, und seit 1945 keinen Einfluss auf das von ihm und seiner Entwicklung gezeichnete Bild hatte. Die Maler dieses Bildes waren andere, die mit dem Malen weitestgehend ihre eigenen Absichten verfolgten. Um die Geschichte der letzten 150 Jahre über die jeweils herrschenden Interessenlagen aufzuarbeiten, wollen wir uns im Kern auf Deutschland konzentrieren, da, nach dem heute gängigen Geschichtsbild, die wesentlichsten Ereignisse dieser Zeit hier *angeblich* ihren Ursprung hatten. Betrachten wir also die deutsche Politik, angefangen Mitte des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts. Da, wie schon angesprochen, weder auf teilweise komplex konstruierte Propagandageflechte, noch auf Details eingegangen werden soll, ist zum Verständnis geschichtliches Allgemeinwissen völlig ausreichend.

Nicht gutes oder schlechtes Wissen ist auszugraben, sondern es reicht völlig aus, wenn Sie jetzt Ihre grauen Zellen auf die optimale Betriebstemperatur bringen. Soll mit diesen Überlegungen doch nichts Geringeres erreicht werden, als jedem die Möglichkeit zu geben, die Welt, insbesondere aber die heutige bundesdeutsche «political-correctness»-Gesellschaft so zu sehen, wie, und insbesondere, was sie tatsächlich ist.

3 Überlegungen

Die, vordergründig betrachtet, vieles auslösende, zentrale weltpolitische Figur des gesamten zu betrachtenden Zeitraumes und der darin stattgefundenen Entwicklungen trägt einen Namen: Fürst Otto von Bismarck.

Schon die vorherige gesamte historische Entwicklung vom germanischen zum deutschen Volk war immer durch seine geographische Lage, die Grösse des Volkes und der sich aus beiden Faktoren ergebenden Machtstellung geprägt. Einer Machtstellung, die letztlich jede Interessenwahrnehmung aller anderen europäischen Völker, zumindest aber seiner Nachbarn, beeinträchtigen und einschränken musste. Seit dem geschichtlichen Erwachen des germanischen Volkes, wobei dieses Erwachen nicht zufällig zum Untergang des römischen Imperiums beitrug, kam keine politische Entwicklung mehr am deutschen Volk vorbei.

Allein diese Kenntnis stellte jedes andere Volk immer vor die Entscheidung, sich mit dem deutschen Volk zu arrangieren, oder es zu zerstören, d.h., es völlig zu vernichten oder aufzuteilen. Mit dem Ergebnis des 30-jährigen Krieges war das Letztere eingetreten, überarbeitet in der napoleonischen Zeit.

Die Gründung des Deutschen Reiches

Bismarck war überzeugter Preusse und loyaler Vertreter der Hohenzollernmonarchie. Er war nie etwas anderes und wurde auch nie etwas anderes. Seine gesamte Politik stand immer unter diesen beiden Vorzeichen. Inwieweit Bismarcks Politik von den Mitte des 19. Jahrhunderts herrschenden nationalen Strömungen beeinflusst wurde, ist unerheblich, da sein Handeln auch ohne diese Einflüsse kaum anders gewesen wäre. Als hohenzollernergebener und preussenüberzeugter Politiker standen für Bismarck und seine Politik zwei Fragen im Mittelpunkt:

1. Wie ist das preussische Königshaus zu erhalten und seine Macht zu fördern.
2. Wie ist der preussische Staat zu stabilisieren und seine Position zu verbessern.

Ausgangspunkt für diese Fragen war die gegebene Situation. Preussen war die wohl kleinste der europäischen Grossmächte. Neben Österreich-Ungarn und dem zaristischen Russland waren dies Frankreich und das als koloniale Weltmacht darüber abgesetzte England. Den Weg Preussens in die Position einer Grossmacht, wenn auch der Kleinsten von allen genannten, hatte es, entstanden aus einem märkischen Sandhaufen, über geschickte Eroberungskriege und noch geschicktere dynastische Heirats- und Erbschaftspolitik geschafft. Mitte des 19. Jahrhunderts gab es aber weder etwas zu erben, noch waren direkte kriegerische Eroberungen zu Lasten der anderen Grossmächte möglich. Preussens Entwicklung hatte ihren Endpunkt gefunden. Für Preussen und Bismarck bot sich nur eine Möglichkeit. Und die lag fast zwingend auf der Hand: Die Schaffung eines alle deutschen Fürsten und Fürstchen umfassenden Staates unter Führung Preussens und des preussischen Königs. Dieses umzusetzen war ohne Zweifel eine politische Glanzleistung. Obwohl von solchen Absichten keine andere damalige Grossmacht direkt durch eigenen territorialen Verlust betroffen war, mussten sich allein aus einer preussischen Machtsteigerung

erhebliche Gewichtsverlagerungen, also zumindest indirekte Nachteile für alle anderen, ergeben. Während Russland Bismarcks Vorhaben offensichtlich tolerierte und wenig beeindruckt war, England in seiner Weltmachtrolle ebenfalls nicht angetastet wurde, musste dies von Frankreich und insbesondere von Österreich-Ungarn völlig anders gesehen werden.

Österreich-Ungarns Interessen mussten durch das Entstehen eines deutschen Staates unter der Führung Preussens erheblich verletzt werden. Zumindest das historisch oft genutzte, sich aus der Vielzahl der deutschen Einzelstaaten anbietende Koalitionspotential würde vollständig verloren gehen. Fast gleichgewichtig waren die Konsequenzen für Frankreich. Hatte doch *Frankreich* seine Bedeutung überhaupt erst durch die Auflösung des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erlangen können, und war seine Stellung als Grossmacht doch nur durch die Zerkrümelung Deutschlands in seine kaum noch überschaubare Einzelstaatenvielfalt möglich geworden. Mit der Entstehung eines deutschen Gesamtstaates würde zwar Frankreichs Bestand nicht gefährdet, aber zumindest würde damit für alle Zeiten die Erringung politischer Vorteile gegen die Interessen Deutschlands unmöglich gemacht werden. Daran änderte auch der Besitz oder Verlust Elsass-Lothringens nicht das Geringste.

Und auch bei den Hauptbetroffenen, eben bei der Grosszahl der *deutschen Fürsten* und Fürstchen, war zumindest partiell mit erheblichem Widerstand zu rechnen, denn ihre Länder würden doch gar ihre Existenz, ihre Souveränität verlieren.

Dies war die Konstellation, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts jeder Staatsmann, also auch Bismarck, vorfand. Seiner politischen Klarsicht und seinem politischen Geschick hatte das Deutsche Reich seine Entstehung zu verdanken. Dass weder die grösseren deutschen Fürsten noch Österreich-Ungarn oder Frankreich einer solchen Entstehung widerstandslos zusehen oder diese hinnehmen würden, war wohl ebenfalls klar. Der Versuch Österreichs und der deutschen Fürsten, ihre Interessen zu wahren, wurde bei Königgrätz beendet. Und auch

Frankreich wagte für seine Interessen einen Krieg. Nach Königgrätz hatte es selbst die kleinste Chance verpasst, denn nun musste es diesen Krieg nicht nur gegen Preussen, sondern gegen die Gesamtheit der deutschen Staaten führen, womit der Ausgang des Krieges schon vor Beginn feststand.

1871 fand Bismarcks politische Grundstrategie ihren Abschluss. Preussens Macht hatte sich in einem Deutschen Reich mehr als verdoppelt, sein Monarch war nun nicht nur König von Preussen, sondern auch Deutscher Kaiser. Damit hatte eine Machtverschiebung erster Güte stattgefunden. Stattgefunden zu Gunsten Preussens und des neu gebildeten Deutschen Reiches. Und offenbar war Bismarck der einzige Politiker Deutschlands, dem auch bewusst war, was er damit ausenpolitisch geschaffen hatte. Er hatte eine neue politische Grossmacht geschaffen, die im Vergleich Österreich-Ungarn und Frankreich zu Mittelmächten degradierte. Und offenbar war wieder Bismarck der Einzige, der die sich daraus ergebenden Gefahren, denen das eigene Werk ausgesetzt sein würde, richtig einschätzte und erkannte. Kein anderes Land, keine andere Macht war mehr in der Lage, das Deutsche Reich im Alleingang zu gefährden. Gefahren konnten nur aus einem Interessenzusammenschluss mehrerer Länder entstehen. Obwohl auch zwischenstaatliche Verträge nur momentane Absichtserklärungen sind, ihre Einhaltung aber von gleichbleibenden Grundstrategien abhängt, konnte Bismarck die sich bietenden Möglichkeiten nutzen und eine für die Interessen des Deutschen Reiches passende Vertragsstruktur schaffen.

Der Erste Weltkrieg

Eine weitere, zusätzliche Veränderung der Gewichte innerhalb der europäischen Mächte ergab sich in der Folge fast zwangsläufig aus der Ausnutzung der Potentiale des neuen Deutschen Reiches im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und industriellen Revolution. Von England ausgehend, welches sich durch seinen industriellen Erststart

einen entsprechenden Vorsprung verschaffte, wurde dieser in den folgenden 30 Jahren insbesondere vom Deutschen Reich nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überholt. Die wirtschaftliche Dynamik des Deutschen Reiches wurde in seiner Entwicklung nur von der der Vereinigten Staaten von Amerika überboten. Innerhalb Europas veränderten sich damit die Machtverhältnisse des Deutschen Reiches zu seinen Nachbarn mit jedem Jahr. Und wenn auch bis 1900 zu England wirtschaftlich nur aufgeschlossen werden konnte, so lag das Besondere doch darin, dass Deutschland dies aus eigener Leistungskraft, also ohne Kolonialerträge, geschafft hatte, während England grösste Teile seiner wirtschaftlichen Macht den Entnahmen aus seinen Kolonien zu verdanken hatte.

Die Grossmacht Deutschland, auf der Gründung von 1871, weiterentwickelt durch die anschliessende Industrialisierung, war ab 1900 auf dem Weg zur europäischen Supermacht. Und dies unter einer Führung, die wohl alle Überlegungen Bismarckscher Politik vergessen und, im bis zur Arroganz gesteigerten Glauben an die eigene Stärke, die zusätzlich mit politischen Moralitäten beladen war, offensichtlich übersehen hatte, dass jeder Anstieg der eigenen Stärke immer auch eine zunehmende Schwächung jeder anderen Partei zur Folge haben musste. Und dass diese anderen Parteien, die konkurrierenden Nationen, nicht bereit waren, solche Entwicklungen sehenden Auges einfach hinzunehmen und zu akzeptieren, konnte auch der politischen Führung des Deutschen Reiches, schon auf Grund der sich zusehends wandelnden, internationalen Vertragsgeflechte, nicht verborgen geblieben sein. 1914 war der Zeitpunkt gekommen, der Anlass war völlig bedeutungslos, um dem Höhenflug des Deutschen Reiches Einhalt zu gebieten. Betrachten wir die Interessen der beteiligten Länder und ihre Grundstrategien.

Russland hatte die Industrialisierung verschlafen, oder die Industrialisierung war einfach an ihm vorbeigegangen. Wirtschaftlich war damit eine Grossmacht ohne jegliches fremdes Zutun ins Hintertreffen geraten, was nicht zuletzt zu erheblichen inneren Spannungen führte.

Diese Rückständigkeit möglichst schnell ausgleichen zu können, hoffte Russland dadurch zu erreichen, dass es direkt an den Komponenten des auf dem Industrialisierungssektor erfolgreichsten Landes partizipierte. Ein wirtschaftlicher Beutezug zur Sicherung des eigenen Bestandes, gepaart mit Zugewinninteressen auf dem Balkan.

Solange *Frankreich* den Anspruch an sich selbst stellte, eine Grossmacht zu sein, konnten diesem Anspruch nur dann die Voraussetzungen geschaffen werden, wenn es ihm gelang, in Deutschland einen Vor-1871-Zustand herzustellen, d.h., das Deutsche Reich wieder in viele kleine Teile aufzulösen. Und offenkundig herrschte in Frankreich dieser Anspruch. Ein Interesse, eigene Vorteile aus einer Zerstörung des Deutschen Reiches zu erzielen.

Österreich-Ungarn kämpfte schon lange um den inneren Zusammenhalt seines verschiedenste Völker umfassenden Reiches. Und wollte es seiner eigenen Auflösung nicht tatenlos zusehen, zu grundlegenden Reformen war man nicht fähig, so musste jede interne Autonomiebestrebung im Keim erstickt werden. Schon ein Tropfen konnte alles zum Überlaufen bringen. Die gesamte Staatsbasis war nach dem Aufkommen nationaler Werte zumindest perspektivisch nicht zu halten. Eine aus anderer Zeit stammende Tradition hatte ihren Endpunkt erreicht. Nur fehlte die Kraft, dies zu akzeptieren und die politischen Konsequenzen zu ziehen. Erhaltung eines Staatsgebildes, das nicht zu erhalten war. Sicherung des multinationalen Staates, die Grundlage seiner gesamten Grossmachtstellung, war das einzige Interesse.

Bleibt noch *England*. Die ehemals einsame Weltmacht England hatte Konkurrenz erhalten. Eine Konkurrenz, die nicht auf einem vergänglichen Kolonialreich basierte, sondern deren Stärke aus ihr selbst kam. Und diese Konkurrenz, das Deutsche Reich, hatte sich, wenn auch nicht weltpolitisch, so doch zumindest wirtschaftlich, neben das englische Kolonialreich gestellt. Sollte eines Tages das Kolonialreich nicht mehr sein, musste England sich auf der machtpolitischen Ebene Frankreichs wiederfinden, beide europaweit von einem überragt, dem Deutschen Reich. Wenn also Deutschland zu stoppen war, dann nur

jetzt. Eine Lösung des englischen kolonialen Verfallproblems aber war selbst durch ein Stoppen des Deutschen Reiches nicht zu erreichen. Wenn sich England der Lösung seines Kernproblems, dem absehbaren Ende einer auf kolonialer Ausbeutung basierenden Weltmachtstellung, vielleicht noch nicht vor Beginn des Ersten Weltkriegs stellte, so aber doch nicht viel später.

Das nationale englische Interesse lag demnach in der Sicherung der eigenen Weltmachtstellung, die aber selbst mit einem Weltkrieg nicht zu sichern war, da sie allein durch das Ende der kolonialen Ausbeutung enden würde und musste! Ein erstaunliches Interesse. Denn eine dauerhafte Ausschaltung eines wirtschaftlichen Konkurrenten kann immer nur durch die Vernichtung seiner *Potentiale* erreicht werden.

Halten wir an dieser Stelle fest, dass die hier definierten englischen Interessen von unserem selbstgewählten Standpunkt Deutschland aus nicht klar zu erkennen sind. Die wahren Interessen Englands werden erst aus weltpolitischer Sicht deutlich, d.h., wir müssen unsere exakte Analyse auf den weltpolitischen Teil 2 dieser Überlegungen vertagen. Die USA waren weit weg und vollauf mit der Unterwerfung des eigenen Kontinents beschäftigt. So sah es zumindest aus.

Im *Deutschen Reich* sah man die gleiche Entwicklung wie auch die anderen Staaten, nur mit veränderten Vorzeichen und einem unerschütterlichen, auf Moralitäten gestützten Glauben an die eigene Stärke. Dies unter Führung eines Kaisers von Gottes Gnaden. Der Welt sollte imponiert werden. Nicht mit kriegerischen Mittel, die gar nicht nötig waren, sondern ausschliesslich wirtschaftlich. Selbst Eroberungen wurden nicht gebraucht, denn die Entwicklung zeigte auch so in die gewollte Richtung. Nur das vorhandene Potential, die eigene Existenz und die politische Unabhängigkeit galt es zu sichern.

So kam es 1914, *offenbar allein durch eine Pistolenkugel, durch ein Attentat*, zum Ausbruch eines Weltkrieges! Eine Koalition aus England, Frankreich und Russland gegen das Deutsche Reich, verbündet mit Österreich-Ungarn.

Der Kriegsverlauf zeigte schnell und in aller Deutlichkeit die tatsächlichen Kräfteverhältnisse der kämpfenden Parteien.

Österreich-Ungarn brach fast stehenden Fusses zusammen und fiel damit aus. Die Grossmacht Deutschland kämpfte also weitestgehend auf sich allein gestellt. Machen wir es einfach: Mit ca. 2/3 der Kraft hielt es Frankreich und England stand. Zwei Kriegsgegnern, die zudem in erheblichem Umfang auf Ressourcen der USA zurückgreifen konnten. Mit einem Drittel rang es Russland bis zu dem Punkt nieder, an dem es von innen her zerbrach und ausschied. Damit *musste* es allein mathematisch zu einem für das Deutsche Reich siegreichen Kriegsende kommen, so es diesem denn gelang, das mit dem Ausscheiden Russlands freiwerdende Drittel seiner Kraft gegen Frankreich und England einzusetzen. Nun war auch diese Absicht des Deutschen Reiches nicht etwas, was plötzlich erkennbar wurde, sondern sie wurde von jedermann erwartet. Um einem aus dem Niedergang Russlands sich abzeichnenden Kriegsverlust seitens England und Frankreichs vorzubeugen, oder diesen überhaupt zu verhindern, blieb nur eine Lösung: Die Kompensierung des Ausfalls Russlands durch den Kriegseintritt der USA. Damit werden nun auch deren Interessen interessant, waren sie doch zuvor nur in Finanz- und Materiallieferungen und in diversen Propagandainszenierungen zum Tragen gekommen.

Davon ausgehend, dass die USA bis 1914 nicht das geringste Interesse an Europa hatten, mussten spätestens die Lieferungen an die Kriegsparteien England und Frankreich für die Entwicklung eines eigenen Interesses sorgen. Auch dürfte es den USA kaum verborgen geblieben sein, welche weitergehenden politischen Möglichkeiten in Richtung Europa sich aus den Krediten und den damit verbundenen Verpflichtungen ihrer «Kunden» ergaben. Und jede politische Überlegung der USA zur Entwicklung Europas musste auch dazu führen, nicht durch einen Kriegsverlust Englands und Frankreichs ein gestärktes Deutsches Reich als zumindest wirtschaftlichen Grossmachtkonkurrent zuzulassen. Vielleicht war dies der Zeitpunkt, an dem die USA erstmals weltpolitisch dachten und entschieden. Die USA als

Weltmacht. Und sollten dies die Überlegungen der USA gewesen sein, so trafen sie auf eine Noch-Weltmacht England und ein Frankreich, die beide den Verlust eines mit Einsatz aller nationalen Werte geführten Krieges vor Augen hatten. Die abschliessenden Überlegungen dazu sollen erst Teil eines späteren Abschnitts sein.

Hatten sich zu diesem Zeitpunkt die Interessen Englands und Frankreichs aus dem Kriegsverlauf auf die Vermeidung eines Verlustes reduziert, so konnten sie diesen nur verhindern, wenn es ihnen gelang, den erwarteten Kriegsausfall Russlands mit den USA zu kompensieren. Diese mussten dazu neben der Bereitstellung von Finanz- und Kriegsmaterial nun auch als direkte Kriegspartei eingreifen, um somit das sich abzeichnende personelle Übergewicht des Deutschen Reiches auszugleichen. Wie die Geschichte zeigt, konnte dieser Schritt *passend und insbesondere termingerecht* umgesetzt werden.

Mit dem direkten Kriegseintritt der USA waren nicht nur die im Osten freiwerdenden militärischen Kräfte des Deutschen Reiches kompensiert, sondern konnten leicht überboten werden, womit der Krieg entschieden war.

Der Versailler Frieden

Wird das Ergebnis des ersten Weltkrieges durch die Brillen der beteiligten Nationen betrachtet, so gab es, obwohl eine Koalition aus drei Nationen den Krieg gewann – dass diese noch viele andere Nationen «vor ihren Karren spannten», kann hier vernachlässigt werden – nur einen Sieger, die USA. Erstaunlich. Alle Nationen, die mit riesigen Opfern den Krieg geführt hatten, waren letztlich Verlierer! Und aller Kampf und alle Anstrengung führten im Ergebnis zu einem Zufallsgewinner?! Offenbar hatte eine Tombola statt eines Krieges stattgefunden.

Wenn aber das Ergebnis nicht ein Zufall, sondern das eigentliche Ziel einer Kriegspartei war??

Manches sieht man ohne Brille besser.

England, und noch stärker Frankreich, hatten sich bis an die eigene Leistungsgrenze verausgabt und verschuldet. Aus dieser Situation wurden neben den ursprünglichen Kriegszielen weitere Bedingungen des Friedensvertrages geboren. Mit Demontagen und Gebietsabtrennungen sollte die deutsche Wirtschaftskraft, wie geplant, reduziert werden. Mit Reparationen sollten die Schulden bei den USA beglichen, und mit Eingriffen in die Souveränität des Reiches sollte der Einfluss der Siegermächte auf die künftige deutsche Politik gesichert werden. Damit konnten England zumindest teilweise und die USA ihre Kriegsziele vollständig erreichen. Nur Frankreichs zentrales Ziel, die territoriale Zerstückelung des Deutschen Reiches, fand spätestens mit der fehlgeschlagenen Annexion des Ruhrgebiets ihr Ende und musste als gescheitert angesehen werden. Die einzige neben den Gebietsabtrennungen tatsächlich realisierte Zerstückelung konnte auf der Ebene der politischen Führung erreicht werden, wozu die Monarchie abgeschafft und eine Demokratie installiert wurde, in der realistischen Hoffnung, dass sich darin die innenpolitischen Kräfte Deutschlands neutralisieren. Frankreich hatte alles gewagt und nichts gewonnen.

Und selbst England hatte viel verloren. In Österreich-Ungarn hatte sich mit dem Kriegsverlust das realisiert, was auch ohne Krieg hätte stattfinden müssen. Es hatte sich in mehrere Einzelstaaten aufgelöst. Und die aus Russland entstandene Sowjetunion musste sich zunächst innenpolitisch völlig neu sortieren.

Damit hatte der Erste Weltkrieg die weltpolitischen Machtstrukturen völlig verändert. Der Sieger USA hatte zunächst ein gewaltiges Geschäft gemacht. Ihm flossen in der Folge, ohne sich am Friedensvertrag mit wesentlichen eigenen Forderungen zu beteiligen, riesige Finanzauszahlungen aus England und Frankreich zu, die diese versuchten, über das Deutsche Reich einzutreiben. Frankreich war für alle Zeiten als Grossmacht ausgeschieden. Österreich-Ungarn hatte aufgehört zu existieren. Englands Grossmachtstellung war angeschlagen.

Das Deutsche Reich war territorial verkleinert, seine Finanzen ruiniert, seine Souveränität eingeschränkt, seiner bisherigen zentralen Führung beraubt, politisch isoliert, mit einer dubios konstruierten Kriegsschuld belastet, sich selbst überlassen und machtpolitisch völlig unbedeutend. Nie zuvor hatte ein Krieg zu Friedensdimensionen in solchem Umfang geführt.

Das Besondere an dem Frieden war, dass seine katastrophalen Forderungen gar nicht anders sein konnten, ja nach den riesigen Opfern der europäischen Sieger so aufgestellt werden mussten, wollten sie den Krieg nicht auch noch *öffentlich* als Verlierer beenden. Ein zwangsläufiger Friedensvertrag, der den beteiligten Politikern schon vor seiner Vorlage bekannt sein musste. Sich bei einem solchen Frieden völlig zurückgehalten zu haben, zeigt zumindest die Klugheit der USA, hatten sie doch selbst – bei geringsten Opfern – grösste finanzielle Ansprüche geltend zu machen, und waren daher grosse Teile des Friedensvertrages allein aus US-amerikanischen Finanzforderungen an die Mit-Sieger entstanden. Damit hatte, unabhängig von allen anderen Vernichtungs- und Beutezielen, ein offiziell Unbeteiligter die Friedensbedingungen wesentlich geprägt und verschärft.

Und fast wie eine zwangsläufige Folge des Friedensvertrages wurde das Deutsche Reich, wie nach 1871, zum Zentrum der weltpolitischen Entwicklung. Die neuen demokratischen Parteien versuchten im Rahmen der von den Kriegsgegnern gesteckten Grenzen sicherlich ihr Bestes. Es gelang wenig. Vielleicht waren nur die Grenzen zu eng, der Spielraum zu gering. Konsequenzen eines Friedens, den aus heutiger Sicht als Vernichtungsfrieden zu bezeichnen nur deshalb nicht angebracht ist, weil künftige Entwicklungen diesen noch weit übertreffen sollten.

Als grösster Fehler des Versailler Vertrages erwiesen sich aus Siegersicht nicht die Forderungen, die darin gegen das Deutsche Reich gestellt wurden, auch nicht die seltsam konstruierte Kriegsschuldfrage, sondern der grösste Fehler dieses Vertrages lag darin, *dass er je formuliert und öffentlich gemacht wurde. Sein Inhalt und seine Absichten waren damit belegt und wurden diskutier- und analysierbar.*

Hitler war nun nicht der Einzige, der die Hintergründe des Krieges und seine Resultate als das erkannte, was sie waren. Zumindest waren er und seine Partei diejenigen, die es am deutlichsten sagten. Ein Hitler, der, wenn er denn nicht nur an den geschaffenen Friedensbedingungen etwas ändern wollte, sondern gar die Vorkriegsbedingungen und die damalige Stellung des Deutschen Reiches wiederherzustellen beabsichtigte, in jedem Fall davon ausgehen musste, dass dies zu Konfrontationen, vielleicht gar zum Krieg führen musste. Hitlers Grundstrategie konnte aber erst dann zu einem sinnvollen Abschluss führen, wenn es auch gelingt, ein Deutsches Reich zu schaffen, welches überhaupt in der Lage ist, das erste Grundinteresse eines jeden Staates, die eigene Bestandssicherung, zu gewährleisten. Und hatte nicht der Krieg gezeigt, dass selbst die Stärke des Vorkriegsdeutschlands dazu nicht ausreichend war? Ziel musste es folglich sein, eine das Kaiserreich an Stärke noch überbietende, staatliche Einheit zu schaffen. Nur war diese Stärke nicht grenzenlos erweiterbar, sondern *sie war im Maximum auf den Zusammenschluss des gesamten deutschen Volkes begrenzt.*

Ob nun die von Hitler und seiner Partei propagierte Ideologie und das darin enthaltene neue Wirtschaftssystem, die zentrale Grundlage der gesamten Ideologie, zu diesen Überlegungen führte, oder ob diese Überlegungen zu ihrer besseren Verbreitung erst zu der Ideologie führten, ist unbekannt und insbesondere aussenpolitisch unerheblich. Beides, die Grundstrategien wie auch die entwickelte Ideologie Hitlers waren Produkte, die auf einer Analyse des Ersten Weltkrieges mit den ihn begleitenden und daraus folgenden politischen Ereignissen, sowie der Analyse der Schwächen des kommunistischen Systems resultierten. Den zentralen Fehler in Hitlers Analyse, bei der die Kriegsursachen nur am Rande berührt wurden, und in der selbst die Schuld am Verlust des Krieges nur auf die eigene ideologische und völkische Geschlossenheit ausgerichtet war, würde nicht nur er noch teuer zu bezahlen haben.

Mit dem Frieden war zwar gelungen, das Deutsche Reich als Grossmacht auszuschalten, aber es war nicht gelungen, Hitler und seine

Überlegungen zu verhindern. Der Frieden enthielt damit, aus Siegersicht, neben der Veröffentlichung des Friedensvertrages einen weiteren eklatanten Fehler, der auf dem ersten aufbaute. War der Frieden doch so angelegt, dass die wirtschaftliche Dynamik des Deutschen Reiches, wenn sie schon nicht zu brechen war, mit den daraus erwachsenden Erträgen, einzig den Siegern zur Verfügung steht. Aus deutscher Sicht nichts anderes als ein Sklavenvertrag, bei dem die Sieger es nur versäumt hatten, sich die innen- oder besser noch, die gesamtpolitische Steuerung des Besiegten in vollem Umfang zu sichern. Dies aber musste allein daran scheitern, dass ein öffentlicher Friedensvertrag geschlossen wurde, d.h., solche Entmündigungsabsichten waren und sind einfach nicht öffentlichkeitsfähig.

Beide kapitalen Fehler, sowohl der, einen öffentlichen Friedensvertrag abzuschliessen, als auch der Verzicht auf eine direkte politische Steuerung des besiegten Deutschlands, sollten künftig kein zweites Mal mehr vorkommen. Die Versklavung eines grossen Volkes ist nur dann durchsetz- und ohne permanenten Widerstand beibehaltbar, wenn das versklavte Volk über den eigenen Zustand getäuscht werden kann.

Mit dem Aufstieg Hitlers kamen diese Versäumnisse zum Tragen. Und da Hitlers Konzept und Überlegungen, und damit auch seine Ziele und Absichten, seit Anfang der 20-er Jahre jedermann bekannt waren, konnten auch seine Aktivitäten und Aktionen als Führer und Reichskanzler niemanden wirklich überraschen.

Das Dritte Reich

Mit Hitler und dem Dritten Reich, welches sich sowohl vom Kaiserreich als auch von der Weimarer Republik ideologisch und insbesondere wirtschaftspolitisch stark abgrenzte, wurde nicht nur die Führung des Reiches neu strukturiert, sondern, was für das Volk weitaus bedeutsamer war, *die Wirtschaftsphilosophie wurde revolutioniert*. Die Wirtschaft des Deutschen Reiches wurde in einer ganz besonderen Art sozialistisch.

Ein auf die Nation abgegrenzter Sozialismus, der eigentliche, revolutionäre Kern des Dritten Reiches, wurde eingeführt! Hitler installierte mit dem Nationalsozialismus einen Mittelweg zwischen dem Kapitalismus und dem kommunistischen Sozialismus, aufgebaut auf dem Gedanken eines geschlossenen Volkskörpers.

Letztlich nichts anderes als ein durch staatliche Restriktionen und Gesetze «angeketteter», in den Dienst des gesamten Volkes gestellter Kapitalismus, der seinen Bestand und seine positiven Qualitäten aber erst dann voll entwickeln konnte, wenn er auch vom Volk anerkannt und akzeptiert worden war. Diese Akzeptanz für den Grundgedanken *Gemeinwohl geht vor Eigennutz* durchzusetzen, wurden viele Mittel eingesetzt, vielleicht auch Mittel, die jenseits eines jeden Rechtsstaates stehen.

Da jede Art von Sozialismus, so auch der Nationalsozialismus, nicht allein über ein wie auch immer ausgeklügeltes Press-, Überwachungs- oder gar Terrorsystem funktionieren kann, sondern ein hohes Mass an Akzeptanz durch alle Beteiligten verlangt, insbesondere hinsichtlich der den eigenen Freiraum einschränkenden, sozialen Teile, die immer in Form von Verzichten und Pflichten definiert sind, war ein erforderliches, hohes Mass zur Akzeptanz dieses Systems nur auf der Ebene der Nation, also in Form einer möglichst harmonischen, geschlossenen Volkseinheit zu erlangen.

Diese zum Wohle der Gesamtheit erbrachten Pflichten und Verzichte des Einzelnen, letztlich eine Form des Idealismus, wurde aber nur dem «arischen», deutschen Volk zugetraut. Damit mussten konsequenterweise alle nicht dem deutschen Volk zuzurechnenden Bevölkerungsteile des Deutschen Reiches von dessen Hoheitsgebiet entfernt werden. Würde deren individuelles Gewinnstreben ansonsten doch jeder idealistischen Leistungsbereitschaft nur kontraproduktiv entgegenstehen.

So die Philosophie und Zielsetzung des Nationalsozialismus.

Die konsequente Umsetzung dieser Philosophie erforderte zum einen die Schaffung eines möglichst «reinen», d.h. harmonischen Volkskörpers, zum zweiten seine nationale Ab- und Begrenzung.

Zu welchen Erfolgen Hitlers neues Wirtschaftskonzept, sein nationaler Sozialismus, einen Staat befähigt, zeigte sich nicht nur in den in kürzester Zeit wieder zu Brot und Arbeit gebrachten sechs Millionen Arbeitslosen. *Die tatsächliche Leistungskraft seines Konzepts konnte Hitler selbst nicht mehr erleben!!* Dies verhinderten der Zweite Weltkrieg und dessen auch wirtschaftlichen Besonderheiten und Erfordernisse. Welche Leistungskraft das nationalsozialistische Wirtschaftskonzept für das deutsche Volk tatsächlich enthielt, sollten erst «Hitlers Nachfolger» erfahren!

Allein die Philosophie des nationalen Sozialismus, und die zu seiner Funktionsfähigkeit erforderliche nationale Geschlossenheit des ihn anwendenden Volkes, schliesst nicht nur jede Art von Weltbeherrschung aus, was widersinnig wäre – würde damit doch die völkische Einheit zerstört – sondern auch jede Unterwerfung, Unterdrückung und auch jede Eingliederung fremder Völker. Dies dokumentiert allein die Ausgrenzung des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren, welches *zu keiner Zeit* Teil des Deutschen Reiches wurde. Denn alles, was die harmonische Geschlossenheit des eigenen Volkes aufweicht, würde auch das System des nationalen Sozialismus gefährden! Darauf eine Ausrottungsphilosophie aufzubauen, die gar zur Weltbeherrschung strebt, und somit über die eigenen Landesgrenzen hinaus reichen müsste, ist nun völliger Unsinn.

Damit ist auch die aussenpolitisch maximale Machtentfaltung eines jeden Staates, welcher *für sich* einen nationalen Kapitalismus mit sozialistischen Einschränkungen betreibt, einen Nationalsozialismus eben, letztlich immer auf die Grösse und Leistungsfähigkeit seines *eigenen Volkes* beschränkt.

Das gesamte Deutsche Volk zusammenzuführen, war der mit der nationalsozialistischen Ideologie verbundene Kern der gesamten ausserpolitischen Pläne und Aktionen des Dritten Reiches.

Damit kommen wir zur Betrachtung der Interessen und Grundstrategien vor dem Zweiten Weltkrieg. Diese änderten sich zwischen 1933 und 1939 nur geringfügig, wobei eine Berücksichtigung der Faktoren des Deutschen Reiches eigentlich erst ab dem Zeitpunkt relevant wurde, als die Voraussetzungen geschaffen waren, überhaupt als Machtfaktor angesehen zu werden.

Obwohl sich als Ergebnis dieser Überlegungen bei einigen Ländern völlig andere Interessen herauskristallisieren werden, wollen wir an dieser Stelle die Interessen und Strategien der beteiligten Staaten gemäss den aktuellen Geschichtsbüchern betrachten.

Die *sowjetischen Interessen* waren noch immer weitgehend nach innen gerichtet. Seine aussenpolitischen Interessen zeigten aber schon deutliche Zugewinninteressen. *Frankreich* hatte offenkundig seine Stellung als Grossmacht von eigener Einschätzung akzeptiert und sich eingeordnet. Auch *England* war zentral darauf konzentriert, das sich abzeichnende Ende als koloniale Grossmacht zu organisieren. Selbst die *USA* hatten sich am Kriegsschuldenrücklauf in einer Wirtschaftskrise verschluckt, in der zur Gesundung der eigenen Wirtschaft riesige Mengen unerwünschten Geldes vernichtet wurden, und war so mit sich selbst beschäftigt. Alle Mächte hatten sich mit dem Zustand arrangiert.

Nur eine Macht, die eigentlich keine war, wollte für sich etwas daran ändern. Das *Deutsche Reich*. Ohne zeitliche Verzögerungen begann Hitler, seine Grundstrategien umzusetzen. Dass Hitler dazu von fast allen demokratisch gewählten Volksvertretern die erforderlichen Kompetenzen in einem Ermächtigungsgesetz erteilt wurden, soll hier nur ergänzend angemerkt werden. Zeigt allein dieser Vorgang doch deutlich, dass eine grosse Mehrheit aller Abgeordneten des Reichstages dem Experiment des nationalen Sozialismus soweit vertraute,

dass sie sogar zu dem Risiko bereit war, einer solchen Kompetenz- und Machtkonzentration zuzustimmen.

Zunächst wurde innenpolitisch «harmonisiert» und nationalsozialistisch umstrukturiert. Alles als negative Auswirkung des Friedensvertrages, oder auch als bei der Schaffung seines nationalsozialistischen Staates störend angesehene, wurde beseitigt oder angepasst.

Die nächsten Schritte zur Zusammenführung und Abgrenzung des gesamten deutschen Volkes waren dann aussenpolitisch angelegt. Sie führten über das Saargebiet, Österreich, das Sudetenland, den böhmisch-mährischen Umweg, nach Polen, dem logisch letzten Glied in dieser Kette.

Der 3. September 1939.

Die Vorstufe des Zweiten Weltkriegs beginnt

Ein wichtiges, ein weltpolitisches Datum. Für Deutschland vielleicht *das* wichtigste Datum. Am 1. September 1939 griffen die Truppen des Deutschen Reiches Polen an.

Die Entscheidungen dazu waren schon Monate vorher gefallen, ja sie waren von seinem Oberbefehlshaber schon in den 20-er Jahren in Buchform schriftlich angekündigt worden. Sowohl diese Entscheidungen als auch der dann erfolgte Angriff waren eine logische Fortsetzung des aussenpolitischen Versuchs des Deutschen Reiches, sein gesamtes Volk zusammenzuführen und dabei seine Landesgrenzen den Lebensräumen anzupassen.

Die wichtigste Frage, die zum Datum 1. September 1939 zu stellen ist, ergibt sich erst aus dem 3. September 1939. Denn erst am 3. September 1939 wurde aus dem Angriff des Deutschen Reiches auf Polen ein Krieg mit mehreren beteiligten Staaten. An diesem Tag erklärten Frankreich und England dem Deutschen Reich den Krieg, was nun zu der zentralen Frage führt:

Weshalb, also zu welchem Zweck und mit welchem Ziel, erklärten beide Staaten dem Deutschen Reich den Krieg?

Auf der Suche nach einer Antwort muss in das zeitliche Umfeld des 1. Septembers ausgewichen werden. Dazu erscheint es wichtig, die folgenden Daten zu kennen:

- | | |
|--|---------------|
| 1. Die «Zerschlagung der Tschechoslowakei» | 14./15.3.1939 |
| 2. Beistandsvertrag Englands und Frankreichs mit Polen | 31.3.1939 |
| 3. Nichtangriffspakt der Sowjetunion und des Deutschen Reiches | 23.8.1939 |
| 4. Angriff des Deutschen Reiches auf Polen | 1.9.1939 |
| 5. Kriegserklärung Englands und Frankreichs an das Deutsche Reich | 3.9.1939 |
| 6. Angriff der Sowjetunion auf Polen | 17.9.1939 |
| 7. Die deutsche Besetzung Norwegens und Dänemarks | 9.4.1940 |
| 8. Angriff des Deutschen Reiches auf Frankreich, Holland und Belgien | 3.5.1940 |
| 9. Winston Churchill wird englischer Premierminister | 10.5.1940 |
| 10. Englische Räumung Dünkirchens | 17.6.1940 |
| 11. Luftangriffe auf England | 13.8.1940 |
| 12. Beendigung der Luftangriffe | 12.10.1940 |
| 13. Hess-Flug nach England | 10.5.1941 |
| 14. Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion | 22.6.1941 |
| 15. Angriff Japans auf die USA | 7.12.1941 |
| 16. Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die USA | 11.12.1941 |

Zunächst zur Interessenlage der beteiligten Mächte.

Die *Sowjetunion* hing mit ihren Rüstungsanstrengungen noch hinter den eigenen Zielsetzungen zurück und hatte innenpolitisch mal eben

den Punkt erreicht, das eigene Volk, wenn auch über Millionen Tote, ideologisch so weit als möglich in den Griff zu bekommen. Sein Bestand war durch keine ausländische Macht bedroht oder gar gefährdet. An leicht und sicher zu erringenden Zugewinnen bestand selbstverständlich Interesse.

Deutlich wurde dies dann in dem mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Nichtangriffspakt. Interessant daran ist, dass die Sowjetunion diesen Pakt mit dem Deutschen Reich in Kenntnis des seit dem 31.3.1939 bestehenden Beistandspaktes zwischen England, Frankreich und Polen abschloss. Damit musste die Sowjetunion bei dem eigenen Angriff auf Polen davon ausgehen, dass es auch zu Konfrontationen mit dessen Beistandsmächten kommen würde. Aber offenbar wurde diese Gefahr als sehr gering eingeschätzt. Insbesondere deshalb, weil der Erstangriff auf Polen vom Deutschen Reich erfolgen sollte und die polnischen Beistandsmächte somit gezwungen wären, sowohl dem Deutschen Reich, als auch der Sowjetunion entgegen zu treten, was indirekt zur Auslösung eines Kriegsbündnisses des Deutschen Reiches mit der Sowjetunion hätte führen müssen. Dass England und Frankreich ein solches Wagnis eingehen würden, durfte be-rechtigt bezweifelt werden.

Diese Überlegungen der Sowjetunion sind nun so zwingend und einfach, dass davon ausgegangen werden kann, dass das Deutsche Reich sie ebenfalls anstellte. Handelte es sich bei dem Vertrag mit der Sowjetunion auch nur um einen Nichtangriffspakt, so war darin aber doch vereinbart, dass die Sowjetunion die von ihr beanspruchten polnischen Gebietsteile selbst erobert und besetzt, was am 17.9.1939 dann auch erfolgte.

Ansonsten waren die Interessen des *Deutschen Reiches* allgemein und langfristig offengelegt, womit der Anspruch auf Gebietsteile Polens nicht überraschend kam. In dieser Kenntnis, und um offenbar diesen erwarteten Schritt zu verhindern, war der Beistandspakt zwischen Frankreich, England und Polen am 31.3.1939 abgeschlossen worden. Zumindest musste es so aussehen. Wird dieses Bündnis einem

deutsch-sowjetischen Bündnis gegenübergestellt, so mussten allein die weit auseinander liegenden *Kräftepotentiale* beider Bündnisse jede Kriegserklärung und jede darauf aufbauende kriegerische Aktivität von seiten Frankreichs und Englands fast zwingend ausschliessen. So zumindest die deutschen Einschätzungen.

Frankreich konnte aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, in dem es die grössten Opfer gebracht, aber wenig erreicht hatte, keinerlei Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung haben. Würde es doch nicht möglich sein, wesentliche eigene Vorteile zu gewinnen. Die Gefährdung des eigenen Bestandes konnte gleichfalls als gering eingeschätzt werden. Dass Frankreich auch nicht bereit war, für Polen zu kämpfen, zeigt sich allein aus dem weiteren Ablauf.

Fast identisch der französischen lagen auch die englischen Interessen. Es war selbst nicht gefährdet, auch hatte es sonst die gleichen Erfahrungen wie Frankreich aus dem Ersten Weltkrieg gesammelt. Hatte es doch letztlich nur draufgezahlt. Obwohl offenbar keine eigenen Interessen berührt waren, liessen sowohl England als auch Frankreich mit ihrer Kriegserklärung am 3.9.1939 der Paktdrohung vom 31.3.1939 die Konsequenzen folgen.

Eine Unmöglichkeit! Zwei völlig uninteressierte Staaten erklärten dem Deutschen Reich den Krieg, obwohl beide selbst aus einem Sieg keinen eigenen Vorteil erwarten konnten, weder territorial noch finanziell, noch auf irgendeinem anderen Gebiet.

Dass eine tatsächliche Unterstützung des polnischen Volkes und Staates weder mit Abschluss des Paktes am 31.3.1939, noch mit der darauf aufbauenden Kriegserklärung vom 3.9.1939, überhaupt beabsichtigt war, zeigt die folgende Entwicklung.

Demnach kam es zu einer englisch-französischen Kriegserklärung, ohne dass weder eigene Interessen bestanden, noch dass die Absicht verfolgt wurde, damit einer vertraglichen Verpflichtung nachzukommen.

Weshalb erklärte England dem Deutschen Reich nach dessen Angriff auf Polen aber den Krieg? Die Gretchenfrage des gesamten Krieges! Und dies auf 20 Jahre zurückliegenden Erfahrungen, dass beide kriegserklärenden Länder, auch bei extremsten Anstrengungen, schon den Ersten Weltkrieg verloren hätten, und jetzt selbst Russland nicht an ihrer Seite stand!

Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs, abgegeben in Kenntnis der eigenen potentiellen Unterlegenheit und dies auch noch ohne jegliches eigene Interesse! Eine gewollte Niederlage «just for fun»? England hatte trotz seiner demokratisch organisierten Gesellschaft eine Weltmachtstellung erreicht und über Jahrhunderte gehalten. Dies war nur überhaupt möglich durch eine Regierungskunst, die es verstanden hatte, bei allem Regieren die öffentliche Meinung nicht nur zu berücksichtigen, sondern diese als Teil des Regierens einzubinden. Damit hatten die demokratischen Strukturen zur Ausbildung von Regierungsregeln geführt, die im Kern dazu dienten, politische Absichten und Entscheidungen, insbesondere, wenn sie gegen die Grundwerte und Moralitäten der Öffentlichkeit durchzusetzen waren, so zu verpacken und einzukleiden, dass sie von der Öffentlichkeit nicht nur akzeptiert, sondern gar gefordert wurden. Eine Öffentlichkeit, die das Verhalten seiner Regierung angeblich dirigiert, die dann auch folgsam danach spielt, nachdem sie zuvor dem Dirigenten die Noten untergeschoben hatte.

Eine Regierungswissenschaft, die in England über Jahrhunderte ausgearbeitet und in den Kolonien perfektioniert wurde. Zum Verständnis englischer Politik ist die Kenntnis dieses Punktes eine wichtige Voraussetzung. Verlangt er doch allein, dass jedes Regierungsvorhaben, so es denn nicht eindeutig auch als moralisch «gut» angesehen werden muss, in mehrere Schritte zerlegt, exakt geplant, aufeinander abgestimmt und scheinbarweise der Öffentlichkeit verkauft werden muss. Dies bedingt aber auch, dass grössere, politisch nicht gerade moralische, Vorhaben immer eine längere Zeitspanne benötigen, von der Festlegung der Absichten bis zu dem Punkt, an dem die Absichten

öffentlichkeitsgerecht aufbereitet sind, und als solches auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden, damit diese wiederum die gewünschten Massnahmen von ihrer Regierung fordert.

Bleiben noch die Interessen Englands und sein Grund für die Abgabe einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich, die zentrale Frage des Zweiten Weltkriegs. Machen wir uns auf die Suche nach der Antwort. Wie Aufwendig die Suche nach dieser Antwort noch werden sollte, davon war zum Zeitpunkt der folgenden Betrachtungen noch kein Gedanke gedacht. Beginnen wir zunächst mit einem einfachen Einstieg in unsere Suche.

Die Kriegserklärungen basierten, aus Sicht der Öffentlichkeit, eindeutig auf den englisch-französischen Verpflichtungen des mit Polen geschlossenen Beistandspaktes. Dass die Öffentlichkeit ihre Regierung dazu zwingen würde, ihrer Entscheidung aber zumindest nicht entgegenstehen würde, im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen diesen mit einer Kriegserklärung zu beantworten, war also schon zum Zeitpunkt des Beistandspaktes am 31.3.1939 regierungsseitig geplant. Und dieser Pakt wiederum hatte sich aus einer in der Öffentlichkeit erzeugten Verärgerung über die vorherigen, stetigen Gebietsforderungen des Deutschen Reiches aufgebaut. Folglich müssen die ursächlichen Regierungsentscheidungen zur Herbeiführung dieses Krieges zeitlich erheblich weiter zurückliegen.

Die einzige grosspolitische Änderung, die sich seit dem Beistandspakt vom 31.3.1939 ereignet hatte, war der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt am 23.8.1939. Dass dem deutschen Angriff auf Polen ein zweiter, sowjetischer Angriff folgen würde, war England und Frankreich zum Zeitpunkt der Kriegserklärung *zumindest offiziell* nicht bekannt, da diese Zusatzvereinbarung geheim gehalten

wurde. Allein, dass das Deutsche Reich von sich aus nicht allergrössten Wert darauf legte, dass der Angriff auf Polen von beiden Vertragspartnern unbedingt zum *gleichen Zeitpunkt* erfolgen musste, zeigt in aller Deutlichkeit sowohl die auf Polen begrenzte Absichten, als auch

die Unkenntnis zu den gegen das Deutsche Reich betriebenen Planungen. Denn nur im Falle eines gleichzeitigen Angriffs wären England und Frankreich aus ihrem Beistandspakt gezwungen gewesen, beide Angreifer auch gleich zu behandeln, d.h., beiden den Krieg zu erklären, oder aber, es zu unterlassen. Dass die Sowjetunion die Vereinbarung mit dem Deutschen Reich so aufbaute, dass der Erstangriff allein vom Deutschen Reich erfolgen sollte, entsprang sicherlich nicht dem Zufall, und zeigt allein darin schon deutlich deren anders gelagerte Absichten.

Für die englisch-französische Kriegserklärung war letztlich die formelle Unkenntnis des geheimen Zusatzvertrages unerheblich, da für sie die sowjetische Position bereits zum Zeitpunkt 31.3.1939 bekannt war und in allen seitdem laufenden Verhandlungen bestätigt wurde. Offensichtlich bestanden eigene sowjetische Interessen in Richtung Polen. Damit war spätestens am 31.3.1939 auch die identische, deutsch-sowjetische, Polen betreffende Interessenslage erkennbar.

Somit gilt das, was für den Zeitpunkt 3.9.1939 gesagt wurde, schon für den 31.3.1939. Aber selbst zu diesem Datum ist kein Interesse, ja selbst kein Sinn in der englisch-französischen Entscheidung erkennbar. Soll nicht völlig wild in weiter zurückliegenden Zeiten spekuliert werden, so muss zuvor die künftige Entwicklung betrachtet werden.

Mit Sicherheit bleibt festzuhalten, dass die englisch-französische Beistandsverpflichtung gegenüber Polen nicht aus einer spontanen Entscheidung oder Verärgerung über die vorherigen Gebietsaneignungen des Deutschen Reiches abgegeben wurde. Das eigentliche Ziel, und damit der Grund für die Kriegserklärung, muss erheblich älter sein.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt war vielleicht eine Überraschung. Eine taktische Entscheidung der Sowjetunion für eine Zusammenarbeit mit einem zuvor von allen anderen Grossmächten politisch weitgehendst isolierten Deutschen Reich. Wie allein dazu unternommen, den eigenen Wert oder auch Preis zu erhöhen. Am englisch-französischen Verhalten geändert hat sie direkt nichts. Und

selbst der militärische Angriff der Sowjetunion auf Polen am 17.9. 1939 änderte nichts. Während beide sich zwei Tage Zeit liessen, um den Angriff des Deutschen Reiches mit einer Kriegserklärung zu beantworten, blieb diesmal jede Reaktion aus. Formal noch nicht einmal ein Verstoss gegen ihre Verpflichtungen und den Sinn des Beistandspaktes, war Polen darin doch ausschliesslich seine *Westgrenze* garantiert worden!

Es reicht nicht aus, die nicht ausgesprochene Kriegserklärung gegenüber der Sowjetunion damit erklären zu wollen, dass der sowjetische Angriff eine Überraschung war. Weitaus eher liesse sich dies aus der Betrachtung der sich damit ergebenden gesamtpolitischen Lage erklären. Mit der Sowjetunion und dem Deutschen Reich hatten sich zwei ideologisch konträr ausgerichtete Systeme verbündet. Verbündet zum Angriff und zum jeweiligen Zugewinn von Gebietsteilen des zwischen ihnen gelegenen polnischen Staates. Allein, dass mit dem sowjetischen Angriff nicht auch gleichzeitig eine *sowjetische Kriegserklärung* an England und Frankreich erfolgte, zeigte England und Frankreich sehr deutlich, dass die Zusammenarbeit von Sowjetunion und Deutschem Reich allein auf das Vorhaben Polen begrenzt, und dass dieser Schritt nicht etwa die Overtüre eines gemeinsam beabsichtigten Weltkrieges war. Also letztlich eine rein taktische Zusammenarbeit, ohne jeden dauerhaften Charakter.

Wollten sie nicht selbst einen noch weitergehend zusammenarbeitenden Gegnerblock schaffen, so musste eine englisch-französische Kriegserklärung an die Sowjetunion unter allen Umständen unterbleiben. Damit reagierten England und Frankreich so, wie beide Vertragspartner und Polenangreifer es einkalkuliert hatten.

Dass das Eine vermeiden nicht gleich bedeutet, auch das Andere zu tun, musste das Deutsche Reich anschliessend, wohl mit grossem Erstaunen, feststellen. Jeder Versuch, mit England und Frankreich zu einer Beendigung des Kriegszustandes zu gelangen, der zwischen den Ländern noch in keinem Punkt umgesetzt worden war, blieb vergeblich. Sie hielten an ihrer Kriegserklärung fest.

Insbesondere in Kriegszeiten ist der Faktor Zeit von erheblicher Bedeutung. Mit der Kriegserklärung war sowohl in England als auch in Frankreich die Mobilmachung angelaufen, so dass beide Armeen nach 14 Tagen in voller Kriegsstärke bereitstanden. Armeen, den deutschen nicht nur zahlenmässig weit überlegen. War doch zusätzlich auch noch der grösste Teil der deutschen Streitkräfte in Polen eingesetzt und konnte damit den beiden Kriegsgegnern nicht gegenübergestellt werden. Bei einem sofortigen Vormarsch der englisch-französischen Streitkräfte würden diese wohl eher in Berlin gewesen sein, als es die in Polen gebundenen deutschen Truppen vermocht hätten.

Diese einmalige Chance zu einer siegreichen und schnellen Beendigung des selbsterklärten Krieges wurde aber nicht genutzt!

England und Frankreich warteten. Sie warteten auf das Ende des deutschen Polenfeldzuges, und sie warteten und warteten. Beide hatten offenbar einen Krieg erklärt, um zu warten. Höchst erstaunlich. Noch grösser wird das Erstaunen, wenn berücksichtigt wird, dass die Kriegsgegner Deutschland damit die Zeit einräumten, seine militärische Stärke zu erweitern und auszubauen. Soweit auszubauen, dass wieder ein Zustand wie schon im Ersten Weltkrieg eintreten musste, bei dem beide allein den Krieg verlieren würden.

England und Frankreich warteten offenbar darauf, den Krieg zu verlieren!

Einen Krieg, den die deutsche Seite nicht führen durfte und den die englisch-französische nicht führen wollte. Verbot dem Deutschen Reich doch allein schon die eigene nationalsozialistische Ideologie jede Führung eines Eroberungskrieges!

Denn alle Landesteile, die über die aus polnischem Besitz zurückeroberten, bis 1918 dem Deutschen Reich zugehörigen Landschaften hinausgingen, würden zwangsläufig die Aufnahme fremder Völker innerhalb eines erweiterten Deutschen Reiches zur Folge haben. Da

aber die Ideologie des nationalen Sozialismus zwingend eine rassistische Abgrenzung des deutschen Volkes forderte, musste jede Einbindung fremder Völker die eigene nationale Einheit aushebeln und letztlich untergraben.

Jede weitere Kriegsführung müsste für das Deutsche Reich, gleich mit welchem Resultat, immer kontraproduktiv sein. Denn selbst im Falle eines Sieges, der dann auch gebietsseitige Zugewinne verlangen würde, wäre immer das Ende des Nationalsozialismus verbunden! Das Letzte, was das nationalsozialistische Deutsche Reich also brauchen konnte, war Krieg. Durch ihn befand sich das Deutsche Reich schon zu diesem Zeitpunkt, Herbst 1939, zumindest ideologisch in der Falle.

Die nächsten 8 Monate nach dem Polenfeldzug brauchte das Deutsche Reich, um einzusehen, dass seine Gegner nicht nur keinen Frieden, sondern auch nicht direkt angreifen wollten. Alle englischen Aktivitäten nach dem deutschen Polenfeldzug sind statt dessen dadurch gekennzeichnet, möglichst weitere Länder in den Krieg hineinzuziehen, und das Deutsche Reich zu militärischen Reaktionen zu zwingen, wobei auch die Aktivitäten Mussolinis nicht unbeachtet bleiben sollten.

Am 1.3.1940 hatte Hitler die Weisung «Weserübung», die Besetzung Dänemarks und Norwegens, erteilt. Wie allein die Dimensionierung der eingesetzten Verbände zeigt, wurde damit nicht etwa ein Kriegszug angewiesen, sondern die Besetzung von zwei neutralen Ländern. Das es dann bei der Besetzung Norwegens zu erheblichen Kriegshandlungen kam, ist erstaunlich. Nicht so sehr, dass sich Norwegen gegen eine deutsche Besetzung zur Wehr setzte, sondern dass sich die norwegischen Truppen gemeinsam mit den nur Stunden nach den deutschen in Norwegen gelandeten, englischen Verbänden sofort partnerschaftlich zusammenschlossen.

Waren diese englischen Truppen doch nicht etwa zur Befreiung, sondern ebenfalls zur Besetzung Norwegens gelandet! Einer englischen Besetzung, die norwegischerseits offensichtlich erwartet worden war,

und der die norwegische Regierung folglich zuvor zugestimmt haben musste!

Ausserdem sei die Frage erlaubt, wie jemand die Besetzung eines fremden Landes mit geringsten militärischen Mitteln anordnen kann, wenn er mit einer Gegenwehr rechnen muss? Wieder Irrsinn? *Oder war Hitlers Besetzung Norwegens in Wahrheit nichts anderes als sein Preis für eine englische Friedenszustimmung?*

Wird noch berücksichtigt, dass die deutschen Vorbereitungen zu dieser Aktion seit dem 1.3.1940 bereits angelaufen waren und Hitlers Absichten spätestens mit der Ausgabe der Marschbefehle auch der englischen, sowie norwegischen und dänischen Seite bekannt waren, so erstaunt die im Stundenbereich gelegene *englische Besetzungsver-spätung* noch zusätzlich. Prägen doch einzig diese wenigen Stunden den Gesamteindruck des gesamten Besetzungsvorgangs. Welcher Eindruck wäre entstanden, wenn die englischen Verbände *vor* den deutschen in Norwegen eingetroffen wären? Oder wenn Hitler sich ganz einfach die englische Norwegenaktion aus seinem Clubsessel angesehen hätte? Wie verändert sich das Bild von der deutschen Besetzung Norwegens, wenn statt der bis heute immer vorgegebenen kriegsstrategischen Gründe – die immer ein deutsches Interesse an einer weitergehenden Kriegsführung voraussetzen, was aber völlig widersinnig ist – dieser Vorgang einmal allein nur unter politischen Gesichtspunkten analysiert wird, was aber an dieser Stelle zu weit führen würde? Wie schon bei der Besetzung der Tschechei, ***so kann auch das von der Historikerelite gezeichnete Norwegenbild unmöglich korrekt sein***, fehlt ihm noch weitaus mehr jeder erkennbare politische Sinn! Das Hitlers Erlebnis in Norwegen dann zum Angriff auf Frankreich führte, dass war der damalige englische Beitrag zur «Weserübung». Ein Beitrag, der später durch den *Geschichtsschreiber Winston Churchill*, auf dessen Angaben die gesamte heutige Darstellung der Vorgänge in Norwegen basiert, abgerundet wurde.

Als Konsequenz aus den Erlebnissen in Norwegen griffen deutsche Truppen am 10.5.1940 in Frankreich an. Sie griff dort an, wo sie 20

Jahre zuvor über annähernd vier Jahre einen Stillstandskrieg mit Millionen von Toten geführt hatten. Wie Betonwände hatten sich damals die Gegner gegenübergestanden. Und auch 1940 waren die militärischen Kräfteverhältnisse ähnlich gelagert und auf Seiten Frankreichs und Englands Übergewichtig. Aber statt auf eine Betonwand traf der deutsche Angriff bestenfalls auf Pappmaché. Hatte Frankreich seine Truppen doch so «geschickt» aufgestellt, dass das Gros hinter der Maginotlinie stand und im gesamten Nordteil 21 französische Divisionen, um 20% Urlaubsgänger geschmälert und um 9 englische Divisionen verstärkt, insgesamt 85 deutschen Divisionen gegenüberstanden.

In kürzester Zeit, ohne dass es auch nur zu *einer* nennenswerten Schlacht gekommen wäre, war alles vorbei. Nicht nur, dass jeder grössere Kampf ausfiel. Hatten sich die englisch-französischen Streitkräfte durch ihr militärisch völlig unsinniges Vorrücken die eigene, kapulationsfördernde Vernichtungsfalle gar selbst gestellt! Auch der deutschen Heeresführung dürfte der gegnerische Show-Charakter des Feldzuges kaum verborgen geblieben sein und zu reichlich Verwirrung geführt haben. Und im Bezug auf England wiederholten sich die Ereignisse. Wie schon in Norwegen, so auch in Dünkirchen. Unter eigener Zurückhaltung liessen die deutschen Streitkräfte die dort eingeschlossene englische Armee weitgehendst ungeschoren entkommen. Wieder war ein englisches «Opferangebot» abgelehnt worden. Das Ausheben eines mit einer toten englischen Armee gefüllten Grabens würde auch kaum dazu beigetragen haben, den Krieg schnell zu beenden.

Ein Kriegszug hatte stattgefunden, der eigentlich keiner war, da die Gegner offenkundig andere Absichten verfolgten. Während Frankreich die eigenen Schäden und Opfer so gering als möglich halten wollte, konnte die englische Strategie zwei Gründe haben. Gemeinsam benötigt wurde offenbar der deutsche Blitzkrieg zur Demonstration einer gewaltigen deutschen Überlegenheit. Entweder wollte England diesen *öffentlichen Eindruck* dazu nutzen, um darauf eine baldige

Friedensbereitschaft aufzubauen, oder es galt aus der deutschen Überlegenheit nationale «Not und Hilfsbedürftigkeit» zu demonstrieren, um so Anspruch auf «befreundete Unterstützung» anmelden zu können.

Aber gleich welche der beiden Absichten zutraf: Dafür hatten Englands Politiker zunächst ihre gesamte Homefleet vor Norwegen, und anschliessend ihre Dreihunderttausendmannarmee in Dünkirchen als «Opfergabe» angeboten? Für solche militärischen Opferangebote hatten Englands Politiker den Krieg erklärt und alle bisherigen Friedensangebote des Deutschen Reiches abgelehnt?!

Offenbar war am 3.9.1939 ein Krieg der ganz besonderen Art erklärt worden?!

Als Konsequenz aus der wunderlichen Kriegsführung stand nun England als einzige Kriegspartei völlig allein dem fast kampfflos siegreichen Deutschen Reich gegenüber.

Mit Frankreich war der einzige, wenn auch noch lustlosere, Verbündete verlorengegangen. Ergänzend hatte sich die militärstrategische Position des Deutschen Reiches hinsichtlich eines möglichen direkten Angriffs auf England erheblich verbessert.

Und England selbst blieb nicht einmal mehr der Schatten einer Siegeschance!

Wie uns, so könnte es damals auch Hitler gegangen sein. Englands Verhalten wird immer unverständlicher.

Sich Klarheit über die immer undurchsichtigeren englischen Kriegsabsichten und -strategien zu verschaffen, musste das nun vordringlichste Ziel des Deutschen Reiches sein. Da nie eine Eroberung der englischen Insel die Absicht des Deutschen Reiches war, es somit auch keinerlei militärtechnische Voraussetzungen dazu geschaffen hatte, blieb als einzige Massnahme nur, direkten Druck auf England

auszuüben. Die sogenannte «Luftschlacht um England» (wenn schon die englische Kriegsnot nicht durch eigene Opfergaben vorgeführt werden konnte, so mussten jetzt simple Propagandaslogans erhalten) begann am 13.8.1940 mit Angriffen auf englische Militäranlagen. Als auch dies zu keiner englischen Friedensreaktion führte, wurde die deutsche Taktik geändert und stattdessen London aus der Luft angegriffen. Beides letztlich Massnahmen, die weder eine Eroberung Englands zum Ziel hatten, noch eine solche tauglich vorbereiten sollten und konnten. Stetige Steigerung des Druckes zur Klärung der englischen Absichten, oder gar zur Erzwingung einer englischen Friedensbereitschaft, ist die einzig sinnvolle Erklärung dafür. Zunächst begrenzt auf militärische Ziele, und als dies nicht ausreichte – englische Flieger Berlin mehrfach bombardiert hatten, wie um dem Deutschen Reich den Weg zu weisen – direkte Angriffe auf die Grossstadt London. Aber auch so war kein Frieden zu erreichen.

Diese deutschen Luftangriffe auf London mit den Jahre später durchgeführten Vernichtungsbombardements auf deutsche Städte vergleichen zu wollen, wäre mehr als nur nackter Zynismus.

Erst nachdem das Deutsche Reich alles, selbst den direkten Druck auf die englische Bevölkerung, ausprobiert, und auch dieser nicht zur englischen Friedensbereitschaft geführt hatte, musste auch Hitler endlich den Grund für Englands Kriegserklärung, seine seltsame Kriegsführung und seine beständige Friedensverweigerung erkennen.

Dass vom Deutsche Reich der tatsächliche Grund für Englands gesamtes Verhalten, wenn auch erst spät, offenbar erst während der Luftangriffe auf London erkannt wurde, demonstriert allein der am 10.5.1941 unternommene Hess-Flug. Allein der «England-Ausflug» des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess (im Range eines Ministers ohne Geschäftsbereich), durchgeführt in den bereits laufenden Angriffsvorbereitungen auf die Sowjetunion, zeigt noch einmal besonders deutlich den Friedenswillen des Deutschen Reiches, und dass es bereit war, *alles* zu versuchen, um jeden Zweifel an Englands Absichten zu beseitigen. Dass ausgerechnet dem Führerstellvertreter Hess diese

Aufgabe übertragen wurde, zeigt auch, dass von ihm in England Themen anzusprechen waren, die selbst innerhalb der deutschen Führung als *supergeheim* angesehen wurden und offenbar nur sehr wenigen Personen bekannt waren. Ein letzter und wohl extremster Friedensversuch. Nur, Frieden war von England eben *nicht* gewollt.

Zeigt dieser Vorgang aber auch, dass Hitler den gesamten Hintergrund des laufenden Spiels endlich verstanden hatte.

Einen Mann wie Rudolf Hess, der über solches Wissen verfügte, *jemals wieder lebend in die Freiheit zu entlassen*, schloss sich bei den 1987 erreichten Zuständen, produzierten Wahrheiten und laufenden Planungen von selbst aus, woraufhin dieser dann dringend «Selbst»-Mord zu begehen hatte.

Sechs Wochen nach dem Hess-Flug, am 22.6.1941, erfolgte der Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion, was damit zwangsläufig die Kriegsposition Englands stärkte und ihm einen neuen, nicht gerade unbedeutenden Verbündeten zuführte. Offenbar eine an politischer Dummheit kaum noch zu überbietende Entscheidung des Deutschen Reiches, da es durch diesen Angriff England aus seiner bis dahin isolierten Kriegsposition befreite. Eine Überschätzung der eigenen Kräfte? Wohl nie zuvor hatte eine Kriegspartei eine offenbar dümmere Entscheidung getroffen. Und dies ohne jeglichen erkennbaren Grund. Ihn nach der vorausgegangenen, verzweifelten deutschen Friedenssuche (trotz der anderslautenden deutschen Propaganda) in den ideologischen Bereich zu verlegen, passt grundsätzlich nicht und ist völlig unsinnig.

Als einzig plausibler Grund kann nur Hitlers nun völlig klarer Kenntnisstand zu den gegen das Deutsche Reich laufenden Absichten und Plänen gesehen werden.

Entstanden aus dem wunderlichen Frankreichfeldzug, begleitet von den beständigen englischen Friedensverweigerungen, die selbst mit

direkten Luftangriffen auf die englische Hauptstadt nicht zu beeinflussen waren, musste nun auch Hitler zu der Feststellung kommen, dass England einem *Frieden ohne Sieg* niemals zustimmen würde oder *nicht zustimmen durfte!* Wenn zumindest schon einmal dies erkannt war, musste jetzt die Frage nur noch lauten: Wie wollte es England bewerkstelligen, und wie konnte es ihm gelingen, gegen das Deutsche Reich militärisch siegen zu können? Und schon war man ganz nahe am einzig plausiblen Grund und Plan.

Nur in einer Koalition würde England einen Sieg über das Deutsche Reich erringen können.

Und als Koalitionspartner konnte es faktisch nur noch zwei geben. Die Sowjetunion hatte sich in Finnland versucht, ansonsten aber seit dem Polenfeldzug eine Zuschauerposition eingenommen, und konnte abwarten. Eine Veranlassung, auf einer der beiden kriegführenden Seiten in den Krieg einzutreten, hatte sie nicht. Insbesondere nicht auf der des Deutschen Reiches, da auch für die Sowjetunion, wie schon für das Deutsche Reich, *England über nichts Gewinnenswertes verfügte*. Auch die zur Selbständigkeit strebenden Kolonien konnten kaum einen Anreiz bieten. Die Sowjetunion brauchte die weitere Entwicklung nur abzuwarten.

Damit blieb England nur eine Möglichkeit, den Krieg siegreich zu beenden: Es musste die USA an seiner Seite am Krieg beteiligen.

Aber kein Staat würde je eine Kriegserklärung abgeben, alle Friedensgesuche ablehnen und, wenn auch mit aller eigenen Zurückhaltung und Schonung, Krieg führen, allein auf eine Hoffnung hin, *irgendwann* einen starken Partner zu finden, um erst damit den Krieg gewinnen zu können. Und selbst dann, bei einem gewonnenen Krieg, war kein eigener Vorteil aus dem Sieg zu erwarten.

Nur eine vorherige, vertraglich festgeschriebene Beistandszusage der USA konnte für Frankreich und England die nötige Sicherheit für ihren Handlangerkrieg bieten.

War man im Denken schon bis an diesen Punkt gekommen, so wurde spätestens jetzt klar, mit welcher Absicht England seine Kriegserklärung überhaupt abgegeben hatte, und dass diese Absicht schon zum Zeitpunkt des polnischen Beistandspaktes bestand. Offenkundig erstmals Anfang 1941 lagen Englands Kriegsabsichten offen auf Hitlers Tisch.

Damit dürfte Hitler auch erst jetzt, Anfang 1941, erkannt haben, dass er das von ihm angeführte Deutsche Reich in eine gigantische Schlinge hatte tappen lassen, von England ausgelegt, um von den USA zugezogen zu werden.

Eine geschickt aufgestellte Falle in einem grossen Spiel, in dem das Deutsche Reich wie nebenbei untergehen musste und vernichtet würde. The big Deal, lange und gut geplant, in dem das Deutsche Reich nur den ihm zugedachten Part spielen sollte. Einen Part, dessen Einplanung durch die Ausrechenbarkeit des Reichskanzlers Adolf Hitler, mit seiner lange zuvor angekündigten, und damit auch bekannten und kalkulierbaren, aussenpolitische Zielsetzung erheblich erleichtert wurde.

Die Erkenntnis des Deutschen Reiches, dass alles auf einen direkten Kriegseintritt der USA zulaufen würde und musste, womit der Kriegsausgang zu Gunsten Englands, das bisher nur eine Vorreiterrolle gespielt und alle Kampfhandlungen in Kenntnis der eigenen Stellvertretung mit grösster Kraftschonung geführt hatte, feststand, führte zum völligen Zusammenbruch aller bisherigen Überlegungen und Strategien. Strategien, die mit dem Sieg über Polen abgeschlossen waren und seitdem nur noch aus taktischen Schritten auf der fast schon verzweifelten Suche nach dem Frieden bestanden. Ab jetzt, zum Anfang des Jahres 1941, ging es um alles, nicht mehr um den Zugewinn von ein paar vormals deutschen, im Friedensvertrag von 1919 dem polnischen Staat zugeschlagenen Gebietsteilen. Auch nicht mehr nur um den Nationalsozialismus.

Es ging um die Existenz und den Bestand des Deutschen Reiches, von England und den USA in langfristiger Planung zur Liquidation vorgesehen!

Die nationalen Interessen des Deutschen Reiches bedurften damit einer totalen Veränderung ihrer Prioritäten. Von der Restauration als souveräne Grossmacht hin zur nackten Bestandssicherung.

Damit war die Fortsetzung eines, wo auch immer anzusetzenden, Drucks auf England nur noch Zeit- und Kraftverschwendung. Denn selbst eine völlige Eroberung würde wenig Nutzen bringen. An damit zu gewinnende Vorteile im Kampf gegen die USA gar nicht zu denken. Das Deutsche Reich stand damit vor der Frage, *wie die eigene Existenz gerettet werden konnte*. Viele Alternativen gab es nicht.

Es konnte alle Segel streichen, sich als Opfer listiger, angloamerikanischer Politik hinstellen, und sich vor aller Welt für den Angriff auf Polen, Frankreich usw. entschuldigen. Es konnte alle besetzten Gebiete räumen und den Vorkriegszustand wieder herstellen. Sicherlich hätte es auch anbieten müssen, alle angerichteten Schäden zu beseitigen. Im Endeffekt wäre das einer Kapitulation ohne Niederlage gleichgekommen, wobei auch dann keine Gewissheit bestand, damit alle gegnerischen Forderungen erfüllt zu haben.

Jede Friedenszustimmung der Gegner konnte aber schon allein daher ausgeschlossen werden, weil eine solche das gesamte angloamerikanische Grossvorhaben gefährden würde.

Hitlers Erkennen der tatsächlichen politischen und militärischen Absichten und Strategien seiner Gegner kam einfach zu spät, wobei die geschickte anglo-amerikanische Planung ein früheres Erkennen aber auch nicht zugelassen hatte.

Jetzt konnte und musste auch ein den preussischen Werten behafteter Hitler seine fehlerhafte Analyse des Ersten Weltkriegs erkennen. Fehler, die nicht nur zu der Feststellung geführt hatten, dass nur England

der ideale Partner des Deutschen Reiches sein müsse, sondern auch in der Ursachenanalyse zu den Gründen, die zum Verlust des Weltkrieges geführt hatten, hatte er völlig daneben gelegen. Das Letzte vielleicht auch nur, weil das Ergebnis so ideal in sein antisemitisches Weltbild passte, und damit gleichzeitig die Argumente geliefert werden konnten, um das deutsche Volk von fremden inneren Einflüssen zu befreien, wie es sein nationaler Sozialismus verlangte. Eine tiefgreifende, sofortige Korrektur war jetzt, Ende 1940, nicht mehr möglich. Im Gegenteil, Hitler selbst war gezwungen, alles zu unternehmen, nicht nur um seine Analysefehler und die daraus erforderlich gewordenen Konsequenzen zu vertuschen, sondern auch, um die Kampf- und Verteidigungskraft des deutschen Volkes bis zum Äussersten zu steigern.

Damit verbot sich auch jede Aufklärung des Deutschen Volkes zu den erkannten gegnerischen Kriegsabsichten und -zielen, würde ihre Veröffentlichung doch, statt Nutzen zu bringen, nur zu Diskussionen und Selbstzweifeln führen und damit den deutschen Überlebenskampf sabotieren. Die deutsche Führung durfte dem eigenen Volk also weder die Kriegsabsichten der Gegner, noch die tatsächlichen Notwehrgründe für den kommenden Angriff auf die Sowjetunion bekanntgeben.

Zu beidem, insbesondere aber zum kommenden Angriff auf die Sowjetunion, mussten statt der Wahrheit nun völlig andersartige Gründe gefunden und mit allen verfügbaren, propagandistischen Mitteln verbreitet werden.

Blieb noch die Sowjetunion. Hier wegen eines Kriegsbündnisses anzufragen, musste einer Auslieferung gleichkommen. Vor allem konnte es der Sowjetunion für seine Unterstützung *nichts an Gewinnen* anbieten. Und musste das Deutsche Reich nicht befürchten, dass die Sowjetunion, nach einem Kriegseintritt der USA, die hoffnungslose Lage Deutschlands erkennen würde, um dann, zu einem besonders günstigen Zeitpunkt, in den Krieg gegen das Deutsche Reich einzugreifen?

Daneben gab es noch eine weitere Frage, die nur mit der Sowjetunion zu beantworten war. Und diese Frage lautete:

«Wer sollte – bei aller wirtschaftlichen Leistungskraft der USA – die Truppen für den Kampf gegen das Deutsche Reich bereitstellen? Wer sollte die Hauptopfer tragen, nachdem Frankreich diesmal dazu nicht bereit war?»

England würde dazu nicht in der Lage sein, und selbst die USA würden keine Millionen Kriegsoffer vertragen können, wollten sie nicht die eigene Gesellschaftsordnung und den inneren Zusammenhalt ihres gesamten Staatsgebildes gefährden.

Nur die Sowjetunion war imstande, diese Aufgabe zu übernehmen. Und ihr konnten erhebliche Zugewinne zu Lasten des Deutschen Reiches und Osteuropas angeboten werden!

Damit gab es für das Deutsche Reich nur noch einen Weg, der dann auch beschritten wurde:

Der schnellstmögliche Angriff auf die Sowjetunion.

Kein Angriff, um ein paar Quadratmeter Boden zu gewinnen. Nicht neuer Lebensraum im Osten. Kein Angriff, um zu einem anderen, sonstigen Vorteil zu kommen. *Ein Angriff, um selbst zu überleben*, was nur dann überhaupt möglich werden konnte, wenn die Sowjetunion *schnell* ausgeschaltet wurde. Erst diese erkannte, existentielle Notlage des Deutschen Reiches erklärt den kommenden Angriff. *Höchstes Risiko mangels Alternativen. Ein nackter Überlebenskampf.* Und wie Russland sich auf einen Kriegseintritt vorbereitete, zeigte allein dessen in den ersten Kriegswochen offengelegter Aufmarsch- und Rüstungsstand. Wie hoch die Risiken dieses Angriffs auf die Sowjetunion vom Deutschen Reich selbst eingeschätzt wurden, zeigt deutlich der am 10.5.1941 unternommene, schon mehr als abenteuerliche Hess-Flug. *Unternommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich aus-*

schliesslich das Deutsche Reich und England im Kriegszustand befanden. Allein die Behandlung des Führerstellvertreters Hess zeigt in besonderer Deutlichkeit den zwischen England, den USA und der Sowjetunion erreichten Planungsstand und ihre Siegesicherheit hinsichtlich einer mit gemeinsamen Kräften betriebenen Vernichtung des Deutschen Reiches.

Ein Ziel, das weder Kompromisse oder gar einen Frieden zulies!

In der Zeit zwischen dem Ende der angeblichen «Luftschlacht um England» – wie «Blitzkrieg» ein auch der deutschen Führung nicht unwillkommener, englischer Propagandaslogan – im Herbst 1940 und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 liegen rd. 8 Monate. In diesen 8 Monaten musste das Deutsche Reich nicht nur, wie nach dem Polenfeldzug, seine Grundstrategien, sondern sogar seine kompletten nationalen Interessen überdenken und anpassen.

Das einzige Interesse des Deutschen Reiches war nur noch auf die Erhaltung und das Überleben der eigenen Nation reduziert. Als einzig mögliche Strategie dazu mussten die Gegner getrennt, d.h., nacheinander bekämpft werden. Dabei konnte bei einem Sieg über die Sowjetunion sogar gehofft werden, den Krieg damit endgültig zu beenden, würden die beiden anderen Gegner die deutsche Wehrmacht auf dem europäischen Festland doch kaum, oder aber nur unter sehr hohen Opfern, gefährden oder gar besiegen können.

Nachdem es dem Deutschen Reich bis Ende 1942 nicht gelungen war, seinen Angriff auf die Sowjetunion erfolgreich abzuschliessen, waren damit der nun tatsächlich als Weltkrieg laufende Krieg und das Deutsche Reich verloren.

Um diesen Teil abzuschliessen, sollen einige Daten genügen: Angriff Japans auf die USA am 7.12.1941, deutsche Kriegserklärung an die USA am 11.12.1941. Hatte das Deutsche Reich doch zumindest gelernt, seinem Partner den ersten Schritt zu überlassen, will man nicht anschliessend allein «im Regen» stehen.

Damit wollen wir wieder zurück zum Anfang kommen und uns nochmals mit der Beantwortung der dort gestellten Frage beschäftigen: Mit welcher Absicht erklärten England und Frankreich am 3.9.1939 dem Deutschen Reich den Krieg?

Auf der Suche nach der richtigen Antwort müssen wir zeitlich weiter zurück gehen. Wenn auch aus der der Kriegserklärung folgenden Entwicklung erkennbar ist, welche Absichten *nicht* bestanden, und dass der gesamte Zweite Weltkrieg völlig andere Hintergründe hatte, als es heute in allen Geschichtsbüchern nachzulesen ist, so lässt sich der eigentliche, im englisch-französisch-amerikanischen Verhältnis zu suchende, Grund nur in den davorliegenden Zeiträumen finden.

Wir wollen mit unseren Überlegungen dazu ganz willkürlich im Ersten Weltkrieg beginnen. Dieser, mehr als 20 Jahre vor dem 3.9.1939 datiert, erfährt in seinem Ablauf eine dramatische und entscheidende Wende.

Von 1914 bis 1917 standen sich im Westen zwei militärische Kontrahenten gegenüber, die sich zwar gegenseitig mit Toten überhäuften, denen aber beiden die Kraft fehlte, eine Entscheidung herbeizuführen. Spätestens 1917, eigentlich schon 1916, zeichnete sich aber eine gravierende Veränderung ab. Das zunehmende Zurückweichen der russischen Streitkräfte an der Ostfront und der sich daraus immer deutlicher ankündigende Zusammenbruch und zu erwartende Ausfall des russischen Bündnispartners musste dazu führen, dass die gegen den russischen Gegner eingesetzten Truppen in absehbarer Zeit frei werden würden, womit sich das bisher ausgeglichene Kräfteverhältnis an der Westfront zum Vorteil des Deutschen Reiches erheblich verändern würde, und diesem den Sieg bringen *musste*.

War auch bisher der Erste Weltkrieg ein rein europäisches Gemetzel, so konnten England und Frankreich allein den an der Westfront herrschenden, militärisch ausgeglichenen Zustand nur halten, weil ihnen aus den USA gewaltige Finanz- und Materiallieferungen zugeführt wurden. Bei einer Niederlage hätten demnach beide Länder nicht nur

ihre Kriegsziele nicht realisieren können, sondern sie hätten auch auf einem erheblichen Schuldenberg und sonstigen Verpflichtungen gegenüber den USA gesessen, ohne die Möglichkeit zu haben, zumindest die Schulden an das Deutsche Reich weitergeben zu können. Nun davon auszugehen, dass die USA einen Kapitalrückfluss von ihren Kunden geringer einschätzten, als wenn dieser vom Deutschen Reich übernommen würde, ist schon vordergründig unhaltbar. Die Entscheidung der USA, sich selbst als Kriegspartei zu engagieren, kann nicht mit der Verbesserung ihrer Forderungseintreibungserwartungen aus einer Schuldenverlagerung auf das Deutsche Reich begründet werden.

Denn mit ihrem Kriegsbeitritt hatten die USA nichts Geringeres als den Krieg entschieden. Sie hatte die Kriegsentscheidung zu Gunsten Englands und gegen das Deutsche Reich getroffen.

Den Grund dafür können, wie immer bei solchen Grossentscheidungen, nur die dabei vorhandenen Interessen liefern. Interessen, die jenseits von Kreditrückzahlungen liegen müssen.

Was die folgenden Analysen zum Ersten Weltkrieg betrifft, so bleibt hier darauf hinzuweisen, dass sie zwar zu den tatsächlichen Absichten des Zweiten Weltkriegs führen, aber nicht über die Ursachen des Ersten Weltkriegs aufklären. Diese können erst später – im Teil 2 dieser Überlegungen – offengelegt werden.

Im Kern bleibt nur ein Interesse: Die eigene angestrebte Weltmachtposition der USA. Vordergründig störte dabei die USA das Gleiche, was auch seine europäischen Partner in den Krieg getrieben hatte, nämlich die dynamische Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches vor dem Krieg. Folglich läge der Kriegsgrund der USA in der Beseitigung eines wirtschaftspolitischen Konkurrenten. Ein vielleicht kaufmännischer, aber kein überzeugender politischer Grund. Dieser konnte vielleicht noch die Lieferungen von Kriegsgeräten rechtfertigen. Selbst deren kostenlose Bereitstellung unter Investitionsbetrachtung. Aber sie konnte nicht den Einsatz eigener Soldaten begründen.

Dazu bedarf es schon erheblich politischerer Gründe.

Erst wenn bereits zum Zeitpunkt 1917 Überlegungen der USA zur Weltbeherrschung unterstellt werden, zeigt sich eine Logik im Verhalten und der Grundentscheidung der USA, kriegsentscheidend auf der Seite Englands und Frankreichs einzugreifen.

Auch den USA war nicht verborgen geblieben, dass ihre beiden europäischen Partner-Länder nur dank der bisherigen Hilfsleistungen imstande waren, den Kampf ausgeglichen zu bestehen. Dies war aber nur solange möglich, wie grosse Kräfte Teile des Deutschen Reiches in Russland gebunden waren. Hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt, aus ihrer kriegsbedingten Notlage, zwei europäische Grossmächte allein über *ihre Verschuldung und den weiteren Bedarf* in eine elementare Abhängigkeit der USA begeben, so konnte der daraus erwachsene, aber noch begrenzte Einfluss der USA erst durch eine Niederlage des Deutschen Reiches auf ganz Europa ausgeweitet werden!

Würde aber das Deutsche Reich den Krieg gewinnen, bliebe es auch künftig von allen US-Einflüssen völlig unabhängig!

Und selbst der bisher so klug von den USA (v)erkaufte politische Einfluss auf ihre europäischen «Kunden» England und Frankreich wäre, bei einem Sieg des Deutschen Reiches, zusätzlich erheblich geschmälert und müsste rückgeführt werden!

Wollten die USA aber das gesamte Europa unter ihre Kontrolle und Einfluss bringen, so war ein solches Ziel nur über eine Niederlage des Deutschen Reiches zu erreichen!

Der entscheidende Kriegsbeitritt der USA, eine machtpolitisch fein ausgeklügelte Entscheidung! Getopt wurde diese Entscheidung nur noch durch das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson (auf dessen Grundlage es zur deutschen Waffenstillstandsbereitschaft kam).

Ein Betrugsprogramm, hinter dem nicht nur die US-amerikanischen Absichten verborgen wurden, und von dem sich nicht nur das Deutsche Reich und Volk, sondern die gesamte Welt täuschen liess!

Mit diesem Täuschungsmanöver hatte die US-Politik nun erstmals ihr – zuvor nur von England (!) verwendetes – Erkennungszeichen in Europa vorgeführt.

Was aber konnten England und Frankreich den USA *von ihrer Seite*, neben einer Kredittilgung, an politischem Entgegenkommen anbieten, um den USA einen direkten und entscheidenden Kriegsbeitritt «schmackhaft» zu machen? *Es fehlt die englisch/französische Gegenleistung*. Es fehlt bis heute der Vertrag, in dem neben dem Kriegseintritt der USA, als ein kriegsentscheidender englisch/ französischer Vorteil, nun auch deren Gegenleistung als US-amerikanischer Vorteil festgeschrieben wurde. Und allein aus der damaligen Kriegslage mussten England und Frankreich fast alles unterschreiben, um die USA zum Kriegseintritt zu bewegen. Niemals zuvor war eine Kriegspartei in einer solchen Lage, und auch bis 1939 gab es für die USA keine vergleichbare Möglichkeit, von England und Frankreich fast jedes beliebige Zugeständnis zu erhalten.

So könnte die Vereinbarung z.B. enthalten haben, dass England und Frankreich die weltpolitische Entwicklung der USA nicht mit militärischen Mitteln verhindern. Und ist es da nicht auch logisch, wenn die USA schon in diese Vereinbarung hätte hineinschreiben lassen, dass Frankreich und England sich verpflichten, jeder machtpolitischen Verschiebung in Europa mit allen Mitteln entgegenzutreten und, sollten ihre Kräfte nicht ausreichen, sich die USA verpflichtet, sie dabei zu unterstützen?

Nun ist weder von grosser Bedeutung, ob es im Ersten Weltkrieg zu dieser oder einer anderen, schriftlichen Verpflichtung Englands und Frankreichs kam. Ebenso unbedeutend ist deren exakter Inhalt.

Was von grösster Bedeutung ist und als gesichert gelten kann, ist, dass England und Frankreich vor dem 31.3.1939 vertragliche Verpflichtungen gegenüber den USA eingegangen waren, aus denen beide zur Kriegserklärung verpflichtet waren!

Der Bestand einer vertraglichen Rückversicherung bei den USA allein kann dazu, bei dem völligen Fehlen englisch-französischer Kriegsinteressen, nicht ausreichen.

Eine weitere Bedeutsamkeit ergibt sich nun daraus, dass diese Vereinbarung bis heute unbekannt ist, also geheim gehalten wurde und wird. Damit liegt der Sinn und Zweck einer solchen Vereinbarung, was im Veröffentlichungsfall einer Warnung an alle anderen Staaten gleichgekommen wäre, allein durch ihre Geheimhaltung einzig darin, ein kriegerisches Spiel, wie dann am 3.9.1939 erfolgt, aufbauen zu können. Also einem anderen Staat mit der Kriegserklärung eines schwächeren Bündnisteils einen Krieg aufzuzwingen, durch Kriegsuntätigkeit eine eigene Notsituation zu simulieren, die Kriegsschuldfrage vor der Welt und insbesondere der US-amerikanischen Bevölkerung eindeutig geklärt zu haben, und die Kriegsbereitschaft des eigenen Volkes zu steigern, um den Krieg dann mit vereinten Bündnis Kräften zu gewinnen. *So kann eine Vereinbarung allein aus ihrer Geheimhaltung von einer Warnung zu einer Falle werden.*

Damit kann das bisher unbekanntes Datum des vor dem 31.3.1939 abgeschlossenen englisch-französisch-amerikanischen Bündnisses als eines der bedeutsamsten Daten der neueren Weltgeschichte definiert werden, da seit diesem Zeitpunkt die Interessen der USA erstmalig international definiert und erkennbar waren. Interessen, die in der Folge zur gesamten bekannten, weltpolitischen und bis heute andauernden Entwicklung führten.

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sind folglich nicht mehr Englands und Frankreichs Interessen zu berücksichtigen, sondern ausschliesslich die Interessen der USA. Bestandseitig hatten weder Frankreich, England noch die USA etwas vom Deutschen Reich zu

befürchten. Somit konnte es also nur darum gehen, gemeinsame Vorteile zu erzielen. Da aber für England und Frankreich keine Vorteile überhaupt definierbar waren und sind, bleiben nur die US-amerikanischen Vorteile. Und diese liegen eindeutig im weltmachtpolitischen Bereich.

Das erklärt und bestätigt sowohl das französische als auch das englische Verhalten während der beiden Teile des Zweiten Weltkriegs.

Selbst ein vorzeitiger Kriegsgewinn musste unterbleiben.

Beide taten letztlich nur das Nötigste. Krieg nur für andere Interessen zu führen, ist selbst für Regierungen nicht besonders motivierend.

Nicht Hitlers Dimension, im Vergleich als Zugewinn von ein paar Äckern zu bezeichnen, war der Grund für den Zweiten Weltkrieg.

Die weltumspannende Vormachtstellung der USA. Dies war das Spiel, the big Deal.

Um den Beherrschungszugriff auf den Globus ungestört vollziehen zu können, mussten zuvor alle, die überhaupt nur dabei stören und vielleicht selbst Machträume hätten verwirklichen können, ausgeschaltet werden. Dass es sich dabei sowohl bei dem nationalsozialistischen Deutschen Reich als auch bei Japan um Länder handelte, die jedes für sich ein Wirtschaftssystem gewählt und akzeptiert hatten, die den US-amerikanischen Rigoros-Kapitalismus nicht nur als eine Entgleisung in primitive Urzeiten entlarven mussten, sondern diesen auch im wirtschaftlichen Erfolg übertreffen, und so letztlich den gesamten US-amerikanischen Staat und seine internen Machtstrukturen gefährden konnten, dürfte auch keine unerhebliche Überlegung gewesen sein.

Noch wichtiger aber war die Überlegung, wie es gelingen konnte, dem Rest der Welt, u.a. den bisher von England Bevormundeten und Ausgebeuteten, nach dessen Niedergang die USA als neuen Vormund

schmackhaft zu machen, und als selbst im eigenen Interesse des Bevormundeten liegend zu verkaufen, d.h., wie bringt man jemanden dazu, nach einem fremden Herrscher zu rufen, um damit seine Freiheit zu verlieren und beherrscht zu werden?

Nur dem ist ein Vormund zu verkaufen, der von einer Gefahr überzeugt werden kann, der allein zu widerstehen er nicht imstande ist, und die abzuwehren er unbedingt Hilfe braucht, selbst auf das Opfer hin, damit seinen Vormund selbst bestimmt und seine Freiheit aus der Hand gegeben zu haben. Also eine Wahl des kleineren Übels.

Und sollte eine Gefahr zu klein für den ganzen Globus sein, so müssen eben zwei sich global ergänzende geschaffen werden (beispielsweise Deutschland und Japan).

Das war der zentrale US-amerikanische Plan, auf dem es zur englisch-französischen Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich kam.

The big Deal, das grosse Geschäft um eine Weltmachtstellung der USA. Die Beherrschung der Welt zu Lasten aller. Zu deren Anschlag eine propagandistisch erzeugte Bedrohung durch das Deutsche Reich (und Japan) benötigt wurde.

Aber jeder, der Weltbeherrschungsziele hegt und sich dazu eine Strategie entwickelt, muss nicht nur über lange Zeiträume planen, der wird schon die Beherrschungsziele nicht allein deshalb definieren, nur um sie zu erreichen, d.h., eine Weltbeherrschung kann immer nur selbst Mittel zum Zweck sein. Eine Konzentration von Macht, mit deren Ausübung erst das tatsächliche Ziel erreicht werden soll und kann. Dieses letzte und eigentliche Ziel, spätestens zum Zeitpunkt des englisch-französisch-amerikanischen Bündnisses erdacht, ist bis heute (noch) nicht erreicht.

Auch steht jede Zielsetzung, die Weltbeherrschungscharakter hat, zwangsläufig immer ausserhalb jeder nationalen Prägung, da solche

Ziele niemals dem Vorteil einer Nation dienen können, sondern immer nur einer Interessengruppe! Diejenigen, die diese Ziele definiert und die Planungen erstellt haben, müssen jenseits jeder Art von Demokratie und nationaler Bindung stehen. Und sie müssen noch viele andere Voraussetzungen mitbringen. Und solche Weltbeherrschungsziele betreffen folglich nicht nur Deutschland. Sie sind gegen *jeden* gerichtet, der nicht zu der initiiierenden Gruppe und ihren Handlangern gehört.

Weltbeherrschungsziele, geplant und verfolgt im Namen einer Demokratie! Dabei millionenfache Kriegsoffer und das Elend ganzer Völker bereitwillig in Kauf genommen! Und dies alles auf einer spätestens seit 1917 bestehenden Planung!

Damit wird nun auch deutlich, dass ein einfacher Sieg über das Deutsche Reich, wie er für England und Frankreich im September/ Oktober 1939 leicht möglich gewesen wäre, nichts genutzt hätte. *Ein Weltkrieg musste gebastelt werden.* Und mit diesem musste jeder souveräne deutsche Staat unbedingt zerstört und möglichst für alle Zeiten ausgeschaltet werden. Dass eines der US-amerikanischen Kernziele, die gegenseitige Totalschwächung des Deutschen Reiches und der Sowjetunion, nicht erreicht wurde, nun, dies spricht zumindest für den sowjetischen Durchblick, hatten diese doch auch den Vorteil, direkt mit den Planern zusammenzuarbeiten und so auch ihre Partner zu kennen.

Was in den US-amerikanischen Kriegszielen und -plänen für ihre Gegner tatsächlich vorgesehen war und auch umgesetzt wurde, welcher offene Vernichtungscharakter, nicht nur gegen militärische Gegner, sondern gegen ganze Völker darin enthalten war, zeigen nicht nur die Atombombenabwürfe und die US-betriebene Liquidierung von über einer Million deutscher Kriegsgefangener. Dass diese «Leistung» gegenüber deutschen Kriegsgefangenen nur noch von den sowjetischen Partnern übertroffen wurden, zeigt zumindest die Gemeinsamkeit selbst in dieser Zielsetzung. Auch die angloamerikanischen

Vernichtungsbombardements auf Deutschlands Städte zeigen deutlich das wahre Vorhaben.

Damit kommen wir zur letzten Frage. Für die Völkervernichtung planenden, «freien westlichen Demokratien», verbunden in enger harmonischer Abstimmung mit den kommunistischen Machthabern der Sowjetunion, natürlich ein zentrales Problem.

Wie können die eigenen, verbrecherischen Pläne und Absichten in Bedeutung und Ansehen umgemünzt werden?

Wie kann der am deutschen Volk begangene Völkermord gerechtfertigt werden?

Wie macht man einen Massenmörder zu einem ehrenwerten Menschen, oder besser noch, wie wird er gar zum Befreier der leider am Leben gebliebenen Verwandten der von ihm Ermordeten?

Letztlich bleibt dafür nur die ***Methode des Relativierens***, d.h., man stelle den Massenmörder neben eine ganze Bande von Massenmördern, *ein Volk von Massenmördern!* Massenmördern, die ihre Morde zudem noch an wehrlosen Opfern, z.B. an Kindern, die zuvor auch noch bestialisch gequält und gefoltert wurden, begangen haben. Und schon ist der einfache Massenmörder fast jemand wie du und ich. Er wird gar zum Sympathieträger. *Je schlimmer und drastischer der Vergleichspartner, desto Sympathieträger.* Hat dieser nun fast schon sympathische Massenmörder mit seinen Morden gar nur Teile der «Bande des anderen Massenmörders kalt gemacht», so erhalten seine Taten gar etwas «befreierhaftes», den Heiligenschein einer Wohltat!

Wer aber solches nicht zur Verfügung hat, wer weder den richtigen Massenmörder, noch seine «Bande», noch die bestialischen Hintergründe hat, und wem besonders die Details fehlen, der muss eben das entsprechende Szenarium basteln.

Und auch hier konnten wieder die gleichen Qualitäten wie schon beim Basteln des Zweiten Weltkrieges entwickelt werden.

Die Handschrift entlarvt ihre Urheber.

Da waren vom Deutschen Reich doch Millionen von Menschen durch ganz Europa transportiert und in Arbeitslagern eingesperrt worden, von denen eine Anzahl die Zeit des Krieges nicht überlebt hatte und mancher auch ermordet wurde(?). Die Überlebenden, nun völlig heimatlos, suchten mit grosser Sehnsucht nach Leben und Freiheit eine neue Zukunft. Eine solche Zukunft liess sich für sie, so direkt nach dem Krieg, nur in einem Land finden, das von jedem physischen Schaden unberührt geblieben war, den USA. Die USA standen damit vor der Zuwanderung von Millionen dieser Überlebenden. Ein Teil hat diesen Schritt auch geschafft. Die Gesamtheit aufzunehmen, waren die USA aber offenbar nicht in der Lage oder nicht gewillt.

Für einen zweiten Teil musste ein neues Land «freigemacht» werden, gepfiffen war auf Menschen- und auf Völkerrecht, um auch dieser Gruppe eine Heimat geben zu können. Damit konnte so ganz nebenbei *ein zu allen Zeiten nur mit Unterstützung der USA lebensfähiger Staat* in einer Region installiert werden, der für diese, insbesondere nach dem zu erwartenden englischen Abgang, von höchstem globalstrategischem Interesse war. Zum Zweiten hat die Aufteilung eines Ganzen in zwei Hälften den Vorteil, dass jeder Hälfte zur Gesamtheit immer eine Hälfte fehlt. Erst aus dieser Aufteilung ergab sich die Möglichkeit, Massen (bzgl. des entsprechenden Mörders) zu manipulieren und zu konstruieren. Begleitende, im grossen Stil vorgenommene Namensänderungen konnten den personellen «Schwund» noch erheblich steigern.

Allein, dass die gesamte Zukunft einer Hälfte dieses kleinen alten Volkes und sein neuer Staat existentiell von der Unterstützung der USA abhängig war, und auch auf lange Zeit bleiben würde, machte das gesamte Volk für die USA zu einem Partner, der die staatschaffende US-Unterstützung vergelten musste. Durften sie zunächst «das Material» und die Details für die deutschen «Volksverbrechen» liefern, so lag es auch in Zukunft an ihnen, diese deutschen «Volksver-

brechen» immer aktuell zu halten und sie der Welt (nicht nur per Hollywood) *vorzuführen*. Für die USA ein zentraler und wichtiger Beitrag: Die konstruierten Ankläger mussten sich damit *zwangsläufig vor* die USA stellen, womit, ergänzt um deren politische Moralitätsfloskeln, die ideale Tarnung der eigenen, gegen das deutsche Volk begangenen, tatsächlichen Kriegsverbrechen der USA und Englands geschaffen werden konnte.

Für die gesamte Problemlösung, die den nicht unerheblichen Vorteil hatte, dass bereits während des noch laufenden Krieges an ihr gearbeitet werden konnte, waren zunächst die «Beweise» zu beschaffen. Es war der Massenmord, der oder die Mordvorgänge, Schwerpunkt bestialisch und fabrikmässig, eben besonders verabscheuungswürdig, herzustellen. Auf diesem Gebiet konnten die angeblich Ermordeten nicht nur ihre besonderen «Detailkenntnisse» und -beschuldigungen einbringen. Den Machern in Hollywood blieb es dann vorbehalten, auch die exakte Bezeichnung dafür später nachzuliefern.

Die US-amerikanische Massenvernichtung des deutschen Volkes – an der, für jedermann ersichtlich, schon während des laufenden Weltkrieges intensiv gearbeitet wurde, muss folglich schon daraus, dass sie schon *während* des laufenden Krieges begann, *Teil der Kriegsplanung gewesen sein*. Waren die Verbrechen schon Teil der Kriegsplanung, so müssen auch die Tarnungsmassnahmen bereits planerisch enthalten gewesen sein (also spätestens während der 30er Jahre erdacht), sollte nicht alles dem Zufall überlassen werden, und sollten diese Verbrechen nicht der Gefahr ausgesetzt sein, nach dem Kriege vor der Weltöffentlichkeit und der eigenen Bevölkerung als das zu erscheinen, was sie waren.

Damit waren sowohl die Schaffung des neuen Staates als auch die von seinem kleinen alten Volk zu erbringenden Gegenleistungen bereits ein fester Bestandteil der konzeptionellen Weltkriegsplanung der USA und der darin enthaltenen, gegen das deutsche Volk gerichteten, Vernichtungsverbrechen!

Dass der neue Staat für die eine Hälfte der Überlebenden, allein schon, um die Erfassung der Gesamtheit zu vermeiden, unbedingt «ins Leben gerufen» werden musste, *bevor* im besiegten Deutschen Reich eine, wie auch immer geartete, eigenstaatliche Organisation installiert werden durfte, die zumindest hätte nachzählen können, zeigen die Abläufe. Erst nachdem Mitte 1948 der neue Staat für das kleine alte Volk gegründet war, wurde umgehend der Auftrag zur Aufsetzung des bundesdeutschen Grundgesetzes erteilt!

Und der Rest der Relativierung des US-amerikanischen Völkermordes? Kaum war der letzte Schuss des Krieges gefallen, wurden die Einrichtungen und Zeugen entsprechend präpariert und jede Frage nach diesen Verbrechen mit einem noch grösseren Greuel, dem «aus dem Ärmel gezauberten» Holocaust erschlagen. Erst nachdem alles unter Alliiertes Kontrolle war – keines der unzähligen, zuvor über dem um seine Freiheit kämpfenden Deutschen Reich abgeworfenen, Flugblätter der Alliierten hatte je darauf hingewiesen – erst zu einem Zeitpunkt, als eine Verteidigung gegen die konstruierten Vorwürfe nicht mehr möglich war, wurden diese Vorwürfe mit Millionen von Flugblättern verbreitet!

Danach: Vier Jahre Besatzungszeit in einem hoheitlich nicht existenten Land mit alleiniger, ganz direkter Medienhoheit, sprich mediengestützter Gehirnwäsche zur Meinungsmache, die anschliessend an «vertrauenswürdige» Einheimische, so wie aus dem US-Exil «Heim»-gekehrte übertragen wurde. Show-Tribunale und Hexenjagen. Und schon fragte und wagte auch niemand mehr nach den Kriegsplanern und -verursachern überhaupt zu fragen. Insbesondere nicht nach den von den Alliierten gegen das deutsche Volk begangenen Vernichtungsverbrechen.

Und sollte tatsächlich mal jemand es wagen, der Wahrheit auf die Spur oder auch nur zu nahe zu kommen, so waren dafür die passenden Gesetze eingerichtet, und die entsprechenden Vollstrecker gefunden.

Nur wer sehr viel zu verbergen hat, muss solche Abwehr- und Verdunkelungsmechanismen organisatorisch bereitstellen.

Millionen ermordete Zivilisten

bei der grossflächigen Bombardierung deutscher Städte,

Millionen ermordete Zivilisten

bei ihrer Vertreibung aus der Heimat,

Millionen ermordete Kriegsgefangene

im und nach dem Kriege, von dem

Millionen «normal» gefallener Soldaten nicht zu reden.

Und alles nicht zufällig oder aus kriegsbedingten Notsituationen entstanden, sondern auf ein feststehendes Ziel hin geplant und exakt umgesetzt, ausgeführt und mit der erforderlichen Tarnung versorgt. All diese Millionen von Toten hatten neben ihrer gezielten Ermordung noch ein Zweites gemeinsam: *Sie waren Deutsche!*

Wird damit der Grund für den millionenfachen Mord, geplant und gezielt begangen am deutschen Volk, auch in seiner Absicht deutlich? Nein? Welchen Grund kann es wohl für solche Handlungen geben? Die Antwort ist schon in den Handlungen selbst enthalten! Der Grund war die zentrale Lösung des ***deutschen Problems***:

Die Grösse des deutschen Volkes, d.h., die Anzahl deutscher Menschen sollte reduziert werden!

Unabhängig von vielleicht manchen deutschen Eigenarten und Eigenschaften führte, neben der guten Ausbildung, immer schon die Anzahl an deutschen Menschen, die rein physische «Stückzahl» des deutschen Volkes, sowohl zu einem für diese Anzahl angemessenen Raumbedarf, als auch in ihrer Geschlossenheit zur Dominanz innerhalb Europas! Allein mit einer Reduzierung der Anzahl war auf lange Sicht die deutsche Dominanz, die immer auf der nackten Grösse und Anzahl seines Volkes gegründet war, zu brechen! Nicht die Eliten liquidieren, die können schnell nachwachsen,

die Gesamtsumme war (und ist) zu reduzieren!

Wird nun auch das Mord-Bombardement und die Vernichtung allein des menschenüberfüllten Dresden (ohne dabei nur eine der anderen deutschen Städte zu vergessen) verständlich?

Genau diese Menschenüberfüllung hatte Dresden zu einen besonders lohnenden und ergiebigen Objekt gemacht!

Selbst die Monate später nur mit Hilfe der Atombombe erreichte Vernichtungsquote konnte in Dresden bereits mit konventionellen Mitteln erheblich überschritten werden!

Die eigenen, gegen das deutsche Volk gerichteten Absichten, das eigene, gegen das gesamte deutsche Volk praktizierte Denken und Tun anschliessend diesem zu unterstellen und unterzujubeln, als angeblich vom Deutschen Reich geplant und gegen ein kleines altes Volk gerichtet; das ist politische Perversion in Reinkultur. Das ist reiner anglo-amerikanischer Politstil.

Eine Perversion, die sich «wie von selbst» als solche entlarvt:

Die Vernichtung eines Volkes, das über den gesamten Erdball verstreut ist, ist überhaupt nur möglich, wenn der, der diese Vernichtungsabsichten hegt, auch den gesamten Erdball beherrscht. Und das war weder vom Deutschen Reich jemals geplant, noch war es ihm je möglich. Und eine Teilvernichtung dieses kleinen alten Volkes macht selbst bei perversen Dominanzüberlegungen keinen Sinn, da dieses Volk niemals Dominanz ausübte und ausüben konnte. Die eigentlichen Probleme, deren Ursachen nicht zuletzt auch von Hitler diesem Volk unterstellt wurden, waren nicht das Volk selbst, *sondern einzelne Personen*, die diesem Volk angehörten. Nur, diese tatsächlich mitverantwortlichen Personen standen immer weit ausserhalb der Zugriffsmöglichkeiten des Deutschen Reiches.

Hitlers fehlerhafte Analysen des Ersten Weltkrieges und seine darauf aufgebauten, innenpolitisch ausgerichteten Ideologieteile hatten in den Händen freiheitsverkündender, den Krieg planender und nach Weltmacht strebender Kapitalisten nicht nur katastrophale Auswirkungen, sondern sie erfüllten und erfüllen, wenn auch etwas «verdreht» dargestellt, selbst heute noch ihren Zweck.

Aber auch für eine künftige Abschöpfung der deutschen Leistungskraft nach dem Krieg – Reparationszahlungen an Industrieländer hatten sich ja als ungeeignet und kontraproduktiv erwiesen – konnte eine optimale Lösung gefunden werden. War doch ein völlig neuer Staat für Teile eines kleinen alten Volkes aufzubauen.

Aus übergeordneter System-/Ideologiebetrachtung hatten mit dem Zweiten Weltkrieg Kapitalismus und Kommunismus, beides Ideologien mit Weltmachtanspruch, einen Sieg über einen gemeinsamen Feind errungen. Über einen in den Dienst einer Nation gestellten Kapitalismus mit sozialen Einschränkungen, der jeder Weltbeherrschung immer entgegenstehen musste!

BRD und DDR

Das Ende des Krieges hatte im Deutschen Reich (und Japan) zwar den zentralsten Verlierer, aber zwei Gewinner, die USA und die Sowjetunion. Eine Sowjetunion, die zum Ende des Krieges den Wettlauf um die Zentrale des Deutschen Reiches und die dortigen Dokumente und Archive für sich entscheiden konnte, worauf die Ardennenoffensive kurz vor Ende des Krieges nicht unerheblichen Einfluss hatte. Die beiden anderen «Sieger» des Zweiten Weltkrieges, England und Frankreich, hatten mit ihrem Sieg das gewonnen, was sie von Anfang an erwartet hatten: Nichts!

Sie hatten geholfen, das deutsche, ihr Nachbarvolk, planmässig zu dezimieren und Deutschland, seine Heimat, umzupflügen und auszurädieren. Sie hatten Hunderttausende eigene Kriegsoffer zu beklagen und dies für sage und schreibe: NICHTS!?

Keine Reparationen, kein gesteigerter, politischer Einfluss (sieht man von dem anschliessenden, zweimaligen Geschenk der Demokratie einmal ab), und all dem, was ihnen zuvor bereits nach dem Ersten Weltkrieg als Beute zugeflossen war.

Dies ist nun so unlogisch und widersinnig, dass davon ausgegangen werden muss, dass sie dieses zweite Mal mit ihrem Beuteanteil genauso verfahren, wie sie es mit dem Frieden taten:

Die Bedingungen wurden in geheimen Staatsverträgen untergebracht.

Und diesmal wurde das Deutsche Reich völlig liquidiert. War doch die Kapitulationsforderung schon darauf angelegt, nach Abschluss der Kampfhandlungen tun und lassen zu können, wie die «Befreier» es wollten. So forderten sie denn auch: von deutscher Seite bedingungslos, von Siegerseite: kompromisslos. Keine Fehler mehr wie im Vertrag von Versailles, dessen öffentlich aufgestellten Forderungen erst die deutsche Empörung und Gegenwehr geschaffen, und so dem nationalen Sozialismus erst den Weg bereitet hatte. Die Siegermächte hatten nun nicht etwa gelernt, mit Forderungen gemässigter umzugehen. Das Einzige, was sie gelernt hatten war, ihre Forderungen und Absichten *nicht öffentlich* zu stellen und vorzulegen. *Ein zur Politik passender, typisch anglo-amerikanischer, lichtscheuer Frieden.* Durften doch der die «freien Demokratien» noch der «Weltkommunismus» ihr wahres Gesicht zeigen. Da weder die kriegsauslösenden noch die künftigen Absichten der USA niemandem, nicht den Besiegten, nicht den anderen, vorgeblich verbündeten Ländern, und auch nicht der eigenen Bevölkerung bekannt gegeben werden durften, durfte es auch keinen Friedensvertrag zum Kriegsabschluss geben. Nur, irgendwie musste selbst die als Protektoratsleitung eingesetzte

Bundesregierung zumindest schriftlich gebunden und verpflichtet werden. Wenn schon nicht öffentlich, so eben im Geheimen!

Statt in einem öffentlichen Friedensvertrag, wurden alle Forderungen in geheimgehaltenen Staatsverträgen untergebracht, in dem u.a. jeder künftige Bundeskanzler als Interessenverwalter zur Um- und Durchsetzung der dortigen Forderungen eingesetzt und verpflichtet wurde.

Allein auf solcher Basis, auf der Basis geheimer Staatsverträge, kann selbst das zentrale «Geschenk» der heute als «Befreier» auftretenden Siegermächte, die Demokratie, nur noch als Propagandabegriff angesehen werden.

Damit muss auch das anfangs vorgestellte Schreiben inhaltlich echt sein, zeigt sein Inhalt doch deutlich die seinerzeitigen Interessen und Strategien der Siegermächte.

Die an dem Schreiben vorgenommenen Veränderungen können unterschiedliche Gründe haben. Zunächst, wie bei den (offensichtlich aus der untergehenden Sowjetunion stammenden) HitlerTagebüchern: Erpressung mit dem Nachweis der Wahrheit, unter der Offenhaltung eines über Manipulationen geschaffenen Hintertürchens; wobei diese Erklärung nicht zutreffend sein dürfte. Denn sowohl die seinerzeitigen Interessen, der geheime Staatsvertrag selbst, als auch der Inhalt des gezeigten Schreibens waren *zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung* tatsächlich Teile der Vergangenheit und für die aktuelle und künftige Politik ohne Bedeutung. Die Veröffentlichung des Schreibens ist also nicht anderes, als *das Auslegen einer Spur in die falsche Richtung*, um von völlig anderen, 1993/96 aktuell-politischen Vorhaben abzulenken, was nicht zwangsläufig heissen muss, dass dieser Vertrag nicht mehr wirksam ist.

Selbst die ungelösten Gegensätze der beiden obsiegenden Kriegsparteien waren hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber dem besiegten Deutschen Reich wenig störend. Beide bedienten sich am ehemaligen

Gegner. Unterschiedlich war dabei nur die Art des Bedienens. Das Ergebnis war das Gleiche. Bedienen wurde nicht so sehr zu einer Mentalitätsfrage, sondern war eine Frage der Erfahrung im Umgang mit Beherrschungsinstrumentarien. Die Sowjetunion griff unerfahren einfach zu. Der US-amerikanische Zugriff war weitaus feiner durchdacht. Er griff zentrale Eck- und immaterielle Werte und Potentiale ab. Für den jeweiligen deutschen Beuteteil war das Ergebnis das Gleiche. Jedes wurde ein abhängig verwaltetes Protektorat, wobei die Protektoratsleitung mit landeseigenen Personen besetzt wurde. Adenauer nicht anders als Ulbricht. Und beiden wurde die jeweilige Herrschaftsideologie aufgezwängt; dabei jeglicher Art unabhängiger, eigenstaatlicher, deutscher Entwicklung nicht den geringsten Raum gebend, und auch das Aufkommen souveräner Entscheidungen gar nicht erst entstehen lassend.

Um die neu entstandene Bundesrepublik in ihrer politischen Geschlossenheit zusätzlich zu schwächen, wurde sie nicht als ein zentral gesteuerter Staat, sondern als föderativ strukturierter Zusammenschluss einer Vielzahl von sog. Bundesländern installiert.

Während die deutsche Komponente damit aus dem weltpolitischen Spiel – zuvor nur als Sündenbock eingebunden – ausgeschieden war, jede der beiden Siegerparteien sich weitestgehend an den gewonnenen Ressourcen bediente, so war der zentrale Weltmachtplan der USA nur zum Teil aufgegangen. Um Deutschland zu besiegen, hatten sie der Sowjetunion nicht nur die Hauptlast und die grössten Opfer des vergangenen Krieges aufgebürdet, sondern sie hatten sie auch so weit stärken müssen, dass diese Sowjetunion als neuer Gegenpol daraus entstanden war. Dies hatte auch die gezielt verzögerte, aktive Kriegsbeteiligung der USA nicht ändern können.

Bleibt zu erwähnen, dass die Sowjetunion, im Gegensatz zu England und Frankreich im Ersten Weltkrieg, die US-amerikanischen Material- und Finanzleistungen nicht als Kredite betrachtete und auch nicht daran dachte, diese zurückzuzahlen. Nicht nur damit entzog sich

die Sowjetunion der geforderten Unterwerfung unter die US-amerikanische Finanzhoheit, *womit letztlich deren Gesamtdominanzstrategie gescheitert war*. Was im Krieg nicht erreicht werden konnte, musste somit neu angegangen werden. Konfrontationskurs zur Sowjetunion und die Welt in zwei Blöcke geteilt: Die Sowjetunion, völlig unerfahren und geradezu tolpatschig und rustikal im Auftreten bei der Wahrnehmung ihrer veränderten Interessen, gegen die USA mit ihrem Alleinbeherrschungsanspruch.

Entsprechend verwalteten sie auch ihren Protektoratsteil von Deutschland. Auf der einen Seite mit feinsten und subtilster Propaganda unterfütterter Abgriff deutscher Potentiale, auf der anderen offene Repressionen bis zur nackten Gewalt. Die Zielsetzungen im Abgriff waren die Gleichen. Das Ergebnis aber höchst unterschiedlich. Auch musste die Entwicklung der beiden Teile Deutschlands unterschiedlich verlaufen, eben so, wie das jeweils übernommene Wirtschaftssystem es zuliess.

Übernommen hatten beide «neuen» deutschen «Staaten» das Gleiche: Jeder bekam einen Teil ruiniertes und planiertes Deutschland und einen Teil des deutschen Volkes. Nicht die Marshallplankredite – die bis 1962 vollständig zurückgezahlt wurden – sondern ausschliesslich das Wirtschaftssystem sorgte für die unterschiedliche Entwicklung beider Teile.

Während in der DDR kommunistisch umgestellt und nivelliert wurde, blieb in der BRD wirtschaftspolitisch alles beim alten. Das sich «entwickelnde» Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, welches dieser ihr «Wirtschaftswunder» ermöglichte, basierte, was so erstaunlich nun auch wieder nicht ist, im Kern auf dem Grundgedanken des Nationalsozialismus. Nur durfte dies niemand mehr so nennen. Die übernommenen Systembestandteile des Nationalsozialismus mussten formell ein zweites Mal von Erhardt «erfunden» werden, und hiessen nun «Soziale Marktwirtschaft». So wie schon der Nationalsozialismus in kürzester Zeit eine Gesellschaft ohne Arbeitslose geschaffen hatte, so gelang nach dem Krieg mit den gleichen Regeln gar ein

Wunder, ein «Wirtschaftswunder». Nicht ein Verdienst Adenauers, sondern der alleinige Verdienst des deutschen Volkes, seiner Motivation und Ausbildung. Da letztlich ein nationalsozialistisch geschultes, durch den Krieg noch stärker zusammengeschweisstes, deutsches Volk übernommen werden konnte, waren zur Durchsetzung der «neuen» bundesdeutschen Wirtschaftsordnung auch keinerlei Akzeptanzprobleme zu überwinden. In den folgenden Jahrzehnten musste allein das Unterlassen jeder Förderung der nationalen Geschlossenheit wie auch der übernommenen nationalsozialistischen Werte zu einer schleichenden Aushöhlung des den Wohlstand ermöglichten, wirtschaftlichen Systems führen. Mit steigender individueller Orientierung lösten sich nicht nur Werte und Akzeptanz des sozialen Systems auf, sondern es wurde in immer stärkerem Masse missbraucht, bis hin zur individuellen Plünderung. Den sozialen Werten den letzten Tritt zu versetzen, blieb dann einem Kanzler namens Kohl vorbehalten.

Weltpolitisch wurden die Positionen und Interessen der beiden Weltmächte immer deutlicher erkennbar. Während die Sowjetunion mit allen Mitteln darum bemüht war, sich zu behaupten und seinen erbeuteten Bestand zu sichern, versuchten die USA diesen Bestand mit allen Mitteln zu gefährden. Nachdem dies mit militärischen Mitteln nicht mehr möglich war, konzentrierte sich alles auf den zentralen Punkt der US-amerikanischen Überlegenheit, die Wirtschaft. Wenn es auch länger dauerte, mit diesem Mittel konnte die Sowjetunion zu Fall gebracht und besiegt werden. Zumindest muss es auf den ersten Blick so aussehen.

Offenbar zum zentralen Auslöser der von der Sowjetunion selbst eingeleiteten Auflösung wurde der US-amerikanische Denkansatz, einen Krieg trotz Atomwaffen wieder militärisch führbar zu machen, wobei dazu enorme wirtschaftliche und technologische Aufwendungen nötig sein würden. Weder verfügte die Sowjetunion in ausreichendem Masse über die erforderliche Wirtschaftskraft, noch über die Techno-

logien. Und auf beiden Gebieten wurde die Differenz zusehends größer. Damit gab es für die Sowjetunion nur zwei Möglichkeiten. Sie konnte zusehen, wie es der Gegenseite gelang, den sowjetischen Atomwaffen ihren Bedrohungscharakter durch ein neues Abwehrsystem zu nehmen, um selbst völlig wehrlos zu bleiben, oder sie musste sich den USA unterordnen.

Nur reicht selbst eine systemimmanente, wirtschaftliche Unterlegenheit nicht aus, um ein politisches Gebilde wie die Sowjetunion dazu zu bringen, *sich selbst* und damit seine gesamte bestehende Ordnung aufzulösen. Dazu müssen weitaus bedeutsamere Gründe vorliegen. Insbesondere müssen der sowjetischen Führung positive Perspektiven vorgelegen haben und von ihr akzeptiert worden sein.

Nur wenn diese Perspektiven und Pläne erkannt werden – und nur dann – lassen sich die letzten und tatsächlichen Hintergründe der gesamten Politik des 20. Jahrhunderts entschlüsseln und offenlegen. Denn allein das russische Wissen über die tatsächlichen, vergangenen Abläufe und Absichten zwang dazu, dass nicht nur die wahren Urheber der im Namen der USA betriebenen Politik ans Licht traten, sondern auch, dass sie die von ihnen verfolgte politische Philosophie offenlegen mussten.

Verfolgen wir zunächst die weiteren Abläufe.

Mit dem Namen Gorbatschow ist die Entscheidung der Sowjetunion zur Selbstauflösung verbunden. Damit müssen zuvor die wichtigsten Entscheidungsgremien der Sowjetunion diesem gewaltigen Vorgang zugestimmt haben, wozu sicherlich Jahre der Vorbereitung benötigt wurden. Vielleicht begonnen nach dem Tod Breschnews, also eingeleitet von Gorbatschows *schnell ablebigen* Vorgängern Andropow oder Tschernenkow.

Dieser Schritt berührte nun auch die DDR. Mit dem Rückzug der bisherigen Führungsmacht war auch das Schicksal der von ihr eingesetzten DDR-Führung besiegelt.

Nur ist dieser Schritt, wie schon die über annähernd 10 Jahre «gestreckte» Auflösung der Sowjetunion, und mit ihr die des Warschauer Pakts, nicht mehr nach althergebrachten Nationalinteressen zu bewerten und einzuordnen, sondern nach den zu diesem Zeitpunkt auch für die damalige Kohlregierung gültigen und von ihr akzeptierten neuen US-Strategien.

Spätestens mit dem Untergang der Sowjetunion war der Zeitpunkt erreicht, ab dem kein Platz mehr für nationale Interessen blieb. Solche waren von den USA für die eigenen Weltmachtansprüche als untauglich erkannt worden.

Das «Vorspiel» zur deutschen Wiedervereinigung

Zunächst soll der Vorgang der Wiedervereinigung alternativ durch die nationale Brille und bei Bestand nationaler Interessen betrachtet werden. Und dies so, wie diese Ereignisse hätten beurteilt werden müssen, wäre die US-Strategie auch 1989 noch auf dem Stand des Jahres 1945 verblieben, und hätte sie nicht zwischenzeitlich eine fundamentale Veränderung erfahren.

Das bis heute Eigenartigste am politischen Teil der Wiedervereinigung ist, dass sie überhaupt stattgefunden hat. Und dabei erfolgte nicht nur eine Wiedervereinigung, mit der ein deutscher Gesamtstaat entstand, sondern mindestens genauso bedeutend ist, dass damit erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein souveräner deutscher Staat geschaffen wurde, vereinbart im «Zwei-plus-Vier-Vertrag» vom 12.9.1990, Artikel 7, Abs. 2, der lautet:

«Das vereinte Deutschland hat demgemäss volle Souveränität über seine inneren und äusseren Angelegenheiten».

Ohne über höhere juristische Weihen zu verfügen, fällt daran wohl jedem Leser insbesondere das Wort *«demgemäss»* auf, welches die Souveränität einschränkt, und gleichzeitig auf den Absatz 1 des Artikels 7 verweist. Dieser nun lautet:

«Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten im Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet, und alle entsprechenden Einrichtungen der vier Mächte aufgelöst.»

Auch hier fällt etwas auf. Und dies ist das Wort *«vierseitigen»*. Damit entfallen alle Souveränitätseinschränkungen, so sie denn von den zuvor genannten vier Mächten gemeinsam getroffen wurden. Sollte es daneben noch Einschränkungen geben, die statt von vier nur von drei oder weniger Mächten bestanden, so sind diese folglich nicht beendet. Was nun die Verträge der DDR betrifft, so wurden spätestens mit deren Auflösung und Beitritt zur Bundesrepublik alle für sie bestehenden Souveränitätseinschränkungen mit einem alleinigen Vertragspartner UdSSR gegenstandslos.

Nur die Bundesrepublik hatte weiterhin Bestand. Folglich blieben allein nach dem *«Zwei-plus-Vier-Vertrag»* alle Souveränitätseinschränkungen – *damit auch alle geheimen Staatsverträge seit 1949* – die die vormalige Bundesrepublik mit ihren *drei* Besatzungsmächten seither abgeschlossen hat, weiterhin in Kraft, und gelten nun auch für das wiedervereinte Deutschland in vollem Umfang.

Was aber der *«Zwei-plus-Vier-Vertrag»* deutlich zeigt, ist, dass die Bundesrepublik bis zum Abschluss dieses Vertrages mit absoluter Sicherheit kein souveräner Staat war!

Nur, im Gegensatz zum «Zwei-plus-Vier-Vertrag», der in vollem Wortlaut veröffentlicht wurde, liegen souveränitätseinschränkende Vereinbarungen zwischen der vormaligen Bundesrepublik und ihren Besatzungsmächten bis heute nicht öffentlich vor. Wenn es denn überhaupt Einschränkungen der deutschen Souveränität noch geben sollte, so muss es sich dabei um geheimgehaltene Abkommen handeln. Und was u.a. in solchen Abkommen an Souveränitätseinschränkungen enthalten ist, zeigt das anfangs vorgestellte Schreiben.

Sollte ein solcher wie der dort angesprochene Vertrag je existiert haben, worauf nicht nur vieles hindeutet, sondern wie es insbesondere die gesamte zeithistorische Entwicklung erfordert, so war er zumindest mit dem «Zwei-plus-Vier-Vertrag» nicht angesprochen und auch nicht beendet. Zeigt diese Absicherung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs damit aber auch, dass sie ihre künftigen politischen Absichten und Pläne nicht allein vom Wohlergehen deutscher Politiker abhängig machen wollen und zeigt sie damit auch, als wie wichtig und zentral die Position und Mitarbeit Deutschlands bei allen laufenden und künftigen Vorhaben angesehen wird.

Hatte schon das Ergebnis des Ersten Weltkrieges in seinem Friedensvertrag nicht nur die wahren Kriegsabsichten der Siegermächte gezeigt, sondern waren diese Friedens-Forderungen auch Ursache der anschließenden heftigen nationalistischen Reaktionen des deutschen Volkes, so wagten nach dem Zweiten Weltkrieg der oder die – wie zufällig – gleichen Sieger es nun nicht mehr, ihre Forderungen überhaupt noch auf den Tisch zu legen und öffentlich zu präsentieren.

Aber auch völlig unabhängig von allen evtl. bestehenden Abkommen führt allein die zeithistorische Einordnung der deutschen Wiedervereinigung dazu, dass ein solcher Vorgang mit gleichzeitiger, voller staatlicher Souveränität niemals überhaupt nur vorstellbar ist, da er allen Interessen der Siegermächte des zweiten Weltkrieges entgegenstehen musste.

Eine Veränderung der deutschen Zustände stand aber nicht nur den Interessen der Siegermächte entgegen. Da das bestehende Herrschaftssystem der Bundesrepublik ausschliesslich in ihrem Interesse aufgebaut worden war, würde jede Veränderung auch den Interessen der «auftragsbezogen» aufgebauten, bundesdeutschen Herrschaftsclique selbst entgegenstehen!

Welche Zusagen und Zugeständnisse Kohl für die Teilsouveränität Deutschlands im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung machte und machen musste, zeigte sich dann aus der daraus folgenden Entwicklung.

Sicherlich wurden weder die Bundesregierung, noch alle anderen Regierungen von den so offensichtlich aus der DDR-Bevölkerung kommenden Wiedervereinigungsforderungen überrascht. Überrascht war vielleicht das Publikum, überraschend mögen vielleicht auch die heftigen nationalen Emotionen gewesen sein, die plötzlich auf beiden Seiten der Mauer aufbrachen. *Das deutsche Erlebnis der letzten 50 Jahre.* Aber was war damit aus ausländischer, politischer Sicht passiert?

Zwei Weltkriegserfolge waren in ihrem wirtschaftlichen Teil annulliert!

Und eine wirtschaftliche Grossmacht Deutschland war Kohl in den Schoss gefallen. Direkt daneben lag das US-amerikanische Weltmachtinteresse.

Machtpolitisch musste eine wirtschaftliche Zusammenlegung der Bundesrepublik und der DDR dazu führen, dass in seiner Mitte ein ganz Europa dominierender Wirtschaftsriese entstand.

Um aber genau diese deutsche Wirtschaftsdominanz zu verhindern, hatten sich zumindest die «freien westlichen Demokratien» in zwei Weltkriegen engagiert.

Nach 50 Jahren, wie Phönix aus der Asche, sah sich die Welt, insbesondere die anglo-amerikanische Welt, wieder vor das für sie gleiche Problem gestellt. Nicht entstanden aus politischen Trickereien oder geschaffen durch militärische Siege. Von einer Seite war das deutsche Volk aufgestanden, und hatte friedlich die trennende Mauer abgebrochen. Auf der Grundlage des russischen Zusammenbruchs, ohne jegliche andere politische Unterstützung, war die Wiedervereinigung faktisch allein durch das deutsche Volk geschaffen worden.

Ein politisch völlig unvorstellbarer und unmöglicher Vorgang.

Soweit zur Betrachtung der deutschen Wiedervereinigung unter der Prämisse der Existenz nationaler Interessen und einer seit 1945 unveränderten US-Strategie.

Da es allein aus dem Fortbestand dieser Strategie weder zur Selbstauflösung der Sowjetunion, noch zur deutschen Wiedervereinigung je gekommen wäre, muss zuvor eine Neuorientierung und – Ausrichtung der US-Strategie stattgefunden haben.

In den 70-er/80-er Jahren muss ein politischer Prozess zum Abschluss gebracht worden sein, dessen Ablauf bis heute nicht zusammenhängend dargestellt ist.

Eine Erklärung der freiwilligen Selbstauflösung der Sowjetunion, wie auch die freiwillige Hintertreibung der deutschen Wiedervereinigung durch die bundesdeutsche Regierung, ist nur mit der Existenz neuer, veränderter, jenseits von nationalen Interessen stehender Denkrichtungen möglich. Beiden Grossereignissen gemeinsam ist, dass sie von Regierungen, also *einer Gruppe von Einzelpersonen*, durchgeführt wurden. Durchgeführt ohne Auftrag und jeweils zu Lasten des eigenen, betroffenen Volkes. Soll es sich bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern nicht um korrumpierte NurKriminelle handeln (?!), die aus egoistischen Gründen ganze Völker verraten, so muss es zu diesen Entscheidungen andere Gründe geben.

Die Konsequenzen, und damit die Absichten sowohl der sowjetischen als auch der deutschen politischen Führung werden erst aus den Entwicklungen der 90-er Jahre erkennbar und deutlich. Nur basieren diese Entwicklungen auf Entscheidungen der 80-er Jahre, und diese basieren auf Prozessen davorliegender Zeiträume.

Den ersten Anstoss zu dieser gesamten Entwicklung dürften die Ergebnisse des Vietnamkrieges geliefert haben. Denn sie zeigten den US-amerikanischen Hintermännern ihre hinter *einem* Staat verborgenen Weltbeherrschungsgrenzen auf, d.h., *mit einem Staat, gleich mit welcher militärischen Macht ausgestattet, war eine Weltbeherrschung nicht zu realisieren*. Ein auf sich allein gestellter US-amerikanischer Staat, wie mächtig und brutal auch immer, war nicht einmal in der Lage, selbst das kleine, sich klug und tapfer wehrende, vietnamesische Volk zu unterwerfen. Diese ernüchternde Feststellung mündete letztlich in der Erkenntnis, dass eine Beherrschung dieser Welt, allein auf die USA gestützt, nicht möglich sein wird. Damit war eine Weiterverfolgung aller bisherigen, allein auf dem US-amerikanischen Staat aufbauenden, und elegant als dessen nationale Interessen deklarierte Strategien, nicht sinnvoll, da dieser Weg letztlich nicht erfolgreich sein würde!

Das, was die USA von den Nationen Europas im Kern unterschied, liegt in seiner Entwicklungsgeschichte. Ein von der Urbevölkerung «freigemachtes» Land wurde nach kolonialen Anfängen von Auswanderern aus allen europäischen Ländern «erobert» und besiedelt. Es entstand ein Staat, dessen Fundament nicht mehr, wie in Europa, ein Volk war, dessen Besiedlung auch nicht in Volksgebiete aufgeteilt wurde, sondern ein von jeder Art nationalem Denken freies Land. Letztlich der Zusammenschluss von freien Individuen in einem Staatsgebilde. Ein Staat, getragen nur von einer Grundaufgabe, und zwar der, sicherzustellen, dass jeder Einzelne sich nach quasi moralischen Werten frei entfalten konnte. *Ein auch von vielen, in anderen Staaten üblichen, Regulierungen freier Staat, getragen von einem ausschliesslich defensiven Staatsgedanken.*

Aber irgend etwas *muss* schiefgelaufen sein. *Denn ein politisches Ergebnis, wie seit 1945 erreicht, ist von einem defensiven Staat nicht erreichbar.*

Und auch viele im 19. Jahrhundert noch freiheitlichen Räume waren seither der US-Bevölkerung von staatswegen verlorengegangen und ausgefüllt worden.

Das Verhalten des US-amerikanischen Staates, insbesondere während des gesamten 20. Jahrhunderts, war und ist nicht defensiv, sondern aggressiv (den äusserst interessanten Fragen nach den Ursachen und dem Zeitpunkt, die das Verhalten der US-Politik aggressiv machten, soll erst im zweiten Teil dieser Überlegungen nachgegangen werden). *Ein elementarer Widerspruch.* Nur erklärbar damit, dass sich die Führung des US-amerikanischen Staates selbst eigene, von seinem gesellschaftlichen Fundament abgekoppelte, Ziele und Aufgaben gestellt hatte, oder doch zumindest in der Lage war, politische Ziele jenseits der eigenen gesellschaftlichen Werte zu verfolgen.

Dies führt nun dazu, dass bei der Betrachtung des aussenpolitischen Verhaltens der USA nicht deren gesellschaftlich getragene Werte zu berücksichtigen sind, sondern ausschliesslich die davon völlig losgelösten Werte und Ziele, wie sie von der staatlichen Administration angestrebt werden.

Führt der individuell orientierte Aufbau der gesamten US-amerikanischen Gesellschaft letztlich dazu, dass dort jegliches aussenpolitische Interesse fehlt (der Einzelne ist davon zumeist nicht direkt betroffen und kann auch keine Vorteile gewinnen) oder maximal auf den Punkt «Ansehen in der Welt» reduziert ist, so ist auch das, was der eigene Staat aussenpolitisch treibt, weitgehend uninteressant. Von Interesse wird Aussenpolitik in den USA erst aus ihren internen Auswirkungen, d.h., alle Aussenpolitik ist gut, die die Existenz der Gesellschaft schützt, und die für den Einzelnen profitabel ist. Somit muss die tatsächliche Aussenpolitik, da sie weder zum Wohle jedes Einzelnen

noch zur Sicherung der Gesamtheit betrieben wird, immer mit möglichst geringen Opfern des Einzelnen, also insbesondere Opfer an Menschenleben, umgesetzt werden.

Obwohl gesellschaftspolitisch eingeschränkt, erhält die US-amerikanische Administration allein aus dem aussenpolitischen Desinteresse der Gesellschaft den Freiraum, auf diesem Gebiet jede Art von Monopoly spielen zu dürfen, wenn es ihr denn gelingt, dies mit möglichst wenig eigenen Menschenopfern und, wenn es ihr zusätzlich gelingt, dies für viele Einzelne profitabel zu tun. Wo die Grenzen der US-Administration dabei liegen, hat Vietnam gezeigt. Vietnam hat auch gezeigt, wo die Grenzen für Meinungsmanipulationen der amerikanischen Gesellschaft liegen.

Nach den Vietnamerfahrungen, die zeigten, dass mit der amerikanischen Bevölkerung nicht nur keine Kriege mit grösseren Opfern zu führen sind, sondern auch keine Weltbeherrschung umzusetzen ist, musste entweder der gesamte weltbeherrschende Anspruch verworfen, oder strategisch umgedacht werden. Die Führung der USA entschied sich für's Umdenken.

Sie entwickelte eine völlig veränderte und auf die eigenen Einschränkungen angepasste Strategie. Angepasst auch im Hinblick auf die aus der eigenen Gesellschaftsordnung kommenden Einschränkungen. Und wie schaltet man solche Einschränkungen aus, ohne damit gleichzeitig die US-Gesellschaftsordnung zu ändern und der US-Administration ihren bisherigen aussenpolitischen Freiraum zu nehmen?

Wenn also die aus der US-Gesellschaftsordnung stammenden Einschränkungen im Hinblick auf eine US-nationale Weltbeherrschung nicht auszuschalten waren, so konnte dieser Herrschaftsanspruch der US-Administration nur dann weiterverfolgt werden, wenn dazu *andere Staaten als Partner* gewonnen werden konnten. Partner-Administrationen, die bereit waren, sich einen ähnlichen aussenpolitischen Freiraum in ihren Ländern zu schaffen, also ihre nationalen Bindun-

gen aufzulösen, d.h., die schon immer von ihrer Bevölkerung losgelöste US-Administration musste die eigenen Voraussetzungen auch bei den von ihr dominierten Partnerstaaten durchsetzen. Nur konnte dies nicht über einen öffentlichen Appell an die anderen Völker erfolgen, wollte man auch nur eine Chance auf Erfolg haben.

Die politischen Führungen der «befreundeten» Nationen waren zu gewinnen! Nicht die Völker, nicht die Nationen. Die (sie führenden) Personen!

Sie waren in einen neu zu bildenden (oder war doch nur die Mitgliederzahl aufzustocken?) Club der Weltbeherrscher aufzunehmen. Und weil die USA sich selbst als das lebende Beispiel für den Erfolg eines solchermassen getrennten Staatssystems präsentieren konnten, waren offenbar die Partner auch einfach davon zu überzeugen, dass eine solche erfolgreiche Trennung von Nation und Regierung unbedingt auch eine der US-Gesellschaft adäquate Volksstruktur erfordert. Um also langfristig eine erfolgreiche Weltbeherrschung aus einem US-beherrschten Club betreiben zu können, muss die restliche Welt in eine US-amerikanische Gesellschaft umgeformt werden, d.h., sie ist zu entnationalisieren. Denn nur so lässt sich die Voraussetzung schaffen, dass eine Administration keine anderen, ausser eigenen Interessen bei ihren Entscheidungen und ihrer Herrschaft berücksichtigen muss. Sie kann völlig losgelöst agieren und entscheiden. *Nicht mehr eine klassenlose Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft ohne nationale Bindung!*

Auf einer völlig neuen US-Strategie, wie sie erst viel später mit den 1997 veröffentlichten MAI-Texten ans Tageslicht gelangen sollte, war gefunden, zum Konzept entwickelt, und offensichtlich von allen politischen Führern der westlichen Industriestaaten akzeptiert. Und insbesondere die Regierung des vorherigen US-Protectorats Bundesrepublik Deutschland hatte damit, was ihre Kompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten betraf, einen erheblichen Schritt nach vorn getan. Durfte sie doch nun erstmals seit 1945 mitreden und mit am Entscheidungstisch sitzen. Und natürlich musste sie zahlen.

Und dieses Konzept wurde nach dem Tode Breschnews der neuen Führung der Sowjetunion so lange vorgelegt, bis Gorbatschow an der Reihe war und endlich zugriff. Das Konzept einer neuen, kapitalistischen Weltordnung, in der nicht mehr Nationalstaaten, sondern nur noch dem totalen Kapitalismus unterworfenen Grosskonzerne die Regeln bestimmen. Im Bezug auf die Neustrukturierung der vormaligen Sowjetunion also frei nach dem Motto: Willkommen im Club!

Dass der erste russische Präsident sich dann gleich 15 Milliarden US-Dollar als persönliches Honorar für seine Mitarbeit beim Verkauf der Sowjetunion einsteckte, zeigt sehr deutlich, wie gut er die zentrale Club-Philosophie verstanden hatte.

Oder zeigt sich darin doch nur der wahre Kern des US-Konzepts, d.h., die Kapitalisten haben *den Kommunisten ihre Führung mit kommunistischen Staatswerten und westlicher Finanzierung weggekauft? Eine Korruption der besonderen Art!*

Was tatsächlich mit der Umstellung der kommunistischen oder auch staatskapitalistischen Sowjetunion auf ein «freies», kapitalistisches Russland stattgefunden hatte, zeigen die Ergebnisse. Eine Wirtschaftsoligarchie war entstanden, *Oligarchen waren geboren!* Der sowjetische Wirtschaftskuchen wurde in mehrere grosse Stücke geteilt, und diese Teile waren innerhalb der vormaligen kommunistischen Führungsriege «privatisiert» worden. Wie mag dabei ein im kapitalistischen Sinne vormals vermögensloser Sowjetbürger den Kauf z.B. des volkseigenen sowjetischen Gas-Konzerns finanziert haben? Die bis heute fast spurlos versickerten Milliardenkredite von der Weltbank, der deutsche «Transferrubel» und die deutschen «Milliardenspenden», offiziell auch Kredite genannt, dürften ihren Beitrag und für manchen auch gute Dienste geleistet haben. *Korruption in oligarchen Dimensionen.* Politik nach dem Motto: Alles und jeder hat seinen Preis.

Etwas mehr als 10 Jahre nach Breschnew hatten die Länder der vormalig schuldenfreien Sowjetunion nicht nur die grössten Teile ihrer

Volksvermögen auf dem Privatisierungsweg verloren, sondern parallel dazu auch stetig weiter ansteigende Schuldenberge aufgetürmt, d.h., ***vormals sowjetisches Volksvermögen war gegen Schulden verkauft worden.***

In Systemen gedacht, demonstriert die Auflösung der Sowjetunion den Sieg des Kapitalismus. Eines Kapitalismus, der nun jegliche, zuvor mühsam konstruierten, sozialen Verklitterungen nicht mehr nötig hatte. Er konnte endlich in Reinkultur betrieben werden. Ein von aller gezwungenen Zurückhaltung freigewordener, weil völlig gegnerloser, Kapitalismus konnte sich endlich weltweit frei entfalten und begann, die Welt nicht nur neu zu ordnen, sondern auch erhebliche, zuvor staatliche Machträume zu beanspruchen.

Eine neue Weltordnung, der sich auch die damaligen Führer der Sowjetunion anschlossen, und die dazu verlangte, jede Art von staatlichen Eingriffen, jeden Dirigismus zu unterlassen. Damit war nun auch jeder unter Zwang durchgeführte staatliche Zusammenschluss ausgeschlossen, war solcher machtpolitisch doch völlig bedeutungslos geworden, womit nicht nur die Sowjetunion in ihre Bestandteile zerfallen musste. Vormals machtpolitisch gezogene Staatsgrenzen wurden ethnisch bereinigt (s. auch die ethnische Zerlegung Jugoslawiens!!).

Dass die US-Administration die vorherige Zustimmung der anderen Nationen nicht etwa dadurch gewann, dass sie von diesen forderte, sie mögen doch bitteschön nun die US-amerikanischen Herrschaftsansprüche unterstützen, sondern diese, mit wie immer für alle Beteiligten positiven Argumenten köderte, darf wohl vorausgesetzt werden. Ein Teil dieser Köder war offensichtlich eine vorgeschaltete *wirtschaftliche Unterstützungsphase. Und auf diesem Gebiet durfte sich die Bundesrepublik Deutschland dann in vorzüglicher Weise engagieren, Volksvermögen verschleudern und zusätzlich 5 Billionen DM an Schulden aufhäufen.*

Wie wären ansonsten allein die riesigen Finanzhilfen für das chaotische Russland zu erklären? Wie auch die sonstigen, allein von

Deutschland getragenen, internationalen Zahlungen, die in vielen Fällen einer Plünderung gleichkommen? Wie die willkürliche Ausstattung der diktatorischen Organisationen der Europäischen Gemeinschaft mit der permanenten und schleichenden Kompetenzerweiterung? Von Klein-Präsidenten wie Leuna (eine eigene Erdölverarbeitung ist Deutschland offenbar nicht erlaubt) gar nicht erst zu reden. Dies sind nur einige von Deutschlands Beiträgen für die Mitgliedschaft *seiner Regierung* im Herrschafts-Club!

Erst wenn die veränderte US-amerikanische Strategie, so, wie sie dann 1997 schriftlich im MAI-Vertragsentwurf vorlag, berücksichtigt wird, werden die darauf aufbauenden Entwicklungen seit Mitte der 80-er Jahre verständlich und nachvollziehbar! Ein politisches Grossereignis, von dessen Hintergründen die Weltöffentlichkeit bisher wenig erfahren hat.

Diese Strategie fordert nicht nur, dass die beteiligten Politiker bei der gesamten Umsetzung des Vorhabens extremsten Hochverrat begehen und gegen eine Grosszahl von nationalen Gesetzen verstossen. Wird doch vorausgesetzt, dass alle demokratischen Regeln völlig ausser Kraft zu setzen sind, und Regierungen mit Lug und Trug ihre Völker täuschen, um aus diktatorisch agierenden Gremien US-amerikanisch vorgegebene Ziele anzustreben. *Geheimdiplomatie der besonderen Art*. Nur können die meisten Regierungen ihre Zustimmung, Beteiligung und Mitarbeit noch damit rechtfertigen, dass dies für ihre Ländern zumindest wirtschaftlich profitabel war und ist.

Unter diesen weltweiten strategischen Bedingungen kam es überhaupt zur deutschen Wiedervereinigung und zu dem, was Kohl und seine Regierung anschliessend daraus machten!

Die deutsche Wiedervereinigung, eine zwangsläufige Konsequenz, war allein aus einer globalpolitischen Veränderung entstanden und unvermeidbar geworden. Um die deutsche Entwicklung im Sinne der Sieger des Zweiten Weltkriegs steuern und manipulieren zu können, und nicht etwa unkontrolliert sich selbst zu überlassen,

dazu wurde dann Kohl gebraucht, und mit Unterstützung der FDP ins Kanzleramt gehievt.

Auf eine demokratische Wahl Kohls war weder zu hoffen, noch weniger konnte im laufenden US-Plan darauf gewartet werden. Die Zeit drängte, die weltweite Planung lief.

Bevor aber die veränderte strategische Ausrichtung umgesetzt werden konnte, war zunächst noch ein nach dem Zweiten Weltkrieg als vorläufige Lösung verkauftes «Überbleibsel» zu erledigen. Ohne dessen vorherige Lösung waren die weiteren Schritte nicht durchführbar.

Die deutschen Ostgebiete waren zu verschenken.

Würde dieses ungelöste Problem doch die gesamte weitere Entwicklung unmöglich machen.

Und wie schon Brandt, benötigt zur «endgültigen» Regelung der zuvor nur unter ausländische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebiete, so wurde auch die Figur Kohl zweckgebunden benötigt und ins Spiel gebracht. Zunächst zur deutschen Zustimmung zur neuen US-Strategie, wie anschliessend zur Abwicklung der deutschen Wiedervereinigung. Beides begleitet von einer umfassenden Einführung informell-subversiver Herrschaftsstrukturen. Denn sein Vorgänger Helmut Schmidt stand offenbar für solche Leistungen nicht zur Verfügung!

Beide, Brandt wie Kohl, konnten unter manipulativer Ausnutzung demokratischer Regeln – allein durch den jeweiligen Koalitionswechsel der FDP – zum passenden Zeitpunkt in die politisch entscheidende Position im Kanzleramt gebracht werden. Die jeweilige Begleitmusik zu spielen blieb dann den «stets kritischen» Medien vorbehalten. Wo deren «Kritik» zu enden hat, kann jeder dem anfangs vorgestellten Schreiben entnehmen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Alle angeblich als «Preis der Wiedervereinigung» vorgenommenen Manipulationen und Zugeständnisse wurden nicht für die unverhinderbare Wiedervereinigung gezahlt, sondern sie erfolgten einzig und ausschliesslich zur Umsetzung US-amerikanischer Weltmacht-Interessen! Kohls «historische Leistung» ist nicht weiter als eine Kette riesiger Staatsverbrechen in deren Auftrag!

Der einzige Preis, der tatsächlich für die abgewickelte Wiedervereinigung gezahlt wurde, war Kohls Preis! Sein Deutschlandverrat war sein Preis für seine Kanzlerschaft!

Kohls persönliche Motivation! Letztlich die gleiche Motivation wie die seiner parteiübergreifenden Herrschaftskumpanen: Nichts anderes als die persönliche Machterhaltung und Machtsteigerung und die Sicherung des dazu erforderlichen ParteienHerrschaftssystems der Bundesrepublik! Dafür danken ihm noch heute alle, die Teil dieses Systems sind. Selbst die, die Ambitionen haben, darin ein- und aufzusteigen, können sich nur schwerlich gegen Kohls Machenschaften aussprechen. Korruption, Betrug und Täuschung regieren das Land!

Das deutsche Volk zahlt nicht für seine Wiedervereinigung, sondern für Kohls Volksverrat, seinen persönlichen Herrschaftsanspruch und den seiner Polit-Kumpanen!

War aber Kohl und seiner Regierung überhaupt zu trauen? War nicht zu befürchten, dass sie, war die Wiedervereinigung erst einmal politisch vollzogen, sich wieder auf nationale Werte «zurückorientieren»? Dr. Helmut Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, wurde zur weltpolitisch entscheidenden Zentralfigur im US-amerikanischen Spiel.

Damit zumindest der in zwei Weltkriegen siegreiche Teil des Rests der Welt aber nun nicht völlig auf das Wohlverhalten des deutschen Bundeskanzlers angewiesen und ihm quasi ausgeliefert war, wurden allein aus Vorsicht oder auch aus Misstrauen die vertraglichen Formulierungen des «Zwei-plus-Vier-Vertrages» so gestaltet, dass damit die alten, in einem geheimen Staatsvertrag untergebrachten Souveränitätseinschränkungen überleben und eine Eingriffsmöglichkeit für den Notfall liefern konnten.

Aber auf Kohl konnten sich seine internationalen Partner immer verlassen. Der Weltbürger Kohl erfüllte seine Zusagen und Aufgaben; war er doch genau deshalb ins Kanzleramt manövriert worden.

Diese Aufgaben waren alles andere als einfach. Zunächst waren es die gleichen Aufgaben wie überall in den westlichen Industrieländern: Kontinuierliche Umsetzung auf die neue Welt- und entstaatlichte Wirtschaftsordnung. Dies schon allein ein genereller Verstoss gegen jeden demokratischen Grundgedanken, da keines der beteiligten Länder und Völker ihren Regierungen je einen solchen Auftrag erteilt hatte, und auch nicht erteilt haben würde. Für Kohl und seine Regierung kam zusätzlich noch der gesamte, aus der Wiedervereinigung entstandene Aufgabenkomplex hinzu.

Dabei galt es, nicht nur sein eigenes Volk zu betrügen und hinter Licht zu führen, sondern auch wirtschaftlich elementar zu schädigen

und zur Plünderung freizugeben. Sollte Deutschland doch grösste Teile des internationalen Gesamtvorhabens bezahlen. Und waren zusätzlich beide, sowohl das weltpolitische Neuordnungsvorhaben als auch die wahren Wiedervereinigungsabsichten und die dazu erforderlichen, innerdeutschen Vorbereitungs-, Begleit- und Anpassungsmassnahmen geheimzuhalten.

Der grösste Hochverräter und der grösste deutsche Betrüger der Geschichte machte sich mit seiner Regierung an die Arbeit.

Zunächst galt es, das zentrale aussenpolitische Problem, das Misstrauen der internationalen kohlschen Partner, zu zerstreuen und ihrem Verlangen nachzukommen, eine weitere Steigerung der schon bisher europaweiten wirtschaftlichen Dominanz der «alten» Bundesrepublik mit dem neu entstehenden, wiedervereinten Deutschland nicht über den vorherigen Stand zuzulassen. *Nicht Deutschland, sondern die anderen, die USA und ihre Partner, wollten und sollten von der deutschen Wiedervereinigung profitieren.*

Wenden wir uns zunächst den kohlschen Lösungen der innerdeutschen Wiedervereinigungsaufgaben zu.

Die erfolgreiche Eingliederung der vormaligen DDR in das Wohlstands- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik würde für beide kohlschen Zentralaufgaben kontraproduktiv sein, würde damit doch nicht nur die deutsche Wirtschaftskraft gestärkt, sondern auch das nationale Selbstbewusstsein und das internationale Misstrauen noch zusätzlich gesteigert.

- 1. Das Entstehen und Zusammenwachsen einer nationalen Einheit aus DDR- und BRD-Deutschen musste hintertrieben oder doch zumindest verzögert werden.***
- 2. Die Eingliederung der vormaligen DDR-Wirtschaft durfte unter keinen Umständen erfolgreich verlaufen! Sie musste mit gleich***

welchen Mitteln zum Scheitern gebracht werden, um so die deutsche Wirtschaftskraft nicht über den Stand der alten Bundesrepublik anwachsen zu lassen. Letztlich ein Ziel, welches dazu führte, dass der Zuwachs, die DDR-Wirtschaft, fast vollständig liquidiert wurde.

- 3. Daneben musste ein fast schon widersprüchlicher, gewaltiger innerdeutscher Finanzbedarf aufgebaut werden, der es erlaubte, die geforderten internationalen Zahlungen dahinter zu verbergen.*
- 4. Grosse Teile der staatlichen Macht- und Kompetenzbereiche Deutschlands mussten parallel verlagert werden, insbesondere die Finanzhoheit war abzugeben.*

Genauso wenig durfte es zur Reinstallation alter preussischer Vorkriegsstrukturen oder Eigentumsverhältnissen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kommen.

Kohls historische Leistungen nahmen ihren Lauf.

Sowohl Demokratie als auch Rechtsstaat waren bei einem solchen Vorhaben auch in Deutschland zur Historie geworden (so es sie zuvor gegeben hatte). Deutschlands politische Führung hatte sich vom eigenen Volk abgekoppelt. Sie schaffte sich ihr politisches Schattensystem, um daraus einen riesigen Betrug des eigenen Volkes abzuwickeln. Denn das Gelingen eines solchen Vorhabens war, wenn überhaupt, nur dann möglich, wenn es nicht vorzeitig bekannt wurde. Nur Unwissende können betrogen werden.

So erhalten auch die seltsamen Regelungen zur Rückgabe staatlich enteigneten Privateigentums erst ihren Sinn. Zwar lautete die Devise: Rückgabe geht vor, so waren davon aber alle Bodenreformenteignungen ausgenommen. War doch zu befürchten, da von diesen Enteignungen Eigentums- und Besitzstrukturen betroffen waren, die aus der Vorkriegszeit stammten, dass diese Strukturen reinstalled würden. Was dazu geführt hätte, dass die aufgelösten DDR-Strukturen direkt,

zumindest formal, in Eigentumsstrukturen des Dritten Reiches, und damit in die des 1945 untergegangenen Preussens, überführt worden wären. Weder war dies innenpolitisch gewollt, noch konnte solches dem Rest der Welt zugemutet werden. Allein die Vorstellung: «Die angestrebte neue US-Weltordnung schafft sich ein Land mit preussischen Strukturen und vielleicht auch noch mit auflebenden preussischen Werten und preussischem Adel», dürfte jedes «anständige» bundespolitische Ganovenherz in Infarktnähe katapultiert haben.

Nicht mit demokratischen, sondern mit informell-subversiven Methoden formierten Politverbrecher staatliche Organisationen und Behörden zu kriminellen Vereinigungen, um damit Deutschland nicht nur mit kriminellen Methoden zu beherrschen, sondern es auch noch zu viel kriminelleren Zielen zu führen.

Zusammengefasst führte Kohls deutsche Wiedervereinigung sowohl zur Aushöhlung der demokratischen als auch der rechtstaatlichen Ordnung. Und nicht zuletzt zu einem wirtschaftlich planierten Osten, nur mit Sozialhilfe auf allen Gebieten am Leben zu erhalten, da grosse Wirtschaftsteile liquidiert wurden. Und der wirtschaftlich verschonte Rest Deutschlands durfte somit die Gesamtheit allein finanzieren. So wird ein politisch gewolltes, gesamtdeutsches Negativ-Klima geschaffen.

Moralische wie auch gesetzliche Werte, selbst Grund- und Menschenrechte waren unbedeutend und blieben auf der Strecke.

Bei diesem Vorhaben stellten sich dann tatsächlich die gleichen Personen und der informierte Personenkreis der deutschen Politik hin, führten Wahlkampf mit Versprechungen, die bis zu «blühenden Landschaften» (auch Gänseblümchen blühen) reichten, liessen sich begeistert feiern und wählen, leisteten Amtseide und übernahmen öffentliche Ämter.

Und sie machten sich an die Arbeit, Kohl und Polit-Konsorten. Deutschlands wiedervereinte Talfahrt nahm auf allen Gebieten Geschwindigkeit auf.

Zunächst wurde als positive Stimmungsmache den in der Vergangenheit benachteiligten Deutschen ein 1:1-Wechselkurs für die OstMark scheinheilig angeboten. Dafür durften sie als Gegenleistung ihr Volksvermögen der Bundesregierung aushändigen, die zu dessen Verwaltung die Treuhandanstalt übernahm.

Damit war auch schon Schluss mit lustig. Führte doch allein das vorgebliche DM-Geschenk dazu, dass sich die Preise der Ostunternehmen im Export zumindest *vervierfachten*. Das sogenannte Wegbrechen der Ostmärkte (tatsächlich handelte es sich um des Wegbrechen aller Märkte) planten nicht Dumme, sondern Kriminelle.

Eine weitere, zentrale Aufgabe übernahmen die Gewerkschaften. Fünfzig Jahre darin erfahren, eigene Forderungen und Unternehmensproduktivitäten aufeinander abzustimmen. *Beim Aufschwung Ost wurde diese Grundregel nun einfach vergessen*. Hier wurde alles auf eine möglichst schnelle Westlohnangleichung ausgerichtet. Ein gewerkschaftliches Vorgehen, wie es solches zuvor noch nie in Deutschland gegeben hatte. Damit konnten die weit über die Produktivität angestiegenen Tariflöhne nicht nur das zentrale Argument für viele Unwirtschaftlichkeitsrechnungen liefern, sondern sie sorgten zusätzlich auch dafür, dass eine Vielzahl von Wirtschaftsinvestitionen nach Polen und Tschechien, und damit aus Deutschland hinaus, geleitet wurde. Dies konnten auch noch so hohe Investitionszuschüsse und -zulagen nicht korrigieren. Sowohl das Zustandekommen der Fehler selbst, als auch jede Unterlassung von Korrekturen zeigt deutlich, dass beides nicht aus Unfähigkeit entstanden war. Auch SPD-nahe Organisationen mussten mitziehen, frei nach dem Motto: Mitgefangen, mitgegangen.

Zuvor funktionsfähige Wirtschaftsunternehmen, wenn auch nicht auf dem modernsten Stand, wurden direkt von der Treuhandanstalt, so weit sich Argumente finden liessen, abgewickelt und liquidiert.

Das, was die Treuhand von den Wirtschaftsbetrieben übrig liess, wurde dann bevorzugt an Existenzgründer veräußert, sogenannten MBO's oder MBI's. Dies aber nicht, ohne dazu Sanierungskonzepte zu verlangen, woraus immer ein hoher Finanzbedarf, gleichbedeutend mit einer hohen Kreditaufnahme, resultierte. Nur bei Existenzgründern konnte die Bundesregierung sicher sein, dass sowohl eine hohe Kreditaufnahme erforderlich war, als auch, dass Existenzgründer die geringsten Möglichkeiten hatten, und damit nur geringe Gegenwehr gegen die dann folgenden Machenschaften der Kreditinstitute aufbringen würden (etablierte westdeutsche Wirtschaftsstrukturen oder gar Grosskonzerne hätten sich nicht nur zu wehren gewusst, sondern verfügten oftmals selbst über Interna-Kenntnisse zum politischen Gesamtvorhaben).

Faktisch führte dies die privatisierten Unternehmen von der Treuhandanstalt in die direkte Abhängigkeit der finanzierenden Kreditinstitute.

Um den Kreditinstituten den für die weitere geplante Reduzierung der Wirtschaftskraft nötigen Spielraum zu geben, damit sie mit willkürlichen und illegalsten Mitteln eine Vielzahl von privatisierten Unternehmen ruinieren und damit die gesamtwirtschaftliche Kraft weiter reduzieren konnten, wurden zuvor regierungsseitig die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Durfte der Kreativität der im Regierungsauftrag tätigen Kreditwirtschaft doch weder eine funktionsfähige Bankenaufsicht entgegenstehen, noch durfte sie durch andere, rechtsstaatliche Hindernisse eingeschränkt werden.

Damit diese Hilfestellungen der deutschen Kreditwirtschaft nicht etwa zu deren finanziellen Lasten ausfielen, konnte die Kreditwirtschaft von ihr zuvor uneinbringbar gemachte Kredite an die von der Bundesregierung bereitgestellten bundeseigenen Banken, d.h., den

Steuerzahler, weiterreichen. Wozu hatte man eine *Deutsche Ausgleichsbank*. (Diese Verfahren und die zugehörigen Machenschaften sind detailliert dargestellt, belegt und nachgewiesen in der Dokumentation: «Gegen Domino – die Staatsmafia».)

Welche Perfidität und integrative Verknüpfung bundesdeutsche Politik und Kreditwirtschaft bei ihrem Pleitenzauber vorführten, zeigt allein deren Startschuss, der *Schneider-Skandal* und seine mit voller Medienpotenz betriebene Stimmungsmache. Um Schneider auch nach seiner Haft «bei der schweigsamen Stange zu halten», wurde ihm dafür eine 23 Millionen-DM-Erbchaft geboten.

Und damit solche, auf konzeptionellen Regierungsmassnahmen aufgebauten, Hilfsdienste der Kreditwirtschaft schon allein wegen ihrer Vielzahl von Rechtsverstößen nicht etwa durch spätere juristische Schritte aufgedeckt oder gar gerichtlich offengelegt würden, musste auch zwingend jeder Rechtsweg ausgeschlossen werden. Dazu war dann jedes Mittel recht. Und selbst die Abgeordneten des Deutschen Bundestages entschieden sich für Kohls Konzept und gegen Demokratie und Rechtsstaat (s. «Gegen Domino – die Staatsmafia»).

Mit dieser sehr variabel aufgebauten Wirtschaftssteuerung konnten nun auch ergänzende, politisch gewollte Negativeffekte erreicht werden.

Zunächst wurde ein neues Heer von grundsätzlich unzufriedenen Arbeitslosen von Treuhandanstalt und Kreditwirtschaft geschaffen.

Zu deren Finanzierung entstand dann der *Solidaritätszuschlag*. Mit aufgedeckten Betrügereien und Abzockereien wurde der politische Brunnen weiter vergiftet.

An Stelle der vorherigen Mauer wurde so ein politischer Ersatzgraben ausgehoben. Und dort ganz unten wurden die deutschen Wiedervereinigungsemotionen vergraben. Ihre Verwesungsgase waren dann wieder Emotionen, nur diesmal mit umgekehrten Vorzeichen.

Alles mit der Absicht, negative Stimmung gegen das eigene, wiedervereinigte Deutschland zu erzeugen.

Kohl hat ein Wiedervereinigungskonzept geschaffen, in dem Verbrechen nicht nur wissentlich in Kauf genommen wurden, sondern schon einkalkulierte Bestandteile des Vorhabens waren. Ob in dieser Regierung auch nur einer noch wusste, wie Demokratie überhaupt geschrieben wird, darf bezweifelt werden. Zumindest hat eine solche den theoretischen Anspruch, dass alle Macht vom Volke ausgeht. Kohl ist es gelungen, eine über alle Parteigrenzen hinweggehende Politdiktatur ohne jegliche Gesetzesgrundlage zu schaffen! Während der kohlschen Regierungszeit jagte eine historische Leistung die nächste, und hinterliessen ein historisches Leistungsinferno.

Das deutsche Volk lebt spätestens seit 1990 statt in einem demokratischen Rechtsstaat in einer informellen Willkürgesellschaft, von seinen führenden Politikern aus einem Schattensystem heraus manipuliert, über eine politisch gesteuerte Justiz kontrolliert und bald auch liquidiert!

Das Konzept eines politischen Tricksers und Täuschers, wobei der Einzige, der tatsächlich ausgetrickst und getäuscht wurde, erstaunlicherweise sein eigenes Volk war. Kohls Bürger. Denen er nicht nur ihre gesetzlichen Rechte nahm, die er auch nicht nur in ihrer Gesamtheit in US-amerikanischer Dimension betrog, sondern denen gegenüber er selbst vor der Vernichtung von Millionen deutscher Einzelleistungen, alternativ auch als Arbeitslosenbeschaffungsprogramm zu bezeichnen, und der Vernichtung eines riesigen Volksvermögens nicht zurückschreckte. Von einer Aufklärung über die eigene deutsche Vergangenheit nicht zu reden.

Damit dürfte auch jeder Vergleich, der Kohls deutsche Wiedervereinigung als eine Teilrealisierung des schon angestaubten Morgenthau-Plans (nach dem Deutschland nach 1945 zu einem Agrarland umstrukturiert werden sollte) in der vormaligen DDR ansieht, nur unwe-

sentlich überzogen sein. Nur diesmal nicht, um Deutschland als industriellen Konkurrenten völlig auszuschalten, sondern um seine erarbeiteten, wirtschaftlichen Vorteile und die staatliche Kapitalkraft *langfristig* mit quasi Überlebenszahlungen für einen Volksteil zusätzlich zu blockieren.

Kohls Wiedervereinigung, ein Betrug am deutschen Volk, so weit das Auge reicht.

Begleitet wurden alle Massnahmen zur Hintertreibung der wirtschaftlichen Wiedervereinigung mit den *Aktivitäten zur Umstellung Deutschlands auf die neue Weltordnung*. Wie diese Ordnung aussehen wird, liegt seit 1997 mit dem international veröffentlichten MAI-Text schriftlich vor, lässt sich aber auch recht einfach aus den dazu geplanten und bereits umgesetzten Massnahmen und den getroffenen Entscheidungen ablesen.

Kultur und Sprache werden internationalisiert und verlieren zusehends an eigenem Charakter. Selbst vor parlamentarischen Eingriffen, geführt unter dem Titel «Rechtschreibreform», wurde nicht zurückgeschreckt.

Auch die vermehrten Anstrengungen, um Bildung und Kultur – in den beiden letzten Jahrzehnten gezielt auf niedrigstes Niveau «katapultiert» – auf dem Stiftungswege vertrauensvoll in private Hände zu legen, und damit von diesen abhängig zu machen, bleiben zu beachten. Viele inländischen Probleme sind hier nicht mehr lösbar, oder werden doch zumindest als nicht lösbar bezeichnet, und allein mit einer Kompetenzabgabe an übergeordnete europäische Organisationen entschuldigt. Für Entscheidungen, die auf keinerlei demokratische Zustimmung je würden hoffen können, wurden die vorherigen Kompetenzen der keiner Kontrolle unterliegenden und damit diktatorischen EU-Kommission noch erheblich erweitert. Kompetenzen einer EU-Kommission, die selbst nach persönlicher Vorteilnahmen ihrer Mitglieder nicht eingeschränkt wurden.

Wie Deutschland nicht nur geplündert wurde, sondern was auf diesem Gebiet auch künftig noch ansteht, zeigt insbesondere der Verzicht auf eine eigene Währung, die D-Mark. Dass die Plünderwährung, der sog. Euro, von der D-Mark allein nicht getragen werden kann, jeder DM-Besitzer schon 20% seines Geldes fast unbemerkt verloren hat, zeigt allein die Kursentwicklung. Hier geht es nun nicht mehr um für den Einzelnen theoretische und allgemeine Werte wie Volksvermögen, hier beginnt der direkte Zugriff auf das Privatportemonnaie.

Bald werden Deutschlands Politiker erklären, der Kursverlust des Euro wäre doch eher von Vorteil, womit offensichtlich die 50-jährige Geldpolitik der Deutschen Bundesbank verfehlt war. Faktisch bleibt festzustellen, dass deutsche Produkte und Leistungen für Anglo-Amerika billiger werden, deren aber entsprechend teurer. Also: Ohne Schaffen Vorteil raffen. Und es sind auf dieser Politikerwelt noch viele Arme ausgestreckt und viele Hände geöffnet, die gefüllt sein wollen.

Auch was das Zahlen, insbesondere die Zahlen betrifft, so gibt der Verschuldungsstand des deutschen Staates nur eine Teilauskunft. Fehlt darin doch völlig das parallel aufgelöste und verschleuderte Volksvermögen, das vorherige Generationen erarbeitet hatten, die dafür nun um ihre Rente fürchten müssen.

Dass unter der Regie der Westdeutschen Landesbank Deutschlands Sparkassen ihre Gewinne in England versteuern, ist dabei fast schon eine Lappalie.

Obwohl schon selbstverständlich, bleibt noch darauf hinzuweisen, dass solche politischen Entscheidungen und Machenschaften, wie von Kohl getroffen und betrieben, zwar dank der deutschen Medien vor der breiten Öffentlichkeit verborgen gehalten werden konnten, aber nicht so vor der politischen Führung der anderen Parteien. Neben deren Zustimmung und Mitwirkung führte dies in der Folge auch dazu, dass die ursprünglichen Parteigrenzen zusehends verschwimmen mussten, und sich heute, da geheime Wege und Ziele identisch sind,

nur noch partiell in Kleinigkeiten aufspüren lassen. Selbst Wahlen, ein letztes Relikt aus demokratischen Grundsätzen, sind müßig und überflüssig geworden, da – alle «demokratischen» Parteien haben sich den zentralen Neuordnungszielen unter der Diktatur eines die gesamte Welt überspannenden Herrschafts-Clubs angeschlossen – keine Alternativen zur Wahl stehen. Mit Wahlen wird weitgehendst nur noch über die Quote der Wahlkampfkostenersta(a)ttung entschieden.

Nicht unerwähnt soll die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft bleiben, eine zwangsläufige Konsequenz der betriebenen weltweiten Neuordnung. Geschickt wurden von der Kohlregierung zunächst nur die Wertgefüge auf der Kapital- und Managementseite von ihrer sozialen Komponente befreit und US-amerikanischem Denken angepasst. Nicht zuletzt auf den Begriff des «Shareholder-Value» verdichtet. Damit war zum Einen auch der Rest der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die so geschaffenen neuen Werte zu akzeptieren. Zum Anderen wurden damit alle zur Tragfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft aufgebauten Systemteile praktisch untauglich. Beides, die veränderten Werte und Gewichte, wie auch das damit überholte und nicht mehr passende Sozialsystem, sind bis heute nicht harmonisiert und geistern unter dem Titel «*Reformstau*» durch die politische Landschaft. Nur geht es dabei nicht um ausstehende Reformen einiger, vielleicht nicht mehr ganz zeitgemässer, Teile des bisherigen Systems, sondern um nichts Geringeres als eine **völlige Umstellung des deutschen Wirtschaftssystems und der direkt damit verbundenen Gesellschaftsordnung.**

Selbst das gesamte System der Sozialversicherung wird zwischenzeitlich auf das Niveau eines Generationenkonflikts reduziert. Dabei haben die, die heute ihre Rente brauchen, diese Ansprüche *erarbeitet und bereits bezahlt*. Auch diese Gelder zu veruntreuen und für andere Zwecke zu verpulvern, bedurfte es bundesdeutscher Politiker. Politiker, die heute über leere Kassen jammern, dafür aber ihrer erklecklichen Pensionsansprüche sicher sein können. Was die Sozialversicherung insgesamt betrifft, so dürften die bisherigen Massnahmen nur die ersten Schritte zu einer völligen Liquidierung des Gesamtsystems

sein. Ist es Ironie oder nur einfach bezeichnend, dass die endgültige Abwicklung zwischenzeitlich einem SPD-Mitglied und ehemaligen Top-Manager der Gewerkschaften übertragen wurde?

Auch dies sind ursprüngliche Teile der von Kohl eingeleiteten, historischen Superleistung.

Aber Kohl hat nicht nur die deutsche Wiedervereinigung «vor den Baum gesetzt» und damit begonnen, Deutschland auf die neue, US-amerikanische Weltordnung vorzubereiten. Zu Kohls Verdiensten ist auch der parallele Auf- und Ausbau informeller Machtstrukturen und Herrschaftsmethoden zu zählen, die nach erprobtem angloamerikanischen Vorbild von dort übernommen wurden.

Erste leuchtende Hinweise sind nicht zuletzt verbunden mit den Namen Herrhausen und Rowedder. Zwei politische Morde, wie sie erst *nach* der Installation anglo-amerikanischer informeller Strukturen auch in Deutschland möglich waren, sind nur der nicht zu verbergende, allgemein *sichtbare Ausdruck* der deutschlandinternen Umstellungen der informell-politischen Strukturen während der Kohl-Ära. Dass dazu als einer der ersten Schritte die Akten aller Stasi-Mitarbeiter an die USA ausgehändigt wurden, weist deutlich auf deren Verwendung hin. Während deren ehemaliger Chef Wolf dank frühzeitiger und besserer Informationen rechtzeitig seinen Abschied nehmen konnte, während sein Geldbeschaffungskollege in Bayern unterkam, wanderte der verbliebene, so wunderbar erpressbare Teil der Staatssicherheit direkt in CIA-Hände. Von dort gesteuert, kann die ehemalige Stasi seither, wenn auch auf räumlich erweitertem Territorium, mit gleicher Intensität ihren alten Tätigkeiten nachgehen.

Kohls Negativ-Leistungen für Deutschland und das deutsche Volk sind fundamental, annähernd end- und grenzenlos.

Wer seit Kohl in Deutschland entscheidende Positionen erreichen will oder solche innehat, muss die informellen anglo-amerikanischen Regeln akzeptieren und die von dort gestellten Forderungen erfüllen.

Anderenfalls wird die gewünschte Entscheidung auf dem Wege der «Fluktuation mit Ablebensalternative», also über eine Neubesetzung der Position herbeigeführt, womit sich die Gesinnung der heute auf solchen Positionen Existierenden quasi von selbst definiert.

Informellen Strukturen alle Türen geöffnet und Wege geebnet, gesellschaftlich wichtige Führungspositionen mit folglosen Kreaturen besetzt, die militärische Staatsmacht anglo-amerikanischem Kommando ausgeliefert, die Justiz – eine Justiz der Rechtsbeugung, der Willkür und des Terrors – zum Instrumentarium der Machtsicherung und zur «rechtlichen» Absicherung aller Volks- und Staatsverbrechen degradiert und als Anführer einer kriminellen Horde das deutsche Volk um alle Werte betrogen zu haben, das sind die tatsächlichen Leistungen eines Mannes, der sich über 16 Jahre die Position eines deutschen Bundeskanzlers erschlichen und ergaunert hat.

Herr Dr. Helmut Kohl, die Menschheit wird Ihnen Ihre Leistungen und die von Ihnen erreichten Errungenschaften auf ewig danken, haben Sie doch das internationale Umfeld ebenfalls nicht «unbeglückt» gelassen!

Die aktuelle Politik der «Anständigen»

Der Kosovo (als Abschluss der Balkanlösung) in einer Linie der US-amerikanischen «Heldenkriege» gegen Grenada, Irak und eben Serbien. Allesamt trickreich inszenierte Angriffskriege. Aber nicht die Helden oder die Angriffe oder der jeweils gleiche Grund dafür (im Irak und auch in Serbien gar der gleiche Trick, mit dem beide zunächst von den USA zu ihren Massnahmen ermuntert wurden, um ihr damit die moralische Begründung für den direkten (An-) Eingriff zu liefern) sind das Interessanteste. Das Interessanteste sind die Angreifer. In Grenada die USA, im Irak die USA und England (finanziert von Kohl mit deutschen Steuergeldern) und gegen Serbien die USA, England

und der westliche Rest von Europa. Wird noch der menschenverachtende und -vernichtende Boykott der irakischen Bevölkerung – der bis heute zumindest 2,5 Millionen Hungeropfer forderte – im Namen der UNO mitbetrachtet, so befreien sich diese Vorgänge fast schon «von allein» von allen propagandistischen Überbauten.

Ein Club der Weltbeherrscher hat sich innerhalb weniger Jahre gebildet, um gemeinsame Wegbereitungskriege für die neue Weltordnung des Grosskapitals zu führen!

In einem solchen System kann auch eine Wehrpflichtarmee wie die Bundeswehr keine Zukunft haben, ist sie doch nicht mehr zur Landesverteidigung erforderlich, sondern nur noch Teil einer künftigen, weltweit und entnationalisiert einsetzbaren Ordnungsmacht im Auftrag des Clubs. Der Kosovo ist nur ein erster Vorgeschmack. Dies war nur der Einstieg in künftige Aufgaben.

Wird nun auch die weltweite Empörung über die Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Regierung verständlich? Eine Partei mit nationalen Werten wird Mitglied im Club der entnationalisierten Politmafia.

In die gleiche Richtung geht die mit Hochdruck betriebene Osterweiterung der EU. Soll mit ihr vordringlich nichts anderes erreicht werden, als die Bildung einer möglichst geschlossenen Phalanx aller europäischen Staaten. Gelockt mit Wohlstandsanstieg, zu bezahlen mit dem Verzicht auf politische Selbständigkeit und Freiheit, eingetauscht gegen zentralisierte Bevormundung und die Übernahme krimineller Unterdrückungsstrukturen.

Aussenpolitisch erhält jeder grössere Vorgang der letzten Jahre, zu dessen Verständnis bisher auch grösste Anstrengungen nicht ausreichten, seinen Sinn, und damit auch seine Erklärung, wenn die langfristige strategische Einbindung Deutschlands in die angloamerikanische Weltpolitik berücksichtigt wird.

Dass Deutsche- und Dresdner Bank nicht fusionieren durften, um auf diesem Wege die Eigenständigkeit grosser Teile der deutschen Wirtschaft zu sichern, hätten sie auch vorher wissen können.

Im liberalisierten Strommarkt sollen Deutschlands Atomkraftwerke abgeschaltet werden, die nachweislich sichersten der Welt. Dann wird Strom künftig von woanders her eben dazugekauft. So steigert man die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung.

Die begleitende populistische Hektikpolitik im sonstigen Auflösungsgeschäft zeigt fast schon reinen, soziologisch konzipierten Unterhaltungscharakter.

Die neue strategische Weltpolitik der USA, betrieben seit Anfang der 70-er Jahre, dauert auch heute noch an. Die Klippen Ostblock und deutsche Wiedervereinigung sind erfolgreich «umsegelt» und abgehakt. Unverändert in ihrer Zielsetzung steuert sie, mit tatkräftiger Unterstützung der deutschen Bundesregierung, weltweit in die Zukunft.

Wo aber liegen seit Abschluss aller Wiedervereinigungsmachenschaften des Kohl-Regimes die begleitenden neuen innenpolitischen Aufgaben und Schwerpunkte?

Kohls Wiedervereinigungsverbrechen haben zwangsläufig auf vielen Gebieten zu Konsequenzen geführt und Ergebnisse hinterlassen. Für das deutsche Volk weitestgehend negative Ergebnisse. Und dies auf vielen Gebieten und in erheblichem Umfang. Negative Ergebnisse in einem Umfang, wie sie ansonsten nur verlorene Kriege nach sich ziehen. Und Kriege schaffen Opfer. Auch die neue Weltordnung und die deutsche Wiedervereinigung kosten Opfer, die sich selbst mit allem Medienpower nicht vollständig übertünchen und umdeuten lassen. Nur wurden diese Opfer, nicht wie in Kriegen ansonsten üblich, umgebracht, womit ihnen eine Ursachenforschung für ihr Ableben schlechterdings unmöglich gemacht ist. Kohls *Wiedervereinigungskrieg gegen das deutsche Volk* hat zwar Millionen Existenzen ver-

nichtet und der Gesamtheit umfangreiche, fundamentale Opfer abverlangt.

Nur direkt umgebracht wurde niemand. Denn es war ja auch kein Krieg, wie in grauer Vorzeit noch üblich. Es war ein nackter Wirtschaftskrieg mit entsprechenden, rein wirtschaftlichen Opfern.

Und diese Opfer, letztlich die Gesamtheit der Betroffenen, das gesamte deutsche Volk, da es leider nicht kriegsüblich verstorben ist, muss als «Überlebenskonsequenz» seither mit allen Mittel nicht nur über die deutsche Wiedervereinigung, sondern auch über die weltpolitisch angestrebten Ziele getäuscht werden.

Das gesamte Herrschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland musste während der ersten 40 Jahre seines Bestehens zentral darum bemüht sein, die gesamte Vergangenheit und seinen Ursprung zu verschweigen oder nach anglo-amerikanischen Vorgaben umzudeuten, wollte es nicht selbst als kollaborierende Hochverrätereinrichtung, die es immer war, dastehen. So zwangen und zwingen die brandtschen und besonders die folgenden kohlschen Leistungen heute dazu, auch deren Machenschaften und Betrügereien umzufärben.

Wie ein Schleier muss eine komplette Scheinwelt über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gehalten werden. Tabellarisch dargestellt ergeben sich aus dieser Entwicklung heute die folgenden politischen Aufgabenschwerpunkte für das deutsche Herrschaftssystem:

1. Widersinnigste Konstruktion einer deutschen Kriegsschuld am Ersten und Zweiten Weltkrieg.
2. Verschweigen des anglo-amerikanischen Völkermordes während des Zweiten Weltkrieges.
3. Dazu werden mit allen Mitteln der Willkür und des Terrors angebliche deutsche Massenverbrechen aufgebauscht oder frei konstruiert und als juristische Wahrheit dogmatisch abgesichert.
4. Die nach dem Krieg aufgebaute, hochverräterische und kollaboristische Position der bundesrepublikanischen Regierungen war zu

verschleiern, was allein schon zur Existenzsicherung des gesamten Herrschaftssystem unbedingt erforderlich war.

5. Der von der Brandregierung betriebene völkerrechtswidrige Ausverkauf der deutschen Ostgebiete musste als «neue Ostpolitik» verkauft werden.
6. Kohls Zustimmung zur anglo-amerikanischen neuen Weltordnung, mit dem Ziel der wirtschaftlichen Versklavung der gesamten Menschheit mittels Grosskonzernen, muss verschleiert werden.
7. Gleiches gilt für die von Kohl, nach anglo-amerikanischem Vorbild installierten, informellen Strukturen.
8. Auch waren weder die Ursachen noch die Machenschaften im Rahmen der sabotierten deutschen Wiedervereinigung jemals öffentlichkeitsfähig.
9. Die im Rahmen der Wiedervereinigung betriebene, millionenfache Existenzvernichtung so wie die Plünderung des gesamten deutschen Volkes musste vernebelt werden.
10. Sowohl zur Umsetzung der verbrecherischen Ziele, wie auch zur Sicherung des «gewachsenen» Herrschaftssystems muss die Geschlossenheit des deutschen Volkes vollständig aufgelöst werden. Ist doch nur das deutsche Volk selbst in der Lage, die Existenz der herrschenden Politganoven zu gefährden, und könnten damit auch die aktuellen Machenschaften und die verbrecherischen Ziele gefährdet und verhindert werden.
11. So muss jede Aufklärung sowohl über die tatsächliche Weltkriegs-
vergangenheit, die Verbrechen der Kohl-Ära, wie auch über die weltweit geplante Zukunft mit allen Mitteln verhindert werden.

Damit war die gesamte Politik des 20. Jahrhunderts zu fälschen, umzudeuten und dabei auch noch «glaubwürdig» zu machen. Ein Tarnungsgestrüpp musste von der herrschenden Polit-Clique konstruiert und in die Köpfe eingepflanzt werden. Ist dieses Tarnungsgestrüpp für sie selbst doch *existenzentscheidend*. Denn allein die Wahrheiten zur deutschen Vergangenheit und noch weitaus mehr die Wahrheiten zur aktuellen Politik müssten für den gesamten Verbrecherspuk das

Ende bedeuten. D.h., *die zentralen Anstrengungen des gesamten deutschen Herrschaftssystems haben ausschliesslich die eigenen Existenzsicherung zum Gegenstand.*

Dass dazu die Fälschungen und Lügen immer dicker und überzogener werden, liess und lässt sich wohl kaum vermeiden, nachdem alle Rechte an informelle Strukturen ausgeliefert wurden und sowohl durch die deutsche Wiedervereinigung als auch mit der geplanten neuen Weltordnung die Anzahl der Gegner und Kritiker immer weiter angestiegen ist.

*Eine **alle Mittel** rechtfertigende Herrschaftssicherung des seit 1945 bestehenden Politsystems. Mit anderen Worten: Herrschende Politganoven sind bereit, jedes erdenkliche Mittel einzusetzen und jedes nur mögliche Verbrechen zu begehen, allein um ihre Herrschaft zu sichern! Politik wird nicht zur Wohlfahrt des deutschen Volks betrieben, sondern allein zur Herrschaftssicherung und zum Wohlergehen seiner Politiker und ihrer Knechte.*

Ein ehemaliges Kollaboristensystem der westlichen Besatzungsmächte «strampelt» mit all seinen Komponenten, wozu nicht zuletzt auch die gesamte Medienstruktur zu rechnen ist, ums politische Überleben.

Und dafür sind sie bereit, alles zu tun. Wirklich alles.

Selbst vor der Vernichtung des eigenen Volkes schreckt heute niemand mehr zurück.

Unter diesem Punkt lassen sich solche Vorgänge einordnen wie Asylgesetzgebung, Doppelpass, Zuwanderung, Multikulti und selbst das angestrebte NPD-Verbot.

Denn nur ohne das deutsche Volk ist das System langfristig existenzfähig. Bildet doch allein dessen gesellschaftliche Existenz die grösste Gefahr für Deutschlands Politganoven.

Das Wunschziel entspricht dabei weitestgehend der Schaffung eines Abbilds der US-amerikanischen Gesellschaft und der von ihr losgelöst agierenden US-Administration. Denn nur so kann das hochkriminelle bundesdeutsche Politsystem längerfristig überleben.

Aber auch sonst spielen sich innenpolitisch fast nur noch wunderliche und grossteils unverständliche Dinge ab.

Weshalb schmiss Lafontaine sowohl als Bundesfinanzminister als auch auf bundespolitischer Ebene das Handtuch? Hat er erst in seinem Regierungsamt von Absichten und Plänen erfahren, die er nicht mittragen wollte und konnte (vielleicht weil das Herz tatsächlich links schlägt, der Titel also mehr aussagt als der gesamte Inhalt)?

Was soll der geschickt an die Öffentlichkeit lancierte *CDUParteispendenskandal*?

Zunächst hatte es die neue Schröder-Regierung innerhalb ihres ersten Jahres geschafft, die gesamte eigene politische Unfähigkeit zur vollen Entfaltung zu bringen, was zumindest in der Bewertung zu korrigieren war. Wenn schon nicht die Leistungen aufwertbar waren, so konnte dies doch zumindest über die Relation aufgebessert werden. Ist der politische Konkurrent ein Ganove, so ist der Unfähige zumindest moralisch überlegen.

Ausserdem liessen sich in diesem Zusammenhang auch die letzten uneingeweihten «Polit-Insider» zu Kohls Verdiensten aufklären, womit nun endlich ganz Berlin «in einem Boot sass». Die CDU selbst konnte die Angelegenheit nun auch noch mit einer innerparteilichen «Selbstreinigung» verknüpfen.

Der gesamte Vorgang wird erst dann verständlich, wenn die gesamte herrschende Polit-Clique parteiübergreifend als Einheit gesehen wird. Wenn die künstliche Glaubwürdigkeit der Gesamtclique einen «Glaubwürdigkeitsschub» benötigt, der demonstrieren soll, dass krumme Geschäfte selbst eines ehemaligen Bundeskanzlers nicht tabu

sind, und, damit nicht das gesamte, sondern ein ominöse «System Kohl» konstruiert und aufliegen soll, ja dann muss selbst einer wie Kohl Federn lassen. Auch in einer informellen Clique gilt: «Gemeinwohl geht vor Eigennutz»!

Der Parteispenskandal frei nach dem Motto: Wir gestehen einen Taschendiebstahl ein, um von Mord und Totschlag abzulenken!

Dass Kohls Gelder aus der gleichen Richtung wie auch sein Kanzlerauftrag kamen, wie kunstvoll die Wege des Geldes auch geknüpft wurden, kann wohl als selbstverständlich unterstellt werden.

Und dass eine superkriminelle Bundesregierung auch nicht hinter den schon für Kleinkriminelle geltenden Grundsätzen zurücksteht, nämlich alle Spuren und Beweise vor Verlassen des Tatorts zu beseitigen, zeigt deren Aktenvernichtung grössten Umfangs. Analog musste auch jede Veröffentlichung der noch weitaus brisanteren Stasi-Protokolle aus der Regierungszeit Kohl verhindert oder zumindest so lange verzögert werden, bis sie die «chemische Reinigung» durchlaufen haben.

Und dann noch BSE. Nach 15 Jahren politischer Untätigkeit der Skandal. Aber nicht etwa ein Skandal der gesundheitsverachtenden Politik. Ein Skandal der deutschen Landwirte und ihrer Profitgier. Nur, welches Spiel auch hier getrieben wird, zeigen allein die Ziele. Geht es doch nicht um Verbraucherschutz, das Letzte, für das sich Deutschlands Politiker zuständig fühlen, sondern es geht einzig und allein *um die kapitalistische Umstrukturierung des subventionsverschlingenden Agrarmarktes im Hinblick auf die EU-Osterweiterung. Für deren Produkte musste der Markt frei gemacht werden.* Eine Umstrukturierung, die wohl Jahrzehnte dauern würde und dabei auch noch mit enormen Konflikten belastet wäre. Eine politisch fast unlösbare Aufgabe. BSE ist der eine Teil der Lösung.

Um allein die Schuld von der Politik auf die *deutschen Bauern* zu verlagern (in Deutschland wird ja offenbar jede noch so unberechtigte Schuld so gern und bereitwillig geschultert und getragen), wird dem

BSE- auch noch ein Schweinemastskandal, und damit eine Misere der gesamten Landwirtschaft – ausschliesslich hervorgerufen durch eine tier- und menschenverachtende, völlig verfehlte EU-Agrarpolitik – den erstaunten Verbrauchern vorgeführt. Dazu wurden die seit Jahren bekannten Schweinemastmethoden nun politisch passend «aus der Schublade» geholt, durch Ministerrücktritte in ihrer politischen Bedeutung aufgewertet und dem erstaunten Publikum präsentiert. Tonnen und Abertonnen von Antibiotika waren jahrelang in der Schweinemast eingesetzt und von Bauernverband, Politik und Strafverfolgung geduldet und durch gezieltes Wegsehen gefördert worden. Jetzt, wo es um die Umstellung des Agrarmarktes geht, wurde dieses Thema theatralisch hervorgezaubert. So ist sie, die auf Soziologenkonzepthen aufgebaute Politik der «Anständigen».

Um diese europaweit möglichst auch noch ohne eine Gegenwehr der Bauern elegant durchsetzen zu können, wurden nach 15 Jahren «über Nacht» BSE-Kontrollen eingeführt, die in allen Regionen sofort «fündig» wurden. Allein, dass dieses «Fündigwerden» politisch so dringend erforderlich war, lässt selbst an den Kontrollergebnissen erhebliche Zweifel aufkommen. Deutschlands Politmachern ist heute einfach alles zuzutrauen. Und wie schon auf anderen Gebieten, so enthält auch dieses Politikzept die obligatorische Schuldzuweisungsstrategie, mit der die, die von dem Skandal in ihrer Existenz betroffen sind, selbst schuld haben, d.h., ihnen ist jede Gegenwehr unmöglich gemacht (solange sie «ihrer» Regierung vertrauen). Wie schon bei der Liquidierung der privatisierten DDR-Wirtschaft mit ihrem Schneider-Skandal, mit dem die anschliessenden Bankenmachenschaften ihre Rechtfertigung und die Kreditnehmer ihre Schuldzuweisung erhielten, so analog die BSEstrategie.

Wie aber kann eine solche Bundesregierung und das von ihr angeführte Herrschaftssystem es erreichen, dass das deutsche Volk selbst nicht nur seiner eigenen Auflösung zustimmt, sondern diese auch noch fordert?

«Die Bestellung des Feldes», die Auseinanderdividierung der deutschen Nation, die Darstellung ihrer Wiedervereinigungsunfähigkeit, musste noch erheblich intensiviert werden, d.h., die Auflösung von nationalen Identitäten und Klammern, sowie der zuvor schon angeschlagenen historischen Bindungen und Zusammengehörigkeiten.

Ein nie dagewesener Propagandafeldzug, mit plumpsten Fälschungen der deutschen, nicht nur der nationalsozialistischen, Vergangenheit, überzieht das Land mit dem Ziel, dass sich doch bitte schön jeder von einer solchen Vergangenheit abwenden möge (*Deutschland = Verbrecherland*).

Dies begleitet von einem DDR-Verbrecherbild, müssen die Bewohner der neuen Länder nun ganz ohne Vergangenheit auskommen, wollen sie sich nicht selbst als direkten Verbrechernachwuchs sehen.

Und um jede Art nationaler Werte auch aktuell mit einem «Verbrecherstatus» zu versehen, wird jedes Gewaltverbrechen, dessen Urheber auch nur irgendeine Verbindung zu «rechten» Organisationen aufweist, als politisches Verbrechen all derer gebrandmarkt, die die «Dreistigkeit» besitzen, nationale Werte noch immer nicht als «eigentliche, zentrale Ursache» von Gewaltverbrechen im Allgemeinen zu akzeptieren.

So werden nicht nur mit subversivster Propaganda Stimmungen Ossi gegen Wessi erzeugt. Um das kluge Schauspiel insgesamt erkennen und verstehen zu können, sollen die Spielteilnehmer und einige Einzelszenen kurz vorgestellt werden, wozu wir einige Fragen vorschalten wollen.

Warum erst mehr als 50 Jahre nach Kriegsende Lohnerhöhungsforderungen der Fremd- oder Zwangsarbeiter? Um «begangenes deutsches Unrecht gutzumachen»?

Sinn und Zweck der von Zigaretten-Milliarden gesponserten Wehrmachtsausstellung? Man beachte nur den Veranstalter und seine «Beweisführung» an Hand von Fotos. Fehlen nur noch Ausschnitte aus Hollywoodfilmen.

Eine ganz andere Dimension hat da schon das, was unter dem Titel «Zuwanderung» von der geschlossenen Politphalanx initiiert wird. Deutschland steht offensichtlich zum Verkauf. Nicht etwa gegen bar oder auf Kredit. **Auf Rentenbasis**. Ein wohl aus Gründen biologischer Sterilität und geistiger Dekadenz dem Aussterben entgegenstrebendes deutsches Volk bietet, mangels eigener Zukunft, dem Rest der Welt sein Land, Deutschland, zur Übernahme an. Kaufpreis: *Sicherstellung der Rentenzahlung für ein abtretendes Volk*. Eine nur schwerlich noch zu überbietende politische Leistung der «rechtsstaatlichen demokratischen Parteien».

Auch die *Demonstration der Anständigen* (ist es noch zu fassen! Zu was wollen sich die beteiligten Gutgläubigen, wohl nur als *Verein der Lemminge* zu bezeichnen, noch einspannen lassen?! Sieht sich das Lug- und Trug-Regime gar schon genötigt, nicht nur eine völlig unbedeutende Partei wie die NPD zu verbieten, um unter diesem Vorwand jede Art von Patriotismus und Wahrheit in eine kriminelle Ecke stellen zu können. Je deutlicher das bundesdeutsche Übel-System gezwungen ist, seine Auflösungsknute anzuheben, um so besser und deutlicher sollte sie selbst aus den hinteren Reihen der *Anständigen* gesehen und als solche auch erkannt werden können.

Aber selbst über das, was für Deutschland und diese Welt als Zukunft geplant ist, und was das deutsche Volk gemeinsam mit dem «Rest der Welt» dort zu erwarten hat, selbst darüber durften die Verplanten bisher nicht informiert werden.

Ein Gesamtverständnis für die aktuelle Politik kann sich erst dann ergeben, wenn die damit verfolgten Absichten bekannt sind. Wer heute das politische Tagesgeschäft verstehen will, der muss zunächst das häufig über Jahrzehnte gestreckte Gesamtkonzept kennen!

Dass alle die hier angeführten einzelnen Machenschaften und Entwicklungen zwar in Deutschland betrieben wurden, letztlich aber wiederum nur den deutschen Beitrag zu einer weltweit im Gleichklang angestrebten, globalen Zielsetzung darstellen, zeigt allein der bereits 1997, unter dem Titel MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen), unauthorisiert veröffentlichte Vertragstext, auf den in Deutschland erstmals in dem Buch «Lizenz zum Plündern» von Maria Mies und Claudia von Werlhof hingewiesen wurde.

Bereits 1997 war das weltweite Umstrukturierungsvorhaben, auf das eine Vielzahl der Regierungsaktivitäten seit Mitte der 80-er Jahre selbst schon als Einzelmassnahmen bereits hinwies, auf multilaterales Vertragsniveau gebracht.

Während als direkte Konsequenz aus der Veröffentlichung der Titel «MAI» umgehend gestrichen wurde, laufen die Vorbereitungsmaßnahmen zur Umsetzung und weltweiten Einführung der dort formulierten Ziele, Regeln und Verfahren weiter auf Hochtouren.

Allgemein sichtbarer Widerstand zeigte sich erstmals für die Weltöffentlichkeit in den Demonstrationen von Seattle. Sieht man von den Randinformationen zu den Demonstrationen von Prag einmal ab, so haben die bundesdeutschen Medien auch diese gesamte Thematik, wie immer in ihrer Spezialdisziplin, mit Informationsunterdrückung behandelt. Dafür konnten sie parallel auf anderen Gebieten, die auf den ersten Blick nun überhaupt nicht zu dieser Thematik passen wollen, ihre «angestaute Informationswut» ausgleichend austoben.

Erstaunlich, ein sich formierender, wahrlich alles andere als rechts-extremer, MAI-Widerstand könnte die gesamte, weltweit angestrebte Neuordnung gefährden, und in dieser Situation haben die bundesweiten Polit- und Medien-Monopole nichts besseres zu tun, als sich mit aller Macht gegen «Rechtsradikalismus» ins Zeug zu legen?!

Erst bei näherer Betrachtung, insbesondere bei Betrachtung aller zugehörigen Komponenten und Teilnehmer am systeminszenierten

Schau-Spiel, zeigt sich das kluge, über Jahre aufgebaute Täuschungskonzept!

Ein zentrales Konzept, das sowohl die Existenz der bundesdeutschen Politganoven und ihres Herrschaftssystems sichern, als parallel auch jeden Kampf gegen die weltweite Neuordnung unmöglich machen soll!

Nach anglo-amerikanischem Vorbild wurde dazu das Gesamt-(Schau-)Spielfeld präpariert und die Figuren plaziert:

Zunächst wurden die sich so sehr um die anglo-amerikanische Weltpolitik verdient gemachten Hilfskräfte eines alten Volkes um ihre Mitarbeit und -hilfe gebeten. Für die deutschlandinterne Agitation wurden dann echte Sympathieträger des alten Volkes engagiert, die sich und ihre infamen Anschuldigungen seither in Permanenz medienweit präsentieren können.

Aber eine Leistung des kleinen alten Volkes gab es zu keiner Zeit ohne Gegenleistung. Als Gegenleistung konnte die bundesdeutsche Politclique die freie Einreise und die bevorzugte Versorgung der im ehemaligen Ostblock etwas heruntergekommenen Mitglieder des alten Volkes anbieten.

Ob Bundesdeutschland die in Hollywoodfilmen implantierte Subversiv-Propaganda gegen «Nazi-Deutschland» separat honoriert, oder ob ein Film wie «Schindlers Liste» vollständig aus dem Kulturretat finanziert wurde, ist unbekannt.

Aber selbst das reichte offenbar noch nicht aus. Also beauftragte die bundesdeutsche Politclique einen ihrer alten, vorbestraften und erfahrenen Politikämpen damit, die Bezahlung und Finanzierung des gemeinsamen Vorhabens abzurunden. *Und auch der Titel passte zum Vorhaben: «Zwangsarbeiterentschädigung»!* Ohne dem Einzelnen zu nahe treten zu wollen: Wirkliche Juristen dürften sich vor Lachen gebogen haben. *Nur ist es kein juristisches, sondern ein politpropagandistisches Spiel.*

Geht es doch bei dem zu grössten Teilen mit Steuergeldern finanzierten Trickbetrug nicht darum, ehemaligen Zwangs- oder auch Ostarbeitern eine nachträgliche Lohnerhöhung zukommen zu lassen, sondern soll mit den vereinbarten 10 Mrd. Mark der weltweiten Betrüger-Connection des besagten kleinen alten Volkes die für ihren Betrugsbeitrag erforderlichen, finanziellen Mittel, im Kampf um die Erhaltung des bundesdeutschen Herrschaftssystems, bereitgestellt werden.

Zur Begleitung dürfen dann, nach erfolgreich absolvierter Gehirnwäsche, die Anständigen antreten, deren besonders Motivierte zuvor mit der Lizenz zum Zuschlagen ausgestattet wurden. Die Lizenz zum Nachdenken wurde ihnen aber offenbar verweigert.

Soweit die eine Seite des Schauspiels.

Den Gegenpol bildete dann der mit enormem Propagandaaufwand installierte «Rechtsextremismus». Parallel damit verbunden ist auch die angepasste Neudefinition, nach der zwischenzeitlich alles, was pro deutsch ist, auch gleichzeitig rechtsextrem ist.

Ein Geflecht aus verschiedenen Einzelpersonen und Organisationen ist rechtsextremseitig, soweit die Medien darüber berichten, neu und auf den Gegenpol hin ausgerichtet. Ein Netzwerk, in dem zwangsläufig alle patriotisch oder auch nur normal denkenden Menschen eingefangen und eingesammelt werden, wollen sie nicht auf sich allein gestellt bleiben.

Und die zuvor politisch völlig unbedeutende NPD wurde in den Mittelpunkt gestellt. So werden heute in ihrem Namen – erstaunlicher Weise völlig ungestraft (oder dient die bisherige Straffreiheit nur dazu, die «Prediger» auch künftig «bei der Stange» zu halten?) – Hitlers Analysefehler und die darauf aufbauenden Parolen in neuem Aufguss wiederholt, wobei alle Punkte, bei denen die historischen Wahrheiten recht einfach gefunden werden könnten, geschickt umkurvt

werden, und alles in mehr als wunderliche, philosophische Nebelfelder eingebettet. Mit der NPD hat so der Gegenpol, hat «das Böse», seinen aktuellen Namen erhalten. Dass die «böse Seite» bei ihrer Argumentation selbst einfachstes politisches Geschick vermissen lässt, macht deren Verhalten auch nicht gerade verständlicher und überzeugender. Will oder soll die NPD, und synonym mit ihr jeder Widerstand gegen das herrschende Politgefüge, so gesehen werden?

Gut gegen Böse. So spielen sich beide Seiten das politische Bällchen zu. Bemerkenswert bleiben insbesondere die ausgelassenen Diskussionspunkte, die dem gesamten Schauspiel der Halbwahrheiten seinen eigenen Glanz verleihen. Oder dient die ins Diskussionszentrum gestellte Judenfrage nur dem Zweck, *diese Frage selbst nicht in Frage zu stellen*? Soll damit nur weiterhin von den wahren Schuldigen, den Initiatoren der verbrecherischen Weltpolitik des 20. Jahrhunderts, allein durch die Aufwärmung und Wiederholung alter Irrtümer, abgelenkt werden?

Begleitend leisten alle Grossorganisationen und -verbände den von ihnen geforderten Beitrag, und über allen schwebt die deutsche, bundes- und landespolitische Politikorporation und zeigt Entrüstung in Form von «Anständigen».

Ein übles Schauspiel. Einzig inszeniert, um die Drahtzieher im Hintergrund zu belassen und damit jeden gemeinsamen Widerstand des deutschen Volkes unmöglich zu machen.

Dient das Ganze letztlich nur dazu, die weitere Existenz der aktuell herrschenden Politganoven so lange zu sichern, bis die verbrecherischen Ziele erreicht und sie selbst dann völlig ungefährdet sind. Dies mit der alten, schon in grauer Vorzeit erfolgreich erprobten Methode: Teile und herrsche.

Nur wenn man beides, oder besser: beide (NPD, Nationale, Patrioten, etc. und die, die sich aus verschiedensten Gründen gegen aktuelles politisches Verbrechen und dessen noch weitaus kriminellere

Ziele engagieren (Entschuldigung an all die, die noch immer Ideologien zur eigenen Meinungsstützung benötigen)) in Einklang bringt, was auf den ersten Blick völlig widersinnig ist, so zeigt sich auch der eigentliche Sinn der aktuellen Greuel-Propaganda.

Da jeder Kampf für eine saubere Politik und auch jeder Widerstand gegen die MAI-Ziele zwar weltweit parallel, im Vorgehen aber jeweils nur auf nationaler Ebene und mit nationalen Werten geführt werden kann, wird allein durch die Diffamierung und propagandistische Verunglimpfung alles Deutschen und alles Nationalen dem gesamten Widerstand innerhalb Deutschlands die Basis entzogen und somit jeder Erfolg unmöglich gemacht!

Ist für die herrschenden Politganoven eine direkte politische Ausgrenzung und Diffamierung schon des MAI-Widerstandes (der allein dadurch gefährlicher ist, da es sich dabei um einen nackten Freiheitskampf aller Völker handelt) nicht möglich, so wird ihm mit der Anti-Nationalpropaganda ***der einzig gangbare Lösungsweg versperrt!***

Die gesamte Propaganda gegen Rechts und Rechtsradikalismus ist nichts anderes, als die indirekte Untergrabung einer deutschen Beteiligung am weltweiten Kampf für Recht und Freiheit!

Nur wenn es gelingt, in Deutschland sowohl den Vergangenheitsbetrug als auch die aktuell-politische «rechtsradikale Verbrechensbekämpfung» zu enttarnen (nicht etwa, um tatsächliche Verbrecher zu legitimieren), und damit auch in Deutschland wieder den ganz normalen nationalen Werten und Gefühlen den ihnen zustehenden natürlichen Freiraum zu verschaffen, erst dann ist auch in Deutschland eine konstruktive Teilnahme am weltweiten Freiheitskampf der Völker überhaupt erst möglich!

Und jeder, der solches verhindert, mit welchen Scheinargumenten oder ideologischen Begründungen auch immer, der arbeitet nicht nur für die Versklavung der Menschheit, sondern er muss auch ganz persönliche, individuell geförderte Gründe dafür haben.

Für das in Deutschland herrschende Polit-Syndikat aber noch weitaus wichtiger, als alle weltpolitischen Gründe ist die Sicherung der eigenen Existenz. Einer Existenz, die zwingend die deutschen Vergangenheitslügen benötigt. Ein System, das alle nationalen Werte unterdrücken muss. Denn ohne die Lügen, und bei normalen, gesunden nationalen Werten, wäre dem gesamten Polit-Syndikat die Basis entzogen und es würde nackt als das dastehen, was es ist:

Ein auf Hochverrat und Korruption aufgebautes Lug- und Trug-System, geschaffen von und für gewissen- und verantwortungsloses, machtgeiles Politgesindel.

Herrschen, koste es (die Völker), was es wolle!

Die Zukunft

Erst wenn die Wahrheiten der Vergangenheit auf dem Tisch liegen kann aktuelle Politik verstanden werden. Erst dann lassen sich auch die heute verfolgten, langfristigen Absichten und Ziele ableiten.

In einer Demokratie mündiger Bürger sollte doch jeder wissen, was war, wo die Ursachen liegen, und wo die Fahrt hingeht.

In eine rigoros-kapitalistische anglo-amerikanische MonopolyZukunft! Bereits seit 1997 unter dem Titel MAI schriftlich formuliert!

Weltweit wird eine amerikanische Gesellschaft geschaffen. Reduzierung auf allein individuelle Werte, Vernichtung jeder nationalen Identität und Kultur. Alles Soziale begrenzt auf das Mass, das erforderlich ist, um Zustände zu vermeiden, die die neue Weltordnung gefährden könnten. Verlagerung politischer Entscheidungen in Grossunternehmen und internationale Organisationsstrukturen. Damit Loslösung aller nationalen Verantwortungsrestriktionen und Ausschaltung jegli-

cher Kontrollen. Reduzierung der Einzelstaaten auf Verwaltungseinheiten und Freistellung der gesamten, wirtschaftlichen Aktivitäten von jeder nationalen und staatlichen Kontrolle und Eingriffsmöglichkeit. Die Weltgesellschaft, passend gemacht für machtpolitische Monopolspieler.

Führung und Steuerung dieser Welt aus multinationalen Gremien (G7/G8/Gn, OECD, WTO), in die jede Verwaltungseinheit ihre Vertreter entsenden darf, wobei das Entscheidungsgewicht jedes Vertreters durch die von ihm vertretene (oder besser: In seinem Zuständigkeitsbereich angesiedelte) Wirtschaftsmacht bestimmt ist. Wobei auch dies nicht die höchste und letzte Instanz (ist) wird.

Eine Weltdiktatur der besonderen Art.

Wir sind auf dem Weg dahin. Das globale wirtschaftliche Verteilungsrennen ist voll entbrannt. Und einzelstaatliche Einschränkungen sind dabei nicht nur nicht erlaubt und zulässig, sondern müssen zwingend auf Null abgebaut werden. So ist Staatsvermögen zu privatisieren, um es damit handelbar und disponibel zu machen. Sog. Privatisierung gerechtfertigt mit unsinnigen betriebswirtschaftlichen Pseudo-Begründungen. Und es werden nicht nur im gesellschaftlichen Gemeinbesitz befindliche Vermögenswerte privatisiert. Begleitet wird dieser Vorgang von einer kaum noch zu überschauenden Verschuldung der Gesellschaft, auch Staatsverschuldung genannt, womit über die Kreditabhängigkeit künftig ganze Nationen *in die Pflicht* genommen werden können.

Das Rennen nennt sich Globalisierung, der globale Machtverteilungskampf. Nicht per kriegerischer Mittel, wie noch in den grauen Vorzeiten des 20. Jahrhunderts. Diese sind geächtet und nur noch erlaubt gegen solche, die den «fairen» wirtschaftlichen Verteilungswettlauf stören wollen oder die gar so antiquierten Vorstellungen wie nationalen Werten Bedeutung beimessen, also gegen die sog. «Schurkenstaaten».

Grosse und grösste Unternehmen schaffen. Unternehmen, die grosse Teile zuvor staatlicher Kompetenzen übernehmen sollen und können. Der Sinn: Über diese, ganze Weltmärkte dominierende, Unternehmen wandern auf sehr direktem Wege vormals staatliche Kompetenzen ganz unauffällig in die Hände derer, die das Kapital der Unternehmen verwalten.

Diktatur über Schleichpfade auf die Überholspur.

Was Globalisierung in der Praxis heisst? Ein Beispiel: Deutschlands grösstes Wirtschaftsunternehmen Daimler-Benz «fusioniert» mit (US-)Chrysler. Zunächst ein offenbar kluger Schritt. Kann sich Daimler-Benz damit doch den Schutz und die Unterstützung der USA sichern. Vergleicht man aber die Kapitalanteile beider Unternehmen zum Zeitpunkt der «Fusion», so ergibt dies ein völlig anderes Bild. Statt US-amerikanischer Aktienmehrheit bei Chrysler nun eine solche bei Daimler-Chrysler. Fusion letztlich nichts anderes als eine Übernahme. Wer wird wohl kommen, um künftig mit VW zu «fusionieren»?

Die US-amerikanischen Monopolyzocker mit ihrem langjährigen Erfahrungsvorsprung haben wieder die beste Planung. Sie greifen weltweit die personellen Eliten ab und ordnen sie ein. Ein Blick auf den bundesdeutschen Bildungsnotstand, sein Zustandekommen und die bundesdeutsche Green-Card-Lösung mit ihrem Nebeneffekt zeigen deutlich, dass sowohl Notstand als auch Lösung nicht etwa von unfähigen deutschen Politikern produziert wurden, sondern beides wurde auf einem konzeptionellen Hintergrund aufbaut.

Selbst die militärische Macht und Kompetenz der Staaten wurde – unter Ausnutzung eines vormaligen Verteidigungsbündnisses – dieser Bündnisverwaltung zwischenzeitlich fast vollständig übertragen (selbstverständlich mit Ausnahme der Finanzierung). Zur Landesverteidigung wird militärische Macht in einer globalisierten Welt nicht mehr benötigt. Was künftig benötigt wird, ist eine weltweit einsetz-

bare Ordnungsmacht, eine weltweit einsetzbare ClubArmee. Einsetzbar gegen alles und jeden, der es künftig wagen sollte, gegen die neue Weltordnung zu agieren. Schon allein aus diesen Gründen ist eine künftige Bundeswehr als Wehrpflichtigenarmee nicht zeitgemäss, gilt es doch nicht die Heimat, das eigene Land zu verteidigen, sondern weltweiten Aufträgen der Weltdiktatoren den nötigen Nachdruck zu verleihen.

UNO für die Moral und das gute Gewissen (mit dem sie 2,5 Millionen Menschen im Irak verhungern liess), EU für das Geld und die Regulierung und Gleichschaltung des täglichen Lebens, NATO für die Bestandssicherung des Systems, als globale Ordnungsmacht und für die Sicherheit der Führer. Allen Organisationen gemeinsam ist: Sie sind fernab von jeglichen demokratischen Kontrollen. Abgehoben eben.

Willkommen in der Zukunft!

Seit dem Untergang der Sowjetunion, spätestens seit 1989, befindet sich die politische Welt im Umbruch. Sie wird neu sortiert.

Die politischen Führer Deutschlands und dieser Welt haben sich seit Anfang der 80-er Jahre von jeder Nationalstaatlichkeit losgesagt, und betreiben eine Auflösungspolitik mit allen Mitteln auf allen Ebenen. Dabei ist auch keine Gaunerei zu schlecht, um nicht angewendet zu werden.

Nicht nur Deutschland, auch der Rest der Welt wird unter Anwendung der geltenden Gesetze von Ganoven regiert. Von Verbrechern der übelsten Sorte.

Deutschlands Zukunft? Nun, es gibt keine Zukunft für Deutschland. Deutschland ist Vergangenheit. Was es folglich von einem vereinten Europa, letztlich nur als zwischenstationäre Verwaltungseinheit gedacht, erwarten kann, liegt damit auf der Hand:

Die kontinuierliche Auflösung und Verzicht auf alle einheitlichen deutschen Interessen, Werte und Kultur durch deren Aufspaltung und Hintertreibung! Und alles untermalt mit permanenter Propaganda und medienweiter «Meinungsfreiheit».

An diesem Konzept basteln Deutschlands heutige Politiker! Nicht an der Beseitigung der Folgen kohlscher Verbrecherpolitik wird gearbeitet, sondern deren Fortsetzung läuft! Eingebunden in einem weltweiten Programm.

Und alles im gleichen, gehabten Stil:

Dem deutschen Volk, vom dem sie sich unter falschen Angaben haben wählen lassen, wird nicht nur die Wahrheit über seine Vergangenheit vorenthalten, sondern es wird, wie auch jedes andere Volk dieser Erde, von der eigenen Regierung selbst über die Pläne für seine Zukunft belogen!

Und auch hier lässt das alte Rom grüssen: Brot, Spiele und Sport für das Volk, damit Politiker ihren Interessen (nicht etwa deutschen Interessen) möglichst ungestört nachgehen können.

Die interessanteste Frage der Zukunft ergibt sich aber erst, wenn die totale, US-amerikanisch gesteuerte Weltbeherrschung von den international agierenden Grosskonzernen vollständig umgesetzt sein wird. Spätestens dann wird sich die gesamte Untauglichkeit des amerikanisch-imperialistischen Rigoros-Kapitalismus zeigen, der ohne periodisch wiederkehrende Material- und/oder Kapitalvernichtung nicht existenzfähig sein kann.

Zusammengefasst werden viele politischen, innerdeutschen Probleme erst dann in ihren Ursachen erkenn- und damit diskussionsfähig und überhaupt lösbar, wenn deren Ausgangsszenarium erfasst und damit auch der Ansatzpunkt für Änderungen und Verbesserungen gefunden ist. Erst eine Beseitigung der Ursachen kann überhaupt nur zu einer grundlegenden Veränderung/Verbesserung führen. Ein Kurieren von

Symptomen wird reine Zeitverschwendung sein und kann keinen Erfolg haben.

Die wesentlichen Veränderungen der deutschen Geschichte lassen sich kurz und einfach darstellen. 1871 entstanden, um in *drei* weltpolitischen Aktionen vernichtet zu werden. Wovon die Erste als Weltkrieg, mit imperialer Weitsicht, initiiert (s. Teil 2 dieser Überlegungen), die Zweite als Zweiter Weltkrieg mit einem riesigen Betrug aufgezogen, und mit einer anschließenden, phantastischen Propaganda selbst in den Ursachen verkehrt werden konnte. In der dritten Aktion konnten Betrug und Hinterlist endlich das Optimum erreichen: Statt wie zuvor Dritte in den Kampf zu schicken, konnte dieser endlich allein auf der politischen Bühne abgewickelt und per Plünderung Deutschlands (und Japans?) finanziert werden. Als Verbündete für die vorderste Front wurde die gesamte führende deutsche Politikaste, an der Spitze ein Kanzler namens Kohl, gewonnen, die sich *freiwillig* dazu bereit fand, das eigene Land und das eigene Volk mit politischem Feingefühl und der begleitenden Medienunterstützung zu liquidieren. Und dabei konnte nicht nur über Ursachen und Absichten getäuscht werden; diesmal konnte die gesamte Plünderung gar als deutsche Wiedervereinigung verkauft werden.

Es ist an der Zeit, es ist längst überfällig, dass ein Deutschland, das seine Väter und Grossväter verachtet und als militaristische Kaiserverehrer oder Weltverbrecher ansieht, dabei auch noch freudig das Sternenbanner schwenkt, endlich damit beginnt, die Wahrheit über die eigene Vergangenheit und Herkunft, über die momentane Lage, und damit auch über seine eigene, von Verbrechern und Hochverrättern geplante Zukunft selbst zu suchen. Oder es muss weiterhin das nehmen, was von anderen zugestanden wird.

Damit kommt es zur letzten Feststellung und Konsequenz: Wird die Wahrheit und werden die tatsächlichen Hintergründe der deutschen Geschichte offenbart, so muss dies fast zwingend zur Rückführung der US-amerikanischen Administration auf ihre gesellschaftlich vor-

gegebenen, rein defensiven Ziele führen, da deren aggressive weltpolitische Machenschaften von ihrer Tarnung befreit und damit die gesamte Unmoral offengelegt ist. Eine Unmoral, die im krassen Gegensatz zu allen Werten der US-amerikanischen Gesellschaft steht. Dies setzt natürlich voraus, dass diese moralische Basis für die amerikanischen Bewohner *tatsächlich den Stellenwert* hat, der immer vorgegeben wird.

Das Ziel einer Weltbeherrschung durch Rigoros-Kapitalisten unter dem Deckmantel des US-Staates war mit dem Scheitern des Vietnamkrieges abgeschlossen und wurde durch eine neue Strategie ersetzt. Eine Strategie, die die weltweite Auflösung aller Volkseinheiten erfordert, um Staaten auf Verwaltungseinheiten zu reduzieren und grosse Teile vormals staatlicher Macht auf internationale Organisationen zu übertragen, unter deren Schutz die direkte Machtausübung auf Grosskonzerne, sog. «Global Players» übertragen wird. Eine Strategie, die es selbst der Bundesrepublik Deutschland erlaubt, die kolonialen US-Ketten abzuschütteln und über die eigenen Konzerne weltpolitisch selbständig agieren zu können.

Ein, oberflächlich betrachtet, erstaunlicher Vorgang: Staaten entmachten sich selbst (oder doch nur das Staatsvolk?), um über riesige Wirtschaftsunternehmen weltweit «mitregieren» zu können.

Nun ist dies alles weder der deutschen noch einer der anderen Regierungen dieser Welt neu oder bisher unbekannt, ziehen sie doch mit an den zentralen Fäden. Wer aber immer mit diesem Wissen ein Volk regiert, der muss zum Einen alles unternehmen, um dieses Wissen nicht öffentlich werden zu lassen, womit *ein Rechtsstaat niemals existent sein kann* und zum Anderen ist damit *jede Art von Demokratie ausgeschlossen*, da eine Veränderung daraus nicht zulässig ist, würde sie doch das gesamte Herrschaftssystem dieser Welt gefährden: Das umfassende und diktatorische Herrschaftssystem einer Politclique.

Die dortige Mitgliedschaft war eine Versuchung, der auch die Sowjetführung mit und nach Gorbatschow nicht widerstehen konnte. Eine

Führung, die lieber Kapitalistenkönig von Russland statt Generalsekretär der UdSSR sein wollte!

Weltweit eine Clique von Politikern, die sich mit Lug und Trug eine totalitäre und tyrannische Königsrolle in ihren Ländern ergaunert, wobei sie die künftige Entbehrlichkeit ihrer Rolle offenbar selbst noch nicht erkannt hat! Regierungsträumer, eingesetzt als weltmachtpolitisches Frühstücksdirektorium, ausgestattet mit dem Traum, im Top-Management zu sitzen!

Ein Trost aber bleibt ihnen: Auch US-amerikanische Präsidenten waren schon immer nur Erfüllungsgehilfen mit eng begrenztem Spielraum.

Wäre der Text der deutschen Nationalhymne (dessen erste Strophe heute nicht mehr gesungen werden darf, weil die dort genannten Landesgrenzen nicht mehr zeitgemäss sind) nicht so alt, könnte leicht die Meinung entstehen, ein Zyniker hätte sich betätigt. Wie heisst es dort:

«Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland».

In allen Positionen reines Wunschdenken auf der Verkennung der real existierenden, mit Informationsfälschung und -unterdrückung betriebenen Politik. Die Einigkeit wurde wirtschaftlich untergraben, und an Recht und Freiheit ist gar nicht mehr zu denken, wird beides doch mit jedem Tag weiter abgebaut.

Die bundesrepublikanische Regierung hat es geschafft, sich aus ihrer Rolle als Protektoratsverwaltung zu lösen (Kohls historische Leistung) und vollwertiges und insbesondere zahlendes Mitglied in einer informellen Weltführungsmannschaft zu werden. Nicht nur, dass die einzelnen Völker offenbar zu unvernünftig für ein Zusammenleben sind, sondern müssen zu deren «Bestem» ausschliesslich Mittel wie Täuschung, Betrug, Entrechtung, Unterdrückung und Terror herhalten. Soll doch jede Volkseinheit durch über den Globus gestreute, in-

ternationalisierte Menschenmassen ersetzt werden, wobei jedem Einzelnen dann nichts anderes übrigbleiben wird, als täglich 24 Stunden um sein persönliches Überleben zu kämpfen.

Wer solches in Deutschland verhindern will, der kann es nur gegen das gesamte bundesdeutsche Politsystem, über alle heute kaum noch erkennbaren Parteigrenzen hinweg, erreichen. Denn die Gegnerschaften sind die alten geblieben. Rechts gegen links. *Was dazu an Korrektur noch fehlt, ist, die Position «rechts» neu und korrekt zu definieren!* Ist doch selbst diese grundsätzliche Positionierung der Scheinweltbildung der Medien zum Opfer gefallen. Also wenn links schon immer die Definition alles Sozialen war, bis zu seiner extremsten Form, dem Kommunismus, so muss rechts folglich immer das Gegenteilige sein. Im völligen Gegensatz zu jeder sozialen Gesellschaft aber steht eine nach ausschliesslich egoistisch-individuellen Werten ausgerichtete Gesellschaft. Danach ist der heute betriebene Rigoros-Kapitalismus die extremste Ausprägung einer solchen Gesellschaft, *also rechtsex-trem.*

Mit einem simplen Trick ist es der herrschenden Täuschungs- und Verdrehungselite gelungen, künstliche Gegnerschaften zu erzeugen, und sich selbst dabei auf einen fast schon als steril-politisch zu bezeichnenden Schiedsrichterstuhl in einer ominösen «politischen Mitte» zu plazieren. Von dort aus kann sie nun ganz elegant die steuern, die sich für eine soziale Gesellschaft engagieren. Die, die nach dem praktischen Scheitern ihres sozialistischen Traumes nach einem neuen Standort suchen, kämpfen gegen ihresgleichen, die diesen Standpunkt zusätzlich damit verknüpft haben, dass sie eine soziale Gesellschaft nicht international, sondern auf nationaler Basis wollen. Dies auch völlig unabhängig von jeder Art von Baseballschläger-Argumentation, die immer nur «der politischen Mitte» nutzt. Eine gesellschaftliche Veränderung wird, gleich mit welcher geringer Chance, immer nur ohne jede Gewalt (nicht nur weil die herrschenden Ganoven auch auf diesem Gebiet weit überlegen sind) erfolgreich sein können. Als einzige und gefährlichste Waffe kann allein die Wahrheit dienen. Und die Strategie ist die Aufklärung aller derer, denen heute

noch die Medien mit ihrem Gehirnwäscheauftrag die Augen verklebt haben, um sie daran zu hindern, diese Wahrheit sehen zu können.

Jede Gegenwehr gegen das herrschende Täuschungs- und Betrugssystem kann heute nicht mehr nur ein Bemühen um soziale Komponenten einer Gesellschaft sein, sondern es ist bereits ein Freiheitskampf gegen ein im Aufbau weit fortgeschrittenes, weltweites, diktatorisches, mit allen Machtmitteln ausgestattetes Verbrechersyndikat.

Es ist nichts banaleres als ein Kampf um Recht und Freiheit. Und dies nicht nur für Deutschland, sondern für alle Nationen. Ein Streit gegen eine von allen positiven, gesellschaftlichen Werten abgesetzte, informelle Clique internationaler Politganoven und ihrer korrumpierten Handlanger. Ein Ganovensystem, nicht nur nach gesellschaftspolitischen Kriterien, die meist nur eine Frage des Standpunktes sind, auch nicht allein nach Strafrechtsparagrafen, sondern selbst nach Menschen- und Völkerrechtsgesichtspunkten.

Ein mit allen staatlichen Machtmitteln ausgestattetes, auf korrumpierten Strukturen aufgebautes Politsyndikat schafft mit jedem Tag neue Fakten. Und dies schon lange nicht mehr nur de jure, sondern in immer verstärkterem Masse wird nur noch de facto regiert.

Mag das Grundgesetz auch nach Besatzungsdiktat erstellt worden sein, so enthält aber selbst dieses die Basis, von der aus das herrschende Syndikat bekämpft werden kann: GG Artikel 20, Abs. 4.

Wenn nicht das US-amerikanische Volk, wenn nicht die Grosskonzerne, wer aber steuert dann?

Wer oder was steht hinter der spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts im Namen der USA weltweit betriebenen Politik?

Die Weltpolitik des gesamten 20. Jahrhunderts *erscheint* zunächst wie ein US-amerikanisch erdachtes und geschickt durchgeführtes Monopolspiel. Ein Spiel zur Befriedigung von Machtsehnsüchten derer,

die die US-amerikanische Administration beherrschen. Ein Club von globalen Machtstrebern.

Für alle Machenschaften konnten nicht nur Schuldige, wenn schon nicht einfach gefunden, so doch konstruiert und vorgeschoben werden; noch viel besser: Selbst für die Umsetzung der US-amerikanischen Absichten konnten jeweils ein oder mehrere fremde Staaten gefunden und deren nationalen Ziele für eigene Zwecke genutzt werden. Und diesen fremden Staaten konnten nicht nur die erforderlichen Opfer an Menschen abverlangt, sondern selbst noch die Kosten aufgebürdet werden. Wie Frankreich im Ersten, so der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.

Seit die Verbrechen und Machenschaften nicht mehr hinter den USA versteckt werden und diese ihre Absichten hinter anderen Staaten verbergen konnten, werden heute eben UNO, NATO usw. vorgeschoben. Wie schon zuvor, so wird auch dieser Schritt eng begleitet und betreut von Hollywood und den «freien» Medien.

Sind zunächst die aussenpolitischen Pläne und Machenschaften der USA hinter anderen Staaten und Organisationen gedeckt, so führt das Fehlen jedes nationalen und demokratischen Charakters solcher Ziele direkt zu den dahinterstehenden Interessen einer die US-Politik dominierenden Gruppe, und ergibt so letztlich eine Struktur der **Mehrfachtarnung** der eigentlichen, ursächlichen und verantwortlichen Macher der gesamten, im Namen der USA praktizierten Politik. Und sollte selbst diese Doppeltarnung nicht ausreichen, so stört es die verantwortliche Gruppe auch nicht im Geringsten, ein altes, kleines Volk als verantwortlich für alle im US-amerikanischen Namen begangene Ganovenpolitik titulieren zu lassen. Hat man diesem alten Volk doch nach Tausenden von Jahren, auf Kosten des palästinensischen Volkes, mit Hilfe deutschen Geldes und zu Lasten der deutschen Seele endlich «eine Heimat» gegeben, so wird dieses Volk noch auf lange Zeit hin seine Staatsgründung mit seinen Lügen zu angeblichen deutschen Verbrechen bezahlen müssen.

Die verantwortliche Gruppe besteht aus einem Zusammenschluss von Individualisten mit gleichgelagerten Interessen! Eine totalitäre Gruppe, die die formal demokratischen Strukturen der USA dominiert und manipuliert! Eine Gruppe, jenseits jeder Art von Demokratie, staatlicher Rechtsgebundenheit und nationalem Denken!

Denn es werden weder nationale, noch demokratische Ziele verfolgt! Und die angewendeten Methoden bewegen sich weit ausserhalb jeglicher Gesetze und fernab von allen gesellschaftlichen Werten.

Um Deutschland, eines der Völker mit der «frischesten» nationalen Bindung, Kultur, Identität und Kraft (also auch *der Kraft zur Unabhängigkeit!*), allein aus seiner Lage der Schlüssel zu Europa, für immer seiner Unabhängigkeit zu berauben, mussten ihm nicht nur *zwei Weltkriege* aufgezwungen werden. Waren damit doch auch seine gesellschaftlichen Werte möglichst für alle Zukunft auszuschalten (*das deutsche Volk, die Indianer Europas*).

Wo aber ist nun diese Gruppe angesiedelt? Welches waren die Ursachen, solche Ziele zu definieren und solche Politik zu betreiben (oder: in Auftrag zu geben)?

In der Geschichte gab es zu verschiedenen Zeiten dominante Mächte und grosse Reiche. Ägypter, Perser, Griechen, Römer usw. Alle waren an innerer Schwäche und äusserem Druck untergegangen. Alle hatte sie ihre letzte Schlacht verloren.

Nur das grösste und mächtigste aller Reiche, das Kolonialreich des Britischen Empire, *nutzte zwei gewonnene Weltkriege*, nicht um unterzugehen, sondern um von der Bildfläche zu verschwinden, zum einfachen Abtauchen.

Ein Wunder. Das Paradoxum der Weltgeschichte.

Folgen Sie seiner Spur, lösen Sie dieses Paradoxum auf, und Sie verstehen erstmals die tatsächliche Weltgeschichte der letzten 100 Jahre.

Denn es, das Britische Empire, entwickelte die Politik des 20. Jahrhunderts!

Sowohl die englischen als auch die US-amerikanischen, nationalen Interessen sind seitdem nicht mehr an den Bedürfnissen der dort lebenden Völker oder Menschen ausgerichtet, und wurden schon gar nicht zu deren Vorteil und Nutzen betrieben.

Nationale Interessen zweier Staaten waren von privaten Geschäftsleuten okkupiert und in IHREN Dienst gestellt worden!

Liegen schon die Anfänge und Ursachen des üblen 20. Jahrhunderts nicht in Deutschland, so sind auch die letzten Ziele und Absichten nicht auf Deutschland begrenzt. Beides war und ist Weltpolitik, und nur dort finden sich auch Anfang und Ende.

Nur wer die Grundlagen kennt, kann in diesem «freien Wettbewerb der Kräfte» überhaupt mitspielen. Eine Mord- und Totschlaggesellschaft ohne Gesetze und ohne Einschränkungen soll installiert werden. Dort ist der grösste Fehler oder das schwerste Vergehen jedes Einzelnen der, persönlich nicht erfolgreich zu sein und damit nicht oben zu sitzen. Was für ihn dann zur Konsequenz hat, dass er in dem gesellschaftlichen Bereich angesiedelt ist, für den nun doch wieder Gesetze gelten. Erfolglose können dem Korruptionssystem einfach nicht die erforderliche und erwartete Gegenleistung dafür bieten, dass es ihm den Vorteil zukommen lässt, «im Recht» zu sein und «Recht zu haben». Ein Geschäft besteht nun einmal grundsätzlich aus Leistung und Gegenleistung, aus kaufen und gekauft werden.

Wären nun diese gesellschaftlichen Grundlagen aber für jedermann einfach erkennbar, so wäre er ein Narr oder ein unverbesserlicher Ide-

alist, wenn er nicht wirklich jedes Mittel, und sei es Mord und Totschlag, anwendet, um sein Korruptionspotential und damit seine gesellschaftliche Stellung möglichst bis zur *Prominenz*-Ebene zu steigern. Vielleicht gar so weit zu steigern, dass er für *seine* Machenschaften *sein* Recht bekommt. Noch weitaus fataler müsste sich die Verallgemeinerung der gesellschaftlichen Hintergrundregeln aber für die auswirken, die allein auf Grund ihrer persönlichen Vermögen die gesamte Entwicklung steuern und beherrschen. Zumindest die Bequemlichkeit der Beherrschung würde verloren gehen. Wären dann doch nicht mehr einige Wölfe Vorsitzende einer Schafherde, sondern müssten Wölfe auf allen Etagen permanent gegen Wölfe kämpfen. Die Folge wäre das Ende jeder menschlichen Gesellschaft, oder: Nach vorn zurück in die tiefe Vergangenheit. Aber dies wollen selbst die Oberwölfe nicht. Für ihre Herrschaft brauchen sie unbedingt eine Schafherde, ausschliesslich geschaffen und unterhalten durch die Vortäuschung angeblich allgemeingültiger, hoher gesellschaftlicher Werte, hinter denen sie *ihren* Geschäften nachgehen und *ihre* Politik betreiben können. Das gesamte System ist in seiner Existenz also zwingend auf Täuschung und Betrug angewiesen.

Die einzig wirklichen Gefahren, denen das gesamte Vorhaben immer ausgesetzt war und auch noch heute ist, liegen also in den Grundlagen. Ein nicht umsonst hinter Lug und Trug verstecktes Vorhaben lässt sich recht einfach allein schon durch die Aufklärung und Offenlegung der objektiven Wahrheit zu den tatsächlichen Machenschaften, Abläufen und Geschehnissen entlarven, und damit auch letztlich in seinen Absichten und Plänen verhindern.

Es sei denn, dass die terroristische Weltdiktatur des Grosskapitals (nur ihm steht zur Durchsetzung der eigenen Interessen auch ihr Staat machtvoll zur Seite) in der betriebenen und angestrebten Form weltweit auch von den schon heute und insbesondere den künftig Diktierten gewollt wäre.

Aber dann würden Lug und Trug nicht benötigt.

Abschluss

Sollten mit diesen Überlegungen ursprünglich nur Fragen zur deutschen Wiedervereinigung beantwortet werden, so sind viele der gefundenen Antworten «weit über das Ziel hinausgeschossen». Allein das gewählte Vorgehen führte zu Antworten auf Fragen, die so nicht gestellt waren. Diese zufällig gefundenen Antworten zeigen aber spätestens jetzt, zum Abschluss dieser Überlegungen und Analysen, dass endlich der tatsächliche deutsche Anteil an der Politik des 20. Jahrhunderts auf dem Tisch liegt. Zu einem Gesamtverständnis fehlen aber noch immer die Ursachen und Urheber. Beides ist aber von einem Standpunkt Deutschland nicht analysier- und auch nicht erkennbar. Die Weltpolitik, in der Deutschland während des gesamten 20. Jahrhunderts nur eine, seine, Rolle spielte, wurde anderenorts geplant und betrieben. Damit können die gesamten Hintergründe der Politik des 20. Jahrhunderts nur dort aufgefunden werden, wo sie erdacht und betrieben wurde: Auf weltpolitischer Ebene.

Da erst die weltpolitischen Entwicklungen und Hintergründe zu den Urhebern, *ihren* Problemen und Zielen führen, können wir sie, allein für unser Gesamtverständnis, nicht unbedacht und ungewürdigt lassen. Erst ein auf objektive Fakten gegründetes Gesamtbild kann letztlich überzeugen. Nur müssen wir dazu unseren eigenen, bisherigen Standpunkt verlassen. Wir müssen von Deutschland auf weltpolitisches Parkett abheben.

Denn nur auf dem Niveau, wo die Probleme lagen, und wo über deren Lösung nachgedacht, geplant und politisch agiert wurde – nur wenn wir uns ebenfalls auf dieses Niveau begeben – haben Überlegungen und Analysen überhaupt die Chance, mit ihnen die für die Zukunft so wichtigen und richtigen Erkenntnisse aus der Vergangenheit zu gewinnen.

Mit gleichlautendem Anschreiben wurde sowohl dem Abgeordneten Dr. Helmut Kohl, als auch allen anderen Bundestagsabgeordneten der Teil 1 dieses Buch zugestellt.

Gerrit Ullrich
 Albrecht-Dürer-Str. 2
 52351 Düren
 Tel/Fax (02421)292296
 den 2.10.2000

Gerrit Ullrich, Albrecht-Dürer-Str. 2, 52351 Düren

Herrn Dr. Helmut Kohl MDB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gegen staatliches Verbrechenum

Sehr geehrter Herr Dr. Kohl!
 Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Nachdem ich zunächst in mehrjähriger Arbeit einen zentralen Teil der hochkriminellen Machenschaften der Kohlregierung im Zusammenhang mit der deutschen Wi(e)dervereinigung aufgeklärt, im Detail nachgewiesen und in einer Dokumentation beschrieben hatte, sich parallel dazu alle rechtsstaatlichen Mittel und Wege als untauglich für eine Aufklärung von Staatsverbrechen einer Bundesregierung erwiesen, stand ich vor der damit verbundenen, letzten Frage:

Wie ist soetwas möglich und was motiviert eine Bundesregierung zur Anweisung elementarer Verbrechen gegen das eigenen Volk, die eigenen Bürger, je sogar gegen die eigenen Wähler?

Wenn zur Auffindung der Antworten auch ein etwas größerer Umweg über und durch die deutsche Geschichte erforderlich war, so ist heute auch diese Frage beantwortet. Und noch Manches mehr.

Ihnen als gewähltem Volksvertreter will ich die gefundenen Antworten nicht vorenthalten, führen sie doch letztlich zu nichts Geringerem, als zu einem völlig veränderten Bild der deutschen Vergangenheit, zum Verständnis von ansonsten wunderlichen, aktuellen, politischen Entscheidungen und selbst die damit angestrebten Ziele werden erkennbar.

Wenn vielleicht auch manche meiner Überlegungen detaillierungsbedürftig sind, so ist aber die gesamte politische Situation der Bundesrepublik Deutschland aufklärungs- und diskussionswürdig und insbesondere -bedürftig. Und dabei sehe ich Sie als federführende Initiatoren, zumindest aber, im Gegensatz zu den ansonsten üblichen Gepflogenheiten der Unwissenheit, als (jetzt) Informierte und für Deutschlands Gegenwart und Zukunft Verantwortliche.

Das beiliegende Buch erhalten Sie von mir kostenlos. Sollten Sie meine Bemühungen für einen demokratischen, deutschen Rechtsstaat aber weitergehend unterstützen wollen, so hätte ich gegen eine Bezahlung der umseitigen Rechnung nichts einzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage
 1 Exemplar des Taschenbuches: „Die deutsche Fieberkurve“

Eine Antwort des «Volksvertreter» Dr. Kohl liegt nicht vor.
 Daher soll von den wenigen, schriftlichen Antworten der angesprochenen und informierten Abgeordneten das Schreiben im Auftrag von Frau Kaspe-
 reit, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im

Deutschen Bundestag, exemplarisch und nicht nur für die Fraktion der SPD stellvertretend, vorgestellt werden.

FRAKTION DER SPD

Herrn
Gerrit Ullrich
Albrecht-Düre-Straße 2
52351 Düren

IM DEUTSCHEN
BUNDESTAG

**Büro Stv. Vors. Kaspereit MdB
Dr. Walter Zöllner**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-55883
Fax: (030) 227-76728


Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt
den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande,
bitte Nr. (030) 227-0 (Vermittlung Deutscher
Bundestag) anrufen

Berlin, 12. Oktober 2000

Sehr geehrter Herr Ullrich,

Sie haben Frau Kaspereit MdB dankenswerter Weise Ihre Broschüre „Die deutsche Fieberkurve“ übersandt. Nach Durchsicht sind wir zu der Ansicht gelangt, dass sie sich nicht zur Einbeziehung in unsere politischen Überlegungen eignet und senden sie zu unserer Entlastung zurück.

Mit freundlichen Grüßen



Die deutsche Fieberkurve

Überlegungen zur Politik

Teil 2

von G. Ullrich

Gewidmet:

Der Freiheit aller «demokratisierten» Völker und ihrer Kultur

© Copyright
GUWG-Verlag, Rathausstrasse 51, 50169 Kerpen-Horrem

1 Einleitung

Die heute bekannte und von den Medien einheitlich und flächendeckend verbreitete Ansicht vom politischen Zustand dieser, unserer Welt wird immer mehr ein vom *tatsächlichen Sein* völlig losgelöst *konstruierter Schein*. Ein Schein, der wie ein wabernder Nebelschleier den Blick auf das Sein verhindert. Ein Schein- und Trugbild wird projiziert, das in seiner Unstimmigkeit fast für jedermann fühl-, aber von nur wenigen, und dann häufig nur auf Einzelpunkte begrenzt, durchschaubar ist.

Schon im ersten Teil dieser Überlegungen konnten allein unter Verwendung objektiver Fakten grosse Teile des Scheinbildes durchdrungen und die dahinter verborgengehaltenen Wahrheiten gefunden und offengelegt werden. Was nun noch fehlt und bleibt, um endlich ein vollständiges Bild von den tatsächlichen Absichten und Hintergründen von der Politik des 20. Jahrhunderts zu erhalten, ist deren Ursachen und Urheber aufzudecken.

Selbst ernsthaften Geschichtsforschern und ihren Arbeiten ist es bis heute nicht gelungen, ohne Dogmen und ohne Wunder (in der Politik!) auszukommen. Verschiedene politische Ereignisse sind offenbar «nicht erklärbar» und erfordern deshalb eine Verklärung ins Übersinnliche. Eine eigenartige Wissenschaft, die sog. Geschichtsforschung. Dass dabei häufig das 20. Jahrhundert gar als Hochzeit des Absolutismus herhalten muss, ist bezeichnend. Werden doch von der offiziellen Geschichtsschreibung «unpassende» Vorgänge mit angeblichen Eigenarten oder irgendwelchen Äusserungen von Einzelpersonen wie z.B. Wilson, Roosevelt oder Churchill begründet. In gleicher Täuschungs-Linie ist nicht nur die «RooseveltDiktatur», sondern auch der Begriff des «Systems Kohl» angesiedelt.

Das bekanntermassen erste der nur mit notdürftigsten Erklärungen versehenen, weltpolitische Ereignis ist der Erste Weltkrieg. Insbeson-

dere, was die Ursachen angeht, die zu seiner Entstehung und zu seinem Ausbruch führten. So mussten bisher der damalige Zeitgeist, die betriebene (offenbar grundlose) Bündnispolitik und politische Unfähigkeit im Krisenmanagement als Erklärung für fehlende nationale Interessen und offensichtlich «zufällige» Kriegsergebnisse und -folgen herhalten.

Nachdem in einem ersten Schritt die tatsächlichen Zusammenhänge und politischen Ursachen des Zweiten Weltkriegs und die daran anknüpfende Entwicklung offengelegt wurden, soll es die Aufgabe der hier aufgestellten Fragen und Analysen sein, den Vorspann dazu aufzudecken. Die Initiatoren und deren Helfer, die ursächlichen Anlässe, die entwickelten Pläne sowie deren Umsetzung erscheinen dringend hinterfragenswert. So soll es im Kern der folgenden Überlegungen darum gehen, die zentralen politischen Vorgänge auszuleuchten, die den Anfang des 20. Jahrhunderts bestimmten und prägten. Und vielleicht lassen sich dabei auch die tatsächlichen Urheber finden.

Zusammengefasst lautet die hier zu beantwortende Frage:

Wer hatte wann welchen Grund, eine politische Entwicklung zu planen und damit in Gang zu setzen, wie sie während des 20. Jahrhunderts umgesetzt wurde, und die bis zu den Zuständen führte, wie wir sie heute «geniessen» dürfen?

Versuchen Sie, sich selbst gedanklich in weltpolitische Dimensionen zu versetzen. Denn einzig auf dieser Ebene spielte und spielt die Musik.

Scheinwerfer leuchten auf. Ein alter Mann steht allein auf einer grossen Bühne. Auf den Rängen die englische Nation.

«Mr. Churchill, erzählen Sie uns von Ihrer fast 40-jährigen, arbeits- und erfolgreichen Politik für unser englisches Vaterland».

Der Mann auf der Bühne, Sir Winston Churchill, greift mit beiden grossen Händen in seine Hosentaschen. Ein irritierter Blick. Fragendes Erstaunen zeigt sich auf seinem Gesicht. Die Hände kehren das Futter der Hosentaschen nach aussen. Nichts. Nur das blanke Futter erscheint. Der irritierte Blick wendet sich suchend nach allen Seiten. Ein überraschter und entrüsteter, bis in die letzten Reihen hörbarer Aufschrei:

«Wo ist das Empire, wo ist unser Empire geblieben? Wo und wann habe ich in meinen letzten 40 Jahren unser Britisches Empire verloren?»

Schlurfend und deutlich niedergeschlagen verlässt Englands grösster Schauspieler die Bretter, die die Welt bedeuten.

2 Überlegungen

Auf der Suche nach den Anfängen

Kaum jemand, der nicht zum internen Kreis derer gehört, die diese Welt beherrschen und steuern, kann heute, zumindest nach der offiziellen Geschichtsschreibung, verstehen, was im 20. Jahrhundert politisch passiert ist, welche Ziele verfolgt wurden, und wer diese Politik aus welchen Gründen initiiert hat.

Zum Auffinden der Antworten muss zuvor jeder nationale Standpunkt verlassen werden. Man muss nicht nur davon, sondern auch von jeder tagespolitischen Ebene abheben. Wer Politik in ihrem Kern verstehen will, darf sich weder vom Tagesgeschehen, noch von Legislaturperioden beeinflussen und eingrenzen lassen. Politische Konzepte

und Strategien werden für längere Zeiträume, manchmal für 30 und mehr Jahre, «gestrickt».

Wenn nicht davon ausgegangen werden soll, dass die gesamte politische Entwicklung und insbesondere die heute erreichten Zustände nur «nacktem Zufall» entspringen, so muss es Ursachen, Pläne und auch Urheber geben. Urheber, die weltpolitisch dachten und planten, also bildlich gesehen über dieser Welt wie über einem Sandkasten hockten.

Jede Suche und Fragestellung, soll sie überhaupt eine Erfolgchance haben, muss immer auch auf der Position und Ebene angesiedelt sein, von der aus das Vorhaben ursprünglich entwickelt wurde. Nur so kann es möglich werden, plausible Antworten zu finden. Fragen zu einer Weltpolitik, die zwar mit Nationen wie z.B. Deutschland und anderen national-europäischen Grossmächten der damaligen Zeit plante und spielte, lassen sich weder aus Einzeldokumenten, noch weniger aus Einzeläusserungen beteiligter Personen ableiten. Beides bestenfalls ein Stochern im Kaffeesatz. Nur im Zusammenhang und von einem übergeordneten Standpunkt ist ein Aufarbeiten möglich. Zentral soll es um die Frage gehen:

Wer oder was steht hinter der weltweit, seit Anfang des 20. Jahrhunderts, zum Vorteil der USA, betriebenen Politik?

Da im Resultat die Vorteile des Ablaufs der Weltpolitik des gesamten 20. Jahrhunderts bei den USA liegen, *muss es zunächst so erscheinen*, als wäre alles vergleichbar mit einem US-amerikanisch erdachten und geschickt durchgeführten Monopolspiel.

Da dieses Spiel aber nicht dazu geführt hat, dass heute die amerikanische Bevölkerung in einem «goldenen Käfig» sitzt und von dort die restliche Welt beherrscht, hatte das Spiel folglich schon bei seiner Initiierung andere Ziele. *Und die waren keine demokratischen Ziele.* Denn wären die USA tatsächlich nichts anderes als eine Demokratie, so wären andere Ziele als die bestmögliche Wohlfahrt der eigenen

Bevölkerung nicht möglich. Dass aber eine nationale Wohlfahrt weder erreicht ist, noch überhaupt angestrebt wurde und wird, kann jeder selbst erkennen.

Dass die USA heute die Welt dominieren, ist auch kein Geheimnis. Nur zu wessen Nutzen, wenn schon nicht zum Nutzen der eigenen Bevölkerung, beherrschen die USA den Rest der Welt?

Für wen und in wessen Auftrag arbeitet die US-Administration?

Es war und ist eine Politik zur Befriedigung von Machtsehnsüchten derer, die ihrerseits wiederum die USA beherrschen. Ein Club von globalen Beherrschern und Machtstrebern. Nur entsteht selbst im «Land der unbegrenzten Möglichkeiten» ein solcher Club nicht «über Nacht» oder wächst aus dem Nichts.

Auch ist die Aufstellung, und insbesondere die konsequente Umsetzung eines 100-Jahres-Planes zur Erlangung der bestehenden Machtverhältnisse, selbst innerhalb eines überschaubaren Clubs oder einer Gruppe, allein eingeschränkt durch die auch dort vorherrschende, biologische Fluktuation, nur schwerlich vorstellbar. Weitaus eher ist von einer schrittweisen Planung auszugehen, wobei die einzelnen Schritte letztlich durch die gleichgebliebenen Wertstrukturen der jeweiligen Initiatoren ihren Zusammenhalt finden. *Nur mit dem ersten dieser Schritte und mit seinen letzten Konsequenzen wollen wir uns hier beschäftigen.*

Um bei der hier anzustellenden Analyse Spekulationen und Hypothesen möglichst einzuschränken, bedarf es Fakten. Nur sind Fakten, je nachdem was gesucht wird, wiederum erst selbst zu suchen, um dann unter ihrer Verwendung und Verknüpfung den gesuchten Zusammenhang zu finden. Nur liegen Fakten bei politischen Hintergrundfragen selten einfach so herum. Sind sie aber einmal gefunden, so muss ihre Verknüpfung zu einer Objektivierung führen, womit dann auch die ursprüngliche Motivation offengelegt werden kann.

So war das heute erkennbare politische Ziel der Ereignisse des 20. Jahrhunderts offenkundig immer mit der Erringung der Weltbeherrschung auf das Engste verknüpft.

Eine Weltbeherrschung allein muss, bei näherer Betrachtung, aber immer als Mittel zum Zweck eingestuft werden, um mit der so gebündelten Machtfülle ein letztes Ziel zu erreichen.

Ist es aber denkbar, dass eine Weltbeherrschung angestrebt wurde, ohne dass ein letztes, damit zu erreichendes Ziel von den Planern überhaupt definiert war? Eine Weltbeherrschung als vorläufiger Selbstzweck, vielleicht geboren aus einer aussergewöhnlichen Notlage? War vielleicht die Weltbeherrschung nur ein willkommener Nebeneffekt?

Die politische Lage anno 1900

Zurück zu den Anfängen und Ursachen. Zurück zu dem Zeitpunkt, an dem eine Macht sich selbst für so mächtig einschätzte, dass sie sich zutraute, eine weltumfassende Planung für ihre Ziele zu entwickeln und aufzubauen.

Da die weltpolitische Entwicklung ein kontinuierlicher Prozess ist, bei dem das zeitliche und thematische Herausschneiden einzelner Abschnitte immer problematisch ist, müssen die Definition des Startzeitpunktes und die zu diesem Termin herrschenden Zustände zunächst abgegrenzt werden.

Als Ausgangspunkt der bis heute andauernden Entwicklung wollen wir uns auf die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert festlegen.

Der Grund für diesen Termin ergibt sich allein aus der Datierung des Ersten Weltkrieges und seiner auch heute noch dunklen Vorgeschichte und den wenig überzeugenden, nationalen englischen Interessen.

Da mit dem Ersten Weltkrieg eine Erschütterung und Veränderung der zuvor herrschenden, weltweiten Machtordnung stattfand, kann und *muss* unterstellt werden, dass die nach dem Krieg eingetretenen Veränderungen, wenn auch nicht im Detail, so aber doch in ihren Eckwerten schon bei Kriegsausbruch beabsichtigt, also das Kriegsziel einer der beteiligten Parteien war. Ein Weltkrieg entsteht nicht zufällig. Er wird auch nicht durch ein paar Pistolenkugeln ausgelöst. Noch weniger führt ein Weltkrieg zu zufälligen Ergebnissen.

Somit muss der Zeitpunkt, an dem die Planung zur Herbeiführung der Weltkriegsveränderungen erstellt wurde, zeitlich vor diesem datieren. Stellt ein Krieg für alle daran beteiligten Parteien immer ein Risiko dar, so muss jeder, der ihn plant, nicht nur einen passenden Anlass schaffen, sondern auch die machtpolitischen Karten so verteilen, dass sein Risiko, den selbstinszenierten Krieg zu verlieren, möglichst gering ist. Da auch diese Vorbereitung ihre Zeit braucht, wollen wir uns auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert festlegen.

Zunächst sollen die damals herrschenden politischen Machtverhältnisse betrachtet werden. Dazu reicht es völlig aus, allein die Mächte zu berücksichtigen, die überhaupt in der Lage waren, eine weltpolitische Entwicklung zu steuern. Also, welche Mächte bestanden, konnten überhaupt ein Interesse an einer Weltbeherrschung haben und verfügten dabei auch über die Macht, einen Weltkrieg mit hoher Siegeszuversicht einfädeln zu können?

Da gab es die nationalstaatlichen europäischen Grossmächte, von denen sicherlich jede an eigenem Machtzuwachs so viel mitnehmen wollte und würde, wie zu kriegen war. Nationales und imperiales Denken eben. Nur, eine Vernichtung und Unterwerfung aller anderen Grossmächte war eine etwas andere Dimension. Eine Dimension, die immer jenseits jedes nationalen Denkens und aller nationalen Werte stehen musste. Vom Widerspruch zu den gültigen gesellschaftlichen Werten und Volksmoralitäten überhaupt nicht zu reden. Daher würde keine der wie auch immer regierten Grossmächte für ein solches Ziel

je die Zustimmung der eigenen Nation erhalten haben. Dies auch völlig unabhängig davon, dass kein Volk jemals einen Vorteil daraus gewinnen kann. Eine Weltbeherrschung war für alle nationalstaatlichen Mächte also letztlich nichts anderes, als eine nicht erstrebenswerte Utopie. Fehlte ihnen dazu doch nicht nur die Macht, sondern auch das unbedingt erforderliche nationale Interesse, um ein solches Vorhaben auch nur planerisch anzugehen. Vom Fehlen jedes rechtlich-moralischen Anspruchs ganz zu schweigen.

Trotzdem sollen die überhaupt in Betracht kommenden Mächte kurz angesprochen werden.

Zunächst Russland. Ein Russland, das mehr Probleme mit sich selbst hatte, als mit dem Rest der Welt. Frankreich, seit 1871 auf der permanenten Suche nach einem Weg, die damals erlittene Schmach zu korrigieren, sich allein einen solchen Schritt aber nicht zutraute. Österreich-Ungarn, ein gegen den eigenen Untergang «strampelndes» Vielvölker-Staatsgebilde. Und das Deutsche Reich? Gerade mal 30 Jahre alt, war es doch erst dabei, sich selbst zu finden, in seiner neuen Macht zu schwelgen und die Folgen des ansteigenden Wohlstandes zu geniessen. Die USA? Sie waren nicht nur weit weg, sondern selbst bei den anderen Mächten hoch verschuldet und hatten genug mit sich und dem eigenen Kontinent zu tun.

Bleibt noch England anzusprechen, die damals, Anfang des 20. Jahrhunderts, dominierende Macht. Ein England, das dank seiner kolonialen Besitzungen und deren wirtschaftlicher Ausbeutung machtpolitisch über allen anderen stand und unter dem Titel Britisches Empire «firmierte».

Auch wenn das Britische Empire als Weltmacht eingestuft werden muss, so lagen doch zumindest alle europäischen Grossmächte und die USA, wie sie bis zum Ende des ersten Weltkriegs bestanden, weitestgehend ausserhalb seines Machtbereiches. Englands Macht endete an den Grenzen der anderen europäischen Grossmächte, womit das Britische Empire letztlich eine Kolonialmacht, geographisch eine «Halbe-Weltmacht» war.

Haben wir noch einen übersehen? Gab es vielleicht neben den nationalstaatlichen Mächten noch eine andere, reale Macht, die als solche zu erwähnen und beachten wäre?

Bevor wir danach suchen, soll zunächst das wohl wunderlichste politische Ereignis des 20. Jahrhunderts kurz angesprochen werden.

Betrachtet man die gesamte bekannte Weltgeschichte, so gab es auch zu frühen Zeiten grosse Reiche und Herrschaftsgebiete. Ob Ägypter, Perser, Griechen, Römer; alle waren letztlich am Verlust innerer Stärke und an äusseren Einflüssen zugrunde gegangen. Sie hatten irgendwann, irgendwo eine letzte Schlacht verloren. Davon nun völlig abweichend war im 20. Jahrhundert mit dem Britischen Empire das grösste aller Reiche untergegangen,

das nicht nur keine letzte Schlacht verlor, sondern das zu seinem eigenen Untergang gar zwei gewonnene Weltkriege benötigte!

Ein offensichtlich paradoxer Vorgang.

Die Ursachen

Jeder Nationalstaat schöpft seine Macht aus der Leistungskraft seines eigenen Volkes und einem zweiten Faktor. Die Leistungskraft jedes Staates ergibt sich aus der Grösse, also der Kopfzahl seiner Nation, dessen Fähigkeiten und Antriebskräften.

Wenn, allein zur Vereinfachung, die Fähigkeiten und Antriebskräfte vernachlässigt werden, so bleibt zunächst die nackte Kopfzahl eines Volkes als der zentrale Faktor seiner Leistungskraft. Zum Ausgleich eigener Defizite hatten manche Nationen es in der Ver-

gangenheit verstanden, diesen Faktor dadurch zu erhöhen, dass sie machtpolitisch unterlegene Kulturen und Völker unterwarfen, so dass deren Leistungskraft zu der des eigenen Volkes hinzuaddiert werden konnte.

Nun ist die Leistungskraft aber nur der eine, der momentane «Brunnen», aus dem staatliche Macht geschöpft wird. Die zweite, weitaus tiefere und wichtigere Machtquelle, ist der angesammelte Bestand, die Gesamtsumme der Leistungskraft der Vergangenheit, die nicht sofort verbraucht und konsumiert wurde und unter dem Begriff *Vermögen* gespeichert werden kann.

Jede der europäischen Mächte, bis hin zu Mittel- und Kleinmächten, hatte sich Anfang des 20. Jahrhunderts irgendwo auf dieser Welt grosse und kleine Flecken zugeeignet, die jede versuchte, zum eigenen Vorteil und Nutzen maximal auszubeuten. Die mit riesigem Abstand, insbesondere was den wirtschaftlichen Ausbeutungserfolg angeht, führende Macht war England, das sein Imperium unter dem Begriff des Britischen Empire zusammengefasst hatte.

Englands Jahrhunderte andauernder Aufstieg zur Weltmacht war gegründet auf die Unterwerfung und die anschliessende Ausbeutung militärisch unterlegener Kulturen und Völker. Anfänglich, wie auch z.B.

von Spanien praktiziert, als ausschliesslich staatliche Beutezüge betrieben, dominierte England über alle Konkurrenten. Ein England, das selbst vor staatlich sanktionierter Piraterie nicht zurückschreckte. Aber nicht deshalb dominierte letztlich England. Es dominierte, weil der englische, als Demokratie organisierte Staat es verstanden hatte, die gesamte Nation ganz direkt an den kolonialen Bereicherungen und Plünderungen partizipieren zu lassen. Der direkte staatliche Anteil der damit verbundenen Arbeit war auf die machtpolitische und militärische Unterwerfung und Sicherung reduziert, während **die gesamte wirtschaftliche Ausbeutung privaten Personen und Gesellschaften übertragen wurde**, die anschliessend den staatlichen Anteil in Form von Beutesteuern abführten.

Das Britische Empire entstand als Abbild der englischen Gesellschaft: Ein politisch-militärischer Staatsapparat als Beherrschungsinstrumentarium, und daneben *die zweidimensionale englische Gesellschaft*, die wie überall auf der Welt in Adel und Volk aufgeteilt war, wobei die Besonderheit Englands darin lag, dass *das Volk*, das auch die Regierung wählte, demokratisch organisiert war. Eine eigenartige Konstruktion. Hatte sie dazu geführt, dem englischen Volk grösstmögliche Rechte und Freiheiten zu gewähren, so stand darüber ein allein vermögensseitig abgegrenzter Adel mit weitestgehend gleichen Rechten. *Der englische Land- und Geldadel*, dessen Gesamtheit den Kern und die Stütze der englischen Gesellschaft bildete, hatte die gleichen Rechte wie jedermann, verfügte aber über die weitaus grössten Anteile am Volks- und insbesondere am Kolonialvermögen. Bei ihr, der englischen Oberschicht, hatte sich die koloniale Beute in Form grosser Vermögen anhäuften.

Dem Volk seine Demokratie und die Regierungsgewalt, der Regierung die soziale Verantwortung und der adligen Oberschicht die Vermögen, das war und ist die englische Gesellschaft.

Damit sass die englische Regierung seit ihren demokratischen Anfängen immer auf, manchmal auch zwischen, zwei Stühlen. So war sie zu allen, bis heute andauernden, demokratischen Zeiten gezwungen,

allein zum weiteren Bestand der gesamten Nation die Interessen beider Gesellschaftsteile zu berücksichtigen.

Die englische Gesellschaftsstruktur entsprach damit weitestgehend der eines kapitalistischen Unternehmens, wobei die Regierung das Top-Management, das Volk die Arbeitnehmer und der Adel die Eigentümer, d.h., die Kapitalgeber repräsentierten.

Soweit an dieser Stelle zu den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten Britanniens und seines Empires.

Die Jahrhunderte der kolonialen Ausbeutung hatten bis zum Jahre 1900 zu einer phantastischen Anhäufung von Vermögen im englischen Hoheits- und Machtbereich geführt. Also nicht so sehr die jährliche Wertschöpfung und Wirtschaftskraft, sondern deren Ergebnisspeicherung in Vermögensform ist das weitaus Beachtenswertere. Musste doch schon Napoleon am Einsatz des englischen Vermögens scheitern, auf dessen Basis der Krieg für die anderen Kontinentalmächte überhaupt erst führbar wurde.

Neben dem auch nicht unbedeutenden Staatsvermögen befand sich der weitaus grössere Teil des Vermögens des British Empire Anfang des 20. Jahrhunderts in Privathand, und sein Einsatz unterlag privaten Interessen und Entscheidungen. Da die Ausbeutung der Kolonien nun nicht etwa über Publikumsgesellschaften stattfand, sondern über Gesellschaften abgewickelt wurde, die nur über eine überschaubare Anzahl von Gesellschaftern und Profiteuren verfügte, hatte die koloniale Ausbeutungspolitik zu einer starken Vermögenskonzentration in privaten, über ihre Adelsstellung dem englischen Staat eng verbundenen, Händen geführt.

Neben dem staatlichen Britischen Empire war ein privates Empire entstanden, d.h., der englische Adel hatte seine englischen Besitztümer um koloniales Vermögen ergänzt.

Auch innerhalb dieser englischen Privatvermögen kann nochmals differenziert werden. Deren sicherster Teil war auf der britischen Insel investiert. Hatten dort erst die wirtschaftlichen Erfolge der kolonialen Ausbeutung die finanziellen Voraussetzungen für das Entstehen einer industriellen Gesellschaft auf der britischen Insel in Hochgeschwindigkeit geschaffen. Ein Vorgang, der auch unter dem Begriff der industriellen Revolution bekannt ist.

Daneben war auch in den Kolonien, nicht allein zur Rohstoffversorgung, sondern auch durch die Aufteilung und Verlagerung von Produktionsprozessen, im grossen Stil in Anlagen und Maschinen investiert worden. So wurde nach damaligem Wert allein das englische Kolonialvermögen um das Jahr 1900 auf rd. 80 Mrd. Pfund geschätzt.

Soweit zur Ausgangssituation.

Die Probleme

Anfang des 20. Jahrhunderts stand dieses Gebilde aus staatlichem und privatem Empire vor mehreren, als Teile des englischen Staates beide gleichermassen betreffenden Problemen.

Das Empire war am Zenit seiner Machtausweitung angelangt. Die Erträge aus den kolonialen Investitionen begannen zu stagnieren. Auch waren neue, profitable Investitionsmöglichkeiten für die aktuellen Überschüsse innerhalb des Britischen Empires nur noch begrenzt vorhanden, was zu ersten grösseren Investitionen in Südamerika, also ausserhalb des Empires, geführt hatte. Aber alle ausserhalb des Empires liegenden Investitionsmöglichkeiten waren für die Investoren allein schon dadurch mit einem erheblich höheren Risiko behaftet, weil sie dort nicht mehr dem rechtlichen und militärischen Schutz des britischen Staates unterstanden. Offensichtlich war bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Investitionsaufnahmegrenze innerhalb des englischen Machtbereiches erreicht, d.h., es entstanden erste Schwierigkeiten, sprudelnde Kolonialgewinne in Vermögen umzuwandeln. Es fehlte an profitablen Investitionsobjekten. Denn werden Gewinne nicht investiert und angelegt, so entsteht daraus nur Geld-Vermögen, es erfolgt eine Geldhortung, die zur Verknappung des Geldumlaufs führt, d.h., zur Deflation, zum wirtschaftlichen Niedergang.

Vielleicht noch weitaus bedeutsamer aber waren die anderen Zeichen der Zeit. Für weitsichtige Politiker und Geschäftsleute wurde immer deutlicher, dass das Britische Empire auf Dauer keinen Bestand haben konnte, also in nicht ferner Zukunft sein Verfallsdatum erreichen würde. Damit war das Risiko für jede Neu- oder Ersatzinvestition innerhalb der Kolonien zumindest gleich hoch, wenn nicht gar höher einzustufen, als in jedem anderen, ausserhalb des Empires liegenden Staat. Und sollte es in den Kolonien gar zu unkontrollierten Aufständen und Befreiungen kommen, so waren grosse Teile des *immobilen englischen Kolonialvermögens* vollständig abzuschreiben.

Sollten die über so lange Zeiträume zusammengerafften Vermögen nun nicht dazu verwendet werden, den absehbaren Niedergang des Britischen Empires zu finanzieren, wobei zusätzlich die in den Kolonien gebundenen Beträge völlig verloren gehen würden,

so mussten die erkannten Probleme unbedingt vor der kolonialen Auflösung kontrolliert gelöst, d.h., die dort lagernden Vermögenswerte mussten zuvor gesichert und umdisponiert werden.

Aus Vermögenswerten, lässt sich nur so lange Kapital schlagen, wie sie noch im eigenen Besitz sind!

Nun ging es bei einer solchen Problemlösung aber nicht allein nur darum, die in den Kolonien investierten Beträge zu sichern, um für diese anschliessend möglichst profitable und risikolose Anlagemöglichkeiten zu suchen. Wird das Kolonialvermögen näher betrachtet, so bestand es weitestgehend aus *immobitem* Vermögen, wie z.B. Bauwerken, Natur- und Bodenschätzen. Und auch die anderen, vordergründig mobilen Investitionen, wie Anlagen und Maschinen, stellten nur dort, wo sie aufgestellt waren, einen Vermögenswert dar, da sie erst durch die koloniale Niedriglohnkombination profitabel betrieben werden konnten.

Aber nicht nur die Immobilität der kolonialen Vermögenswerte, sondern allein schon deren Dimension war ein Problem in sich. Galt es doch nicht, Tausende oder Millionen englische Pfund zu retten und dafür neue Anlagemöglichkeiten zu erschliessen, sondern 2-stellige *Milliardenbeträge* waren zu *transferieren*, d.h., neu zu *disponieren*. Also schon allein die schiere Grösse des Kolonialvermögens machte zwingend eine auch daran ausgerichtete Lösungsdimension erforderlich!

Im Ergebnis stellte das gesamte Kolonialvermögen eine immobile Masse dar, die nicht transportierbar war, und die für die momentanen Eigentümer perspektivisch wertlos werden musste.

Für weitsichtige, weltmacherprobte Politiker und Geschäftsleute ein sich abzeichnendes Desaster für Vermögen, Macht und Beherrschung.

Mit dem Entfallen der kolonialen Beherrschung würde also nicht nur die englische Staatsmacht, sondern auch das private englische Vermögen auf ihren Ursprung, die britische Insel und die dortigen Bestände reduziert werden.

Katastrophale, nationale, britische Negativ-Perspektiven, die es erforderten, sollte zumindest der Kern der gesamten Weltmachtstellung – *das Vermögen* – gerettet werden, dass beide, die englische Politik und das englische Grosskapital, dieses Problem in engster Zusammenarbeit und Abstimmung lösen mussten. Bildeten Englands Adel und dessen Vermögen doch die gesamte Basis der politischen Macht des englischen Staates!

Englands demokratisch gewählte Regierung im ausschliesslichen Vermögensrettungsauftrag des englischen Grosskapitals!

Wie aber kann immobiles Vermögen, das auf absehbare Zeit völlig wertlos – zumindest für die momentanen Eigentümer – werden würde, gerettet werden? Da allein die Immobilität eine reale Vermögensverlagerung nicht zulies, blieb als einziger Weg nur der einer virtuellen Umbuchung, d.h., eine rein finanz- und banktechnische Transaktion. Aber selbst eine solche Lösung war, auch bei engster Zusammenarbeit von englischer Politik, englischen Banken und englischem Grossvermögen, diesen allein *nicht* möglich.

Waren auch die Nöte und Rettungswünsche innerhalb des privaten und des staatspolitischen Teils des Empires identisch, so hatten sie jedoch «den Makel», dass beide einfach britisch waren, d.h., jede grössere, von ihnen oder ihren Banken betriebene Aktion würde von jedermann direkt als Aktion Britanniens und des Empires erkannt.

Ausserdem entsprach die Abwicklung internationaler Bankgeschäfte anno 1900 nicht, wie heute üblich, einem Vorgang zwischen der Zentrale und ihrer ausländischen Niederlassung, den damaligen Gepflogenheiten. Waren doch die grossen Geschäftsbanken zur damaligen

Zeit in ihrer Geschäftstätigkeit auf den jeweiligen nationalen Machtbereich angepasst und begrenzt. Bei den den nationalen Machtbereich überschreitenden, internationalen Bankgeschäften war es somit für sie immer erforderlich, sich einer ausländischen Partnerbank zu bedienen. Um eine finanzielle Transaktion in der anstehenden Dimension überhaupt banktechnisch umsetzen zu können, blieb nur der Weg, sich einer oder mehrerer, *nichtbritischer Privatbanken* zu bedienen.

Eine finanzielle Riesentransaktion, wie es die Rettung und Umbuchung des Kolonialvermögens immer sein würde, war aber nur dann durchführbar, wenn dieses Vorhaben von *niemandem*, weder aktuell, noch in späteren Zeiten, erkannt werden konnte. Würde es sich bei dem Vorhaben doch um nichts Geringeres handeln, als um den grössten Betrug der gesamten Menschheit. Unter keinen Umständen durfte es jemals jemandem möglich sein, das Problem, das Vorhaben oder gar die Urheber zu erkennen und offen zu legen. England, dem Empire, seinen Grosskapitalisten und den englischen Grossbanken waren die Hände gebunden. Niemand von ihnen durfte bei dem gesamten Vorhaben aktiv in Erscheinung treten (wir tun hier also *das weltpolitisch Verbotenste* überhaupt).

Nun war auch schon in der Vergangenheit, wenn englische Interessen durchzusetzen waren, England sich dafür aber aus politischen Erwägungen nicht direkt einsetzen konnte und durfte, eine qualifizierte Partnerschaft aufgebaut. Eine Partnerschaft zu international tätigen Privatbanken, die in allen europäischen Metropolen ansässig, aber keinem der jeweiligen Völker zugehörig und nur dem eigenen Profit verpflichtet waren.

Es mag auf den ersten Blick erstaunen, dass alle damaligen europäischen Grossmächte, selbst in der zeitgeschichtlichen Phase höchster nationaler Werte, sich «ihre» nicht-nationale Gross- oder Privatbank leisteten und eine solche überhaupt zuliessen. Verdankten diese Banken ihre gesamte Existenz zunächst ihren internationalen Verbindungen, womit sie in der Vergangenheit den Staaten dabei behilflich sein

konnten, manch finanzielle Notlage auszugleichen und Kredite zu beschaffen, die die nationalen Banken nicht erhalten hätten. Auch waren nur mit diesen national ungebundenen Institutionen solche Transaktionen durchzuführen, die nicht zur offiziellen Staatspolitik passten und nicht bekannt werden durften. Ausschliesslich diesen beiden Fähigkeiten verdanken sie ihre Existenz: Politisch trübe Geldgeschäfte abwickeln zu können und ihrer Option zur internationalen Kapitalbeschaffung oder -anlage.

Wenn die gesamte Aktion zur Rettung des englischen Kolonialvermögens Aussicht auf Erfolg haben sollte, dann nur, wenn die gesamte Aktion *völlig ohne englische Beteiligung* und allein von den angesprochenen Privatbanken mit ihren internationalen Verbindungen abgewickelt würde.

Das Britische Empire und sein Adel, das private Empire, mussten also eine dritte Gruppe, eine oder mehrere grosse, international tätige, jüdische Privatbanken mit «ins Boot» nehmen.

Ihre Internationalität, ihre Diskretion, ihre fachliche Kompetenz und die nackte Profitorientierung ohne jede nationale Verpflichtung waren die Prädikate der finanztechnischen Akteure.

Bei dem nun Anstehenden ging es einzig und allein darum, dass diese internationale Privatbank (oder auch Banken) einen englisch-britischen Plan zur Lösung englisch-britischer Probleme umsetzte.

Und diese Dreier-Gruppe suchte nun, um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, nach einer langfristigen Lösung für grösste Teile der in den englischen Kolonien liegenden und angelegten, aber mit jedem Jahr gefährdeteren Vermögenswerte.

Eine Macht- und Vermögensrettungsaktion, also nackte Bestands-sicherung, sowohl von ergaunertem Vermögen, als auch von auf Diebesgut aufgebauter Staatsmacht, wurde zum zentralen, nationalen Interesse Englands! Mit Demokratie und dem englischen Volk hat dieses und alles Folgende wenig bis nichts zu tun.

Ein nationales Interesse, wie es nur aus der englischen Gesellschaftsordnung entstehen konnte. Erst auf der englischen *Zweiklassengesellschaft* konnte sich ein solches Interesse überhaupt aufbauen.

Da der perspektivische Niedergang der englischen Nation mit dem Entfallen der Kolonien insgesamt nicht zu verhindern war, mussten alle nationalen politischen Aktivitäten darauf konzentriert werden, den Kern und die Basis der englischen Staatsmacht zu sichern.

Wenn um das Jahr 1900 nur die damaligen Probleme nach einer zunächst planerischen Lösung suchten, so musste eine erfolgreiche Umsetzung dieser Planung zwingend auch eine Veränderung des gesamten bestehenden Machtgefüges dieser Welt zur Folge haben. Reichte die damalige Planung auch nur bis zu dem mit der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 erreichten Punkt (alle Probleme konnten bis dahin gelöst werden), so muss schon bei der Planung jederzeit klar gewesen sein, dass der Staat, dem das vormalige englische Kolonialvermögen zufließen würde, eine solche Finanzkraft erhält, dass allein daraus eine weltbeherrschende Dominanz entstehen *musste*.

***Das grösste Betrugsmanöver der Menschheit wurde vorbereitet.
Ein Manöver, das niemals bekannt werden durfte.***

Da allein wegen der absoluten Geheimhaltung nun niemand, wenn auch nur vor dem betroffenen Geldadel, mit der Glocke herumlaufen konnte, um allen Betroffenen deren eigenes Problem vorzustellen, so blieb als einziger Weg nur der, die gesamte Lösung «im kleinen Kreis» technisch und politisch zu konzipieren, um dann, wenn das gesamte Rettungssystem organisatorisch stand, den Betroffenen möglichst über einen patriotischen Sachzwang klar zu machen, dass es doch nun an der Zeit sei, sich vermögensseitig, zum eigenen finanziellen Vorteil, zu engagieren.

Wie gründlich allein an der Geheimhaltung gearbeitet wurde, zeigt sich schon daran, wie fest die Einbindung aller Beteiligten konstruiert wurde. Handelten alle britischen Beteiligten zum Selbstzweck, also

«für England», so mussten nun noch die bisher nur dem eigenen Profit verpflichteten internationalen Banken «enger eingebunden» werden.

Allein dazu, zur englischen Rückversicherung, wurde den Bankakteuren für ihr über den gesamten Erdball verstreutes Volk und seine Politiker ein eigener Staat auf antiker Heimaterde angeboten. Wobei allein mit der Art und Weise seiner Errichtung schon dafür gesorgt wurde, dass nicht nur die Errichtung, sondern auch der langfristige Bestand des neuen Staates nur durch die dauerhafte Unterstützung der englischen Auftraggeber zu gewährleisten sein würde.

Ein neu zu schaffender Staat und ihr eigenes altes Volk musste von den internationalen Banken und ihren Akteuren als Pfand für ihre dauerhafte Motivation und Diskretion geliefert werden.

Ein kleines altes Volk wurde zu Handlangern der englischen Politik!

Und nicht nur Hitler hat die Hintergründe nicht erkannt. Hat dieser aber zumindest bei der Feststellung richtig gelegen, dass alles, sowohl die Politik, als auch die Handlanger, mit deutschem Blut und Wohlstand bezahlt war. Galt es danach in einem zweiten Weltkrieg, den deutschen Pries noch erheblich aufzustocken, und war diesem anschliessend auch noch die deutsche Volksseele draufzupacken.

Das Volk Israel, wie anno dunnemals in ägyptischer Gefangenschaft, so seither in anglo-amerikanischer. Was sich seit damals geändert hat, ist nur das Verfahren der *Gefangenenbewachung*. Allein diese konnte auf modernes englisches Polit-Niveau angehoben werden. Statt eines Fluchtverhinderungszaunes ein militärischer Schild als Schutzzaun!

Bleibt doch ein Zaun, ob nach innen oder nach aussen gerichtet, immer ein Instrument der Trennung und Abgrenzung!

«Kleingeister» würden alles Kommende vielleicht vorschnell als übelsten und grössten Völkermord und Betrug, mit begleitender Erpressung und Geiselnahme, bezeichnen; andere haben solches wohl eher als Geschäft auf Gegenseitigkeit oder als geniale Politik betrachtet. Alles nur eine Frage des Standpunktes, wovon der deutsche Standpunkt...

Aus Sicht der Profiteure, des englischen Geldadels, kann der gesamte Vorgang auch so gesehen werden, dass er seine bisherige Dienerschaft, das englische Volk, gegen eine andere eintauschte. Da aber selbst die bisherigen englischen Diener nicht aufgegeben oder entlassen werden mussten, kann man es auch als *Verbreiterung der dienenden Basis* betrachten. Und auch die bisherige koloniale Knechtschaft würde noch erheblich ausgeweitet werden.

Wie die gesamte Entwicklung während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt, konnte eine Problemlösung gefunden werden, bei der zunächst der Finanztransfer und dann, in einem zweiten Schritt – unter voller Ausnutzung des konzentrierten, ehemaligen Kolonialvermögens – die Machtstabilisierung vollzogen wurde. War auch für jeden dieser Schritte ein eigener Weltkrieg erforderlich, so muss – wenn man einmal von den bedauernswerten Opfern ab-, oder diese übersieht – zugestanden werden, dass alles mit allerbestem Erfolg durchgezogen werden konnte.

Den begleitenden, offiziell-politischen Teil übernahm die englische Staatspolitik. War sie doch mehr als erfahren darin, wie man andere Interessen für eigene Absichten nutzt, wie Konflikte initiiert werden und wie dabei noch die eigene Urheberchaft unerkannt bleibt. Darin hatte sie über Jahrhunderte reichliche Erfahrung sammeln können. Und bei allem brauchte an keiner Stelle gegeizt zu werden. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel waren annähernd unbegrenzt.

Eine Gefahr für Macht und Vermögen in fast gleicher Dimension wie die künftige Kolonialentwicklung oder das Aufdecken der Rettungs-

aktion und ihrer Hintergründe bildeten die sozialen und sozialistischen Gedanken und Denkmodelle, wie sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufgekommen waren. Darin enthaltene Enteignungsforderungen mussten das absolute Horrorszenarium bilden. Auch dieses galt es parallel zu beherrschen. Nur soll dieser Themenbereich hier ausgeklammert werden.

Sicherlich war schon immer ein Teil des Vermögens des privaten Empire in den USA investiert und angelegt, wenn auch bis Ende des 19. Jahrhunderts nur relativ geringfügig. Einen ersten, erheblichen Investitionsschub erforderte spätestens die Versorgung der Entente während des Ersten Weltkriegs. Mussten die von ihr benötigten Produkte doch nicht nur hergestellt, sondern auch finanziert werden, wozu die Finanzkraft der USA allein niemals ausgereicht hätte. Nur entspräche diese Darstellung der Aufzäumung des Pferdes vom Schwanz her.

Das Konzept

Kommen wir nun zur Lösung des Problems. Zunächst war ein strategischer Lösungsansatz zu entwickeln. Dabei ging es zentral um die Beantwortung der folgenden Frage:

«Wie kann *privates Kolonialvermögen in riesigen Dimensionen kapitalisiert und anderwärts profitabel angelegt werden?*

Oder anders ausgedrückt: Wie kann die gesamte Basis der englischen Kolonialmacht gerettet und anschliessend auf den gesamten Erdball ausgeweitete werden?

Mit den gefundenen Antworten war anschliessend eine realisierbare Detailplanung aufzubauen. Wie schon der konzeptionelle Lösungsansatz, so erforderte auch die darauf aufbauende Planung ein hohes Mass an Abstraktion und Fachkenntnissen.

Zunächst soll hier der konzeptionelle Lösungsansatz vorgestellt werden:

Die zentrale finanztechnische Abstraktion lag bei dem gesamten Vorhaben darin, dass mit *Geldschöpfung* gearbeitet werden musste. Gemeint ist damit *zusätzliches Geld*, zu dessen Deckung das englische

Kolonialvermögen verwendet werden konnte, womit zunächst die Bindung der Währung an den Goldstandard aufzuheben war. Da aber zusätzliches Geld immer nur so lange wertbeständig sein würde, wie sich auch das zu seiner Sicherung verwendete Kolonialvermögen noch in englischem Eigentum befand, unterlag das gesamte Vorhaben einer zwingenden zeitlichen Begrenzung. Also spätestens mit der Auflösung der Kolonialverhältnisse musste das zusätzliche Geld wieder verschwunden sein. Mit anderen Worten:

Für einen begrenzten Zeitraum musste zusätzliches Geld bereitgestellt werden, was aber nicht zur Inflation führen durfte, und das zu einem späteren Zeitpunkt wieder verschwinden, d.h., aus dem Umlauf entfernt werden musste.

Und um jede inflationäre Entwicklung zu unterbinden, durfte das *zusätzliche Geld* ausschliesslich in neue Geschäfte oder zur Finanzierung von Kapazitätserweiterungen in zuvor erweiterten Märkten investiert werden.

Da nach Abschluss der gesamten Aktion das anfangs geschaffene, *zusätzliche Geld* wieder verschwinden musste, so würde als *neues Vermögen* letztlich nur die mit dem zusätzlichen Geld **zwischenzeitlich erzielten Gewinne** verbleiben.

Das gesamte Vorhaben auf die Dimension «für den Hausgebrauch» vereinfacht, ist vergleichbar mit einem Häusleeeigentümer, der weiss, dass in einem Jahr ein Erdbeben sein Haus zum Einsturz bringen und damit wertlos machen wird, und dem seine Bank für dieses eine Jahr einen Kredit auf sein Haus einräumt und auszahlt, um ihm so die Gelegenheit zu geben, in dem verbleibenden Jahr mit dem Kredit soviel Geld zu erwirtschaften, dass nach dem Erdbeben sowohl der Kredit zurückgezahlt als auch mit dem Gewinn ein neues Haus gebaut und bezahlt werden kann.

Das gesamte Vorhaben war letztlich nichts anderes, als der Aufbau einer riesigen, überdimensionalen und weltweiten Geld- und Vermögenswaschanlage.

Neben dem finanztechnisch-organisatorischen Aufbau dieser Anlage lag der zweite Aufgabenbereich in der Auswahl der Gewinn-/ Geld-Produktionsfelder, d.h., es war sicherzustellen, dass sowohl das *zusätzliche Geld* nicht verloren ging, als auch – was fast noch wichtiger war – dass *die erforderlichen Gewinne auch **todsicher*** erzielt würden.

Die Planung

Aus diesen konzeptionellen strategischen Überlegungen wurde anschliessend die folgende Planung aufgebaut:

1. Waren bisher, neben den privaten Grosskapitalisten, die englischen Staatspolitiker und die international agierenden Grossbanken in das Vorhaben eingebunden, so war diese Gruppe zunächst noch um einen Partnerstaat zu ergänzen, unter dessen Hoheit die Geldschöpfung betrieben werden konnte, und bei dem, als Gegenleistung, dieses Geld anschliessend auch zu investieren war. Konnten dessen Politiker für ihre Mitarbeit und den Verzicht auf eigene hoheitliche Rechte, doch damit geködert werden, dass das künftige Machtpotential ihres Staates durch den vorgesehenen Vermögenszuwachs enorm gesteigert und gestärkt würde. Eine politische Karriereperspektive vom Dorfsheriff zum Weltpolizisten.
2. Um das Vorhaben auch beim künftigen Partnerstaat ausserhalb jeder Öffentlichkeit zu halten, musste dieser die Möglichkeit schaffen, die Kompetenz zur Produktion zusätzlichen Geldes an ein privates Institut zu übertragen, dessen Managementpositionen ausschliesslich von den internationalen Privatbanken zu besetzen waren. Weiter musste es zulässig sein, dass dieses Institut für die Ausgabe neuen, frischen Geldes auch *private Sicherheiten* akzeptieren durfte.

3. Als nächster Schritt mussten entweder innerhalb des Partnerstaates, des englischen Kernlandes oder zuverlässiger Drittländer nach Anlagemöglichkeiten gesucht oder besser, es mussten Möglichkeiten geschaffen werden, in die grosse Geldmengen möglichst *profitabel* investiert werden konnten, d.h., in kürzester Zeit mussten möglichst hohe Gewinne erzielbar sein. In jedem Fall aber mussten es aussergewöhnliche Anlageobjekte sein, sollten die bestehenden Wirtschaftsstrukturen nicht über neu zu schaffende Konkurrenzunternehmen vernichtet werden. Das neue Kapital war immer nur in neue Geschäftsfelder zu investieren. *Also nur solche Felder, die es bisher noch nicht gab.* Als solche konnten z.B. bisher nicht finanzierbare Grossvorhaben realisiert werden. Alternativ konnte das Kapital vom Empfängerland wiederum nach aussen, sowohl für den Partnerstaat als auch für das Britische Empire, in Drittländern angelegt werden. Nur, diese Art Projekte allein würde, selbst bei grosszügigster Auslegung, nicht ausreichen, die gesamte Kapitalmenge aufzunehmen. Noch weniger würden solche Anlageobjekte dazu ausreichen, in dem begrenzten Zeitraum *die erforderlichen Gewinne, also das künftige Vermögen,* zu erwirtschaften.
4. Folglich musste auch in Produktionen und Produkte investiert werden, die kapitalintensiv waren, möglichst hohe Profite zuliessen, und die einen grossen Markt bedienen konnten, ohne dabei bereits bestehenden Produktionen und Produkten Konkurrenz zu machen. Also «aussergewöhnliche Verbrauchsprodukte», Produkte, die sich selbst verbrauchten, wie z.B. Munition und Waffen. Neben der Investition in neue Produkte und neue Märkte waren also auch dort Investitionen zulässig, wo allein durch eine *Markterweiterung* neue, zusätzliche Kapazitäten erforderlich werden würden. Nur, für jede Geldanlage, die nicht darin besteht, zuvor fremdes Eigentum aufzukaufen, sondern die darin besteht, neue Produkte herzustellen oder Kapazitäten auszubauen, muss zwangsläufig auch ein Markt gefunden oder ein vorhandener erweitert werden. Eine zusätzliche Investitionsalternative konnten auch unprofitable Märkte bieten, wenn deren Gewinnmarge zuvor über politische Eingriffe

attraktiv gemacht werden konnten, wie z.B. der Alkoholmarkt, der erst durch Prohibition seine maximale Profitabilität erhält. Und auch Munition und Waffen haben «ihren eigenen Markt», der seine optimale Ausbaustufe erst durch Massenbedarf in einer möglichst umfangreichen Verbrauchsaktion – auch unter dem Titel «Krieg» bekannt – erreicht. Ist kein Krieg da, so muss eben einer «geschaffen» werden.

5. Waren die Märkte und ihr Finanzbedarf geschaffen, so waren umgehend die kolonialen Vermögen zu kapitalisieren, d.h., sie mussten als Sicherheiten für Bankkredite verwendet werden. Damit wanderte in der Folge das Risiko zu den Kreditgebern und liquides Kapital zu den Kreditnehmern.
6. Die kreditgewährenden Banken waren von ihrem Risiko zu befreien, d.h., das Risiko musste auf den Partnerstaat übertragen werden, der in der Lage sein musste, es eine gewisse Zeit unbeschadet und unerkannt zu tragen. Dazu reichte es völlig aus, dass der Staat, in dessen Namen neues Geld gedruckt wurde, die privaten Sicherheiten oder Privatbankkredite akzeptierte.
7. Um diesen Partnerstaat über das zusätzliche Geld und Risiko nicht selbst langfristig in die Pleite zu treiben, was spätestens mit dem Entfallen der kolonialen Sicherheiten eintreten würde, musste die gesamte Aktion zeitlich begrenzt werden. Den Abschluss der Aktion musste eine gross angelegte Vernichtungsaktion bilden, mit der alles *neu gedruckte, zusätzliche Geld* wieder vom Markt genommen werden musste. Dazu war das zu vernichtende Bargeldvermögen über Aktienverkäufe zuvor «einzusammeln», um es dann, parallel mit einem gross angelegten Wertverfall der Aktien, vernichten zu können. Als Konsequenz führte die Geldscheinvernichtung dazu, dass in der Folge auch auf die zur ursprünglichen Ausgabe erforderlichen Sicherheiten, das englische Kolonialvermögen, verzichtet werden konnte.

8. Zur Sicherstellung des gesamten Vorhabens war es unbedingt erforderlich, dass sowohl das Management, als auch die Kontrolle während der gesamten Aktion in einer Hand, der Hand der projektleitenden internationalen Privatbanken blieb.
9. Die ursächlichen Werte, das Kolonialvermögen, konnte parallel ausgeschöpft werden. Selbst ihre spätere Übergabe an die zuvor möglichst mit einer «freiheitlich demokratischen» Gesellschaftsordnung ausgestatteten, in die «Unabhängigkeit» entlassenen Kolonien konnte dann äusserst generös gehandhabt werden.

Da das gesamte Vorhaben in keinem Land und in keinem Staat je die Zustimmung der Öffentlichkeit erhalten hätte, unterlagen sowohl das Vorhaben als auch die verfolgten Absichten selbst im künftigen Partnerstaat, strengster Geheimhaltung. Würde dort allein «das spätere vom Markt nehmen» des zuviel in Umlauf gebrachten Geldes zu erheblichen, wirtschaftlich negativen Einschnitten führen.

Damit waren alle erforderlichen Einzelschritte dargestellt. Eine Planung jenseits jeder rechtstaatlich demokratischen Gesellschaftsordnung. Ein weltweites Betrugsvorhaben, das allerhöchster Geheimhaltung bedurfte. Dort, wo Teile der Planumsetzung der öffentlichen Diskussionen ausgesetzt sein würden, mussten Ablenkungsmanöver konstruiert und *Umdeutungen* vorgenommen werden.

Fertig war die Planung.

Dass dabei Millionen Menschenleben und die Wohlfahrt aller Völker verplant wurde, war ein vielleicht unschöner, aber nicht zu vermeidender Randaspekt. Wer zum eigenen Wohle global plant und handelt, kann auf solche «Kleinigkeiten» keine Rücksicht nehmen.

Obwohl diese Gesamtplanung – fast schon als genial zu bezeichnen – in ihrer Darstellung noch recht simpel erscheint, ist die Umsetzung nicht nur weitaus zeitaufwendiger, sondern auch schwieriger.

Ein Plan zur Lösung individueller finanzpolitischer Probleme, eng verknüpft mit den machtpolitischen Problemen der englischen Politik! Ein Plan, der mit grossem Engagement und höchster krimineller Energie ermöglicht, gefördert und unterstützt wurde von ausgesuchten englischen und US-amerikanischen Staatspolitikern.

Die von diesem Personenkreis im Gegenzug «verspielten» gesellschaftlichen Werte, verplanten Opfer an Gesundheit, Leben und Wohlfahrt, stehen in keinem ertragbaren Verhältnis zum erreichten Erfolg des gesamten Vorhabens.

Damit kann jede der beteiligten Personen für sich in Anspruch nehmen, Mitglied der übelsten Verbrecherorganisation gewesen zu sein, welche die Menschheit je hervorgebracht hat.

Diese Einschätzung gilt selbst heute noch, ohne dabei den aktuell aktiven Nachfolgern und ihren Leistungen schmälernd zu nahe treten zu wollen.

Die Problemlösung

Wie realitätsorientiert sowohl das Konzept, als auch die darauf aufbauende Detailplanung erstellt worden waren, zeigte sich bei der konkreten Umsetzung. Der sog. Partner-Staat musste nicht erst lange gesucht werden, war doch das gesamte Vorhaben schon ganz konkret auf die dortigen Rahmenbedingungen abgestimmt entwickelt worden.

Zunächst begann sich das private Empire in ersten kleinen Schritten in den USA «normal einzukaufen». Ein insbesondere die dortigen politischen Kontakte und Einflussmöglichkeiten fördernder Einkauf.

Denn nur die USA boten alle erforderlichen Voraussetzungen. Waren dort nicht nur die Sprache, sondern auch die gesellschaftlichen Werte identisch. Das gesamte finanztechnische Konzept war einzig auf die Voraussetzungen und Möglichkeiten in den USA zugeschnitten.

Die zentralste Voraussetzung der USA aber war, dass sie als einziger der in Betracht kommenden Partner-Staaten über keine eigene Zentralbank verfügte.

Bis 1914 war dann auch für die USA eine exakt auf das Vorhaben zugeschnittene Einrichtung, die Federal Reserve Bank (FED), per Gesetz geschaffen und installiert worden.

Eine Notenbank im Eigentum und unter Kontrolle der grossen internationalen Privatbanken war dem eigenen Land von US-Politikern verordnet worden!

Eine Notenbank, deren gesamte Führung besetzt war mit den Finanztechnologien der internationalen Privatbanken! Deren so entstandener neuer Spielraum basierte auf einem Gesetz, das, unabhängig von allen anderen Regelungen, insbesondere die Möglichkeit bot, US-amerikanische Dollars unkontrolliert drucken zu können, und zur Sicherung dieser Dollars auch *private Sicherheiten* nutzen zu dürfen!!!

Sicherlich war die geplante Kapitalspritze, wenn auch vielleicht ohne Kenntnis des beabsichtigten Volumens und der daraus folgenden, zwangsläufigen Konsequenzen, den US-Politikern für ihre defizitäre Volkswirtschaft nicht unwillkommen. Weitaus wichtiger dürfte für sie der eigene perspektivische Machtzuwachs gewesen sein, der ihnen aus der Steigerung der fremdfinanzierten neuen Leistungskraft zuwachsen musste. Ob den beteiligten US-Politikern bei ihren Entscheidungen aber die volle Tragweite des gesamten Vorhabens bekannt war, kann bezweifelt werden.

Hatten sie doch nichts Geringeres getan,

***als die USA (wieder) zu einer Kolonie des
englischen Grosskapitals zu machen.***

***Dieses nutzt die Kolonie USA seither als zweite Plattform, auf die
das Kapital konzentriert wurde und von der aus das Empire
in immer verstärkterem Masse agiert!***

Was aber auch den beteiligten US-Politikern (zu diesen Politikern gehörte an führender Stelle der später als «Friedensstifter» des Ersten Weltkrieges berühmt-berüchtigt gewordene US-Präsident, ein gewisser Mr. Wilson!) schon bei ihrer FED-Entscheidung hätte

bekannt sein müssen, war der völlige Widerspruch des gesamten Vorhabens zur US-amerikanischen Verfassung und zu deren fundamentalen Staatsgedanken. Nur hat sich offenbar niemand daran gestört. Bei allen weiteren finanztechnischen Schritten und Einzelheiten blieben dann die US-Politiker aussen vor und waren zunächst wenig gefordert, waren doch mit allem Weiteren nur noch die beauftragten Privatbanken und die neue Zentralbank betraut. Und an deren Spitze hatte sich als Projektleiter des Gesamtvorhabens ein gewisser *Paul Warburg* selbst gesetzt. *Paul Warburg*, aus dem bekannten Hamburger Bankhaus Warburg, 1903 aus Deutschland emigriert, von den USA importiert und eingebürgert.

Was dieser *Paul Warburg* und die internationalen Privatbanken nicht mehr allein erledigen konnten, das musste die begleitende englisch-amerikanische Politik umsetzen. Neben den Tarnungsaktionen lagen deren Aufgabenschwerpunkte insbesondere auf dem Gebiet der «politischen Vorbereitung und Betreuung der Kapitalanlagemärkte» für das nun von der FED «freihändig» produzierbare *Zusatzgeld*.

Kaum ein Jahr, *nachdem* mit der FED die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen waren (und wenige Monate, *bevor* sie ihre Arbeit auf-

nahm), war der profitabelste, höchsten Finanzbedarf erfordernde Gewinnbeschaffungsmarkt aufgebaut.

Der Erste Weltkrieg lag auf dem Tisch der Völker.

Hatte seine Auslösung doch nicht mehr als Klugheit in der Auswahl des Zeitpunktes, der Opfer und des Ortes, so wie die Kosten für ein paar Pistolenkugeln erfordert. Alles eingerahmt in vorbereitende und begleitende, gekonnte englische Diplomatie. Die Demonstration einer Leistung und dessen, zu was Politik fähig ist, vorausgesetzt, es findet sich ein Anlass und eine Möglichkeit, die Politiker von jeglicher Kontrolle freizustellen.

Und keine der nationalen Mächte hatte weder vor, im, noch nach dem Ersten Weltkrieg die damit verfolgten Absichten erkannt.

Eine politische Glanzleistung also.

Die erforderliche, hochprofitable Finanznachfrage war mit dem Ersten Weltkrieg geschaffen. Geschickt wurden parallel neben den zur Tarnung verwendeten Staatsanleihen auch die Kolonialvermögen beliehen und konnten damit als Sicherheiten für den anschwellenden Ausstoss der Gelddruckmaschinen verwendet werden. Alles frei nach dem Motto:

Geld, das ist Kredit; Kredit, das ist Geld.

Wann der Zeitpunkt erreicht war, an dem die USA zum Mittelpunkt der Finanzwelt wurde, lässt sich recht einfach an den Terminen ablesen, an denen die zuvor in England ansässigen Zentralen der internationalen Grossbanken in die USA verlegt wurden: 1916/1917. Waren doch jetzt alle Kräfte erforderlich, das Geldsystem der USA vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Nur, irgendwann musste das Geldsystem um das *Zusatzgeld*, welches faktisch einfach zu viel war, wieder vermindert und auf einen mit den realen Sicherheiten (Goldstandard) ausgeglichenen Stand gebracht

werden, um damit auf die kolonialen Sicherheiten verzichten zu können. 1929 war der Zeitpunkt gekommen. Insgesamt vernichtete die Börse an der New Yorker Wallstreet, beginnend mit dem «schwarzen Freitag», dem 24. Oktober 1929 zwischen 10 und 11 Uhr, allein bis zum 12. November 1929 30 Mrd. US-Dollar (Giselher Wirsing: Der masslose Kontinent, S. 70). Diese Summe entsprach den Gesamtkosten die von Seiten der USA im Ersten Weltkrieg gegen Deutschland angewandt worden waren. Die gesamte Weltwirtschaftskrise vernichtete dann insgesamt sage und schreibe Aktienwerte von 160 Mrd. US-Dollar. Damit konnten die, welche diese Aktien zu überhöhten Kursen «unters Volk» gebracht hatten, ihre zuvor in Barvermögen erzielten und eingelagerten Kursgewin-

ne geldmarktverträglich vernichten und ihre Bücher um die kolonialen englischen Sicherheiten bereinigen.

Die finanziell grösste Transaktion der Weltgeschichte war erfolgreich und mit angemessenem Gewinn abgeschlossen.

Und die gesamte Menschheit und alle Völker dieser Welt hatten verloren. Nicht nur Geld und wirtschaftliche Existenzen waren verloren gegangen, sondern Millionen Menschenleben und alles, was die europäischen Kulturen zuvor aufgebaut und erreicht hatten, waren während eines 4-jährigen *Gewinnbeschaffungs-Krieges* «abhanden gekommen». Politische Transparenz und politisches Vertrauen, Rechte und Freiheiten waren nur noch Relikte aus der Vergangenheit. Alles weg und ausgelöscht. Alles war mit einer Aktion zur Vergangenheit geworden und eine neue Zeit war eingeläutet!

Die drängenden, hautnahen Probleme der Interessengruppe Britisches Empire waren nicht nur mit durchschlagendem Erfolg, sondern auch gekonnt, pseudo-legal und sehr elegant gelöst. Und völlig losgelöste, informelle Wirtschafts- und Polit-Strukturen waren ausgebaut, die von nun ab ihren eigenen, ihren vorbestimmten Weg gingen. Einmal in den unkontrollierten, kriminellen Untergrund abgetaucht, waren sie durch nichts und niemanden mehr zu bremsen.

Begleitend war aus den einzelnen Tarnungs- und Täuschungsmassnahmen eine immer weiter ausufernde Scheinwelt entstanden, die sich mit jeder neuen Aktion ausweitete und mit der ihr innewohnenden Eigendynamik weiter komplettierte.

Zusammengefasst konnte das Anlagevermögen des privaten Empire, angelegt irgendwo in den englischen Kolonien, als Sicherheit für die Ausgabe neuer Dollarnoten eingesetzt werden. Und so, nur so, war es unter dem Deckmantel des US-Staates möglich, den Ersten Weltkrieg zu finanzieren, wozu der Geldumlauf recht einfach auf das Dreifache gesteigert werden konnte, d.h., der Erste Weltkrieg wurde auf seiten der Entente fast ausschliesslich privat finanziert. Um auch den erforderlichen *Bedarf* nach einer solchen Steigerung im Dollarnotenumlauf zu wecken, wurde offensichtlich nur ein Weltkrieg als angemessenes Umfeld angesehen.

So begann und so endete der Erste Weltkrieg.

Unabhängig von allen Ergebnissen dieses Krieges musste und würde sein Resultat immer zu neuen Feindbildern führen, womit folglich auch die Tarnungsstruktur des gesamten Vorhabens ständig gestärkt und verbessert werden musste. Dass die Suche nach den Kriegsursachen und den -verantwortlichen auf Seiten derer, die den Krieg verlieren würden, immer besonders intensiv sein würde, ist wohl eine Binsenweisheit. Speziell für diese Suche wurden verschiedenste Ablenkungsmanöver initiiert und falsche Fährten gelegt.

Beispielhaft erwähnt werden sollen hier nur die «Protokolle der Weisen von Zion», die Anfangs des 20. Jahrhunderts im Deutschen Reich veröffentlicht wurden, und von deren inhaltlicher Echtheit selbst heute noch mancher überzeugt ist. Das Verblüffendste an den Protokollen ist, dass in ihnen vielfach Absichten angeführt werden, die zu späteren Zeitpunkten tatsächlich eintraten und umgesetzt wurden. Prophezeiungen, die bis heute allein den Echtheitsglauben stützen. Soll dies nicht nur mit reiner Zufälligkeit erklärt werden, so müsste

der Autor dieser Protokolle zumindest Kenntnisse von der ursprünglichen Planung gehabt haben.

Nun wird in der Veröffentlichung der Protokolle auch auf einige Begleitumstände hingewiesen. So die, dass die den Protokollen zugrundeliegende Besprechung in Basel stattgefunden habe, die Protokolle anschliessend auf irgendeinem Weg in irgendein Archiv nach England kamen und genau dort von irgend jemandem aufgefunden wurden. Einfach abenteuerlich.

Ist es schon erstaunlich, dass sich die geistige Führungselite der Juden ausgangs des 19. Jahrhunderts irgendwo zusammenfand, sich einen Vortrag anhörte, in dem ihnen «ihre», über Jahrtausende reichende, Strategie vorgestellt wurde. D.h., die Strategie, die angeblich bereits seit zweitausend Jahren von der jüdischen Elite verfolgt wurde, musste eben dieser Führungselite, die doch permanent an der Umsetzung dieser Strategie tatkräftig arbeitete, zum Ausgang des 19. Jahrhunderts vorgestellt werden. Gibt es etwas Widersprüchlicheres? Und damit sich auch jeder der Zuhörer besser merken konnte, woran er nun auch weiterhin zu arbeiten habe, wurde der Vortrag protokolliert. Nun steht schon allein die Protokollierung dieser ach so geheimen Veranstaltung den Geheimhaltungsbemühungen mehr als nur kontraproduktiv entgegen. Und dieses supergeheime Papier, offenbar als Nachschlagewerk für eine allzu «vergessliche» Elite angefertigt, gelangt nach seiner Übersetzung u.a. in englische Hände, um dort im Kuriositätenmuseum zu landen (die anderen angeblichen Empfänger haben den Unfug wohl direkt in die Mülltonne getan), dann dort aufgefunden, ins Deutsche übersetzt, veröffentlicht um bis heute beachtet zu werden.

Allein die Begleitumstände dieser Protokolle sind nun so unwahrscheinlich und auch widersprüchlich, dass sie wohl längst vergessen wären, sei da nicht der fast schon prophetische Inhalt. Schliesst allein dieser doch aus, dass der Autor nur ein Witzbold war. Werden nun Inhalt und Begleitumstände zusammengefasst betrachtet, so drängt sich die Vermutung auf, dass hier Teile der tatsächlichen Planung auf

jüdische Komponenten umgestellt und allein zum Auffinden aufgeschrieben wurden.

Sicherlich sind die Protokolle nur ein Beispiel aus einer Vielzahl von «zweckdienlichen Hinweisen», die gezielt plaziert wurden, um solchen, die im und nach dem Ersten Weltkrieg nach Ursachen und Hintergründen forschten, eine gewollte Richtung zu geben. Wie erfolgreich diese Massnahmen und gezielt aufgebauten Irrwege wa-

ren und immer noch sind, zeigt allein der geschichtliche Ablauf nach dem Ersten Weltkrieg.

Was die tatsächlichen Urheber angeht, so hatten sie ihre internationalen Privatbanken vorgeschoben, die für ihre Dienste, neben dem persönlichen Profit, auch noch einen eigenen Staat für ihr über die gesamte Welt verstreutes Volk «geschenkt» bekamen. Und selbst dieser vordergründige Gewinn war teuer zu bezahlen. Denn die willkürliche, menschenrechtsverachtende Installation des Staates Israel sorgte allein schon dafür, dass dieser Staat permanenten Schutz zu seiner langfristigen Erhaltung benötigen würde. Damit konnte und kann nicht nur die dauerhafte Mitarbeit einzelner Menschen, sondern es konnte und kann gar die Unterstützung eines gesamten Volkes erpresst werden.

Ein Volk und sein Glaube waren damit als zusätzliche Tarnungsebene eingekauft und vorgeschoben.

Parallel dazu hatte die englische Politik noch weitere Beiträge geleistet. Sie hatte sich die nationalen Interessen anderer Länder für ihre Ziele nutzbar gemacht. Und um den Knoten möglichst noch unentwirrbarer zu gestalten, wurde er mit dem seit Jahrhunderten erprobten Geschick englischer Politiker, die aus allen Konflikten zwar immer als Sieger, aber nie als Konfliktverursacher hervorgegangen waren, mit einem Gebirge moralischer Floskeln, als Rechtfertigung der eigenen Position und zur Diffamierung anderer, gründlich durchwirkt. Ein immer dichter gewebtes Tarnungsgestrüpp, zusätzlich überzogen mit

gerüchteumwogenen Geheimbünden und Freimaurern, komplettierte das Täuschungsvorhaben.

Betrachtet man nun die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts im Gesamtblick, so bleibt faktisch festzustellen,
dass das Britische Empire trotz des siegreichen Abschlusses von zwei Weltkriegen selbst untergegangen war, und dass dabei Eng-

land, das ursprüngliche Zentrum der Macht, mit jedem Jahr mehr in der Bedeutungslosigkeit versank.

An seine Stelle waren «aus dem Nichts» die USA getreten. Eine USA, dank der Übernahme durch das englische Grosskapital zu dessen Kolonie geworden, wurde nun von seinen Politikern zur dominierenden, finanzstarken Weltmacht gemacht. Innerhalb von 50 Jahren hatte eine zuvor annähernd unbeachtete Randmacht, wenn auch seither selbst am Gängelband, die Dominanz übernommen. Und dieser Dominanz hatten sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur die Sowjetunion und China entziehen können.

Und, wie widersinnig es sich auf den ersten Blick auch anhört, die freiheitlich-transparenten Monarchien Europas waren verschwunden und durch demokratisch-kriminelle Systeme ersetzt worden.

Der einzige Schutz, der Deutschland vor der sofortigen Vereinnahmung durch die mit der anglo-amerikanischen Demokratie verbundenen, informellen Herrschaftsstrukturen bewahrte, lag in der preussischen Erziehung und den übernommenen preussischen Werten der deutschen Beamtenschaft und Justiz.

Erst als diese weitestgehend pensioniert war, nahte mit Kohl auch auf diesem Gebiet die «demokratische» Wende.

Wo aber war das gewaltige Vermögen des privaten Empire geblieben? Hatte es doch seine politische Basis und seinen politischen Schutz während dieser Zeit in keiner Phase verloren, und konnte es

auch noch in zwei Weltkriegen mit sicherlich hoher Gewinnrate auf der Siegerseite eingesetzt werden, so kann es sich unmöglich aufgelöst oder verringert haben, es muss selbst nochmals enorm angewachsen sein. Nur, wo war es geblieben?

Wenn das riesige Vermögen des privaten Empire vom Anfang des 20. Jahrhunderts, obwohl noch erheblich angewachsen, sich dabei aber «dem Blick des Beobachters» entzogen hat, so müssen Möglichkeiten und Wege geschaffen worden sein, das Vermögen für den Aussenstehenden zu anonymisieren, d.h. Eigentumsverhältnisse waren hinter Strukturen versteckt, die jede direkte Zuordnung verhinderten.

So hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts also nicht nur über die Politik dieser Welt, sondern auch über die tatsächlichen Eigentums- und Vermögensverhältnisse, in Form von anonymen Kapitalgesellschaften, Trusts und Fonds ein immer dunkler werdender Schatten gelegt.

Die Ursprünge der modernen Politik

Sie zu finden, müssen wir bei der Entstehung, der Geburtsstunde der zentralen, heute noch aktuellen, gesellschaftlichen Grundlage, *der modernen Demokratie*, beginnen. Dieses gesellschaftspolitische Fundament wurde, wenn auch zunächst nur auf eine kleine Insel begrenzt, bereits vor langer Zeit entwickelt und benötigte dann Jahrhunderte, um sich auf das heutige Niveau zu «erheben» und um solchermassen im 20. Jahrhundert seinen Siegeszug um den Erdball anzutreten.

Als Geburtsstätte der modernen Demokratie gilt England. Schon im 13. Jahrhundert waren in England die ersten strukturellen demokratischen Grundzüge entstanden, die die Jahrhunderte überdauert haben. Auch wenn es während dieser Zeit erhebliche Kompetenzverschiebungen innerhalb der politischen Strukturen gegeben hatte, so sind sie selbst doch weitgehend unverändert geblieben. England, die älteste, über Jahrhunderte erstarrte und gewachsene Demokratie. Eine Demokratie zunächst des Adels, später um die Komponente Volk ergänzt, welches sein Parlament wählt, das allgemeingültige Gesetze erlässt, an die sich jeder zu halten hat.

Oder genauer: England verfügt über die Jahrhunderte sogar über zwei Parlamente, wovon das zweite, ursprünglich das erste, das Oberhaus, vor wenigen Monaten völlig in Frage gestellt wurde. Über beiden Parlamenten sitzt nur noch der englische Monarch, dessen Kompetenzen, wenn auch verschiedentlich geschmälert, bis ins 19. Jahrhundert Bestand hatten, heute aber formal auf reine Repräsentationsaufgaben zurückgeführt sind.

Seit seinen demokratischen Anfängen hatte sich die englische Politik also in den Spannungsfeldern Volk, Unterhaus, Oberhaus und Monarch organisiert. Ein in sich geschlossenes System, hatte man es doch schon frühzeitig verstanden, jeden fremden machtpolitischen Einfluss, selbst den der katholischen Kirche, auszuschalten.

Nach vielfältigen Wirren in Stammes- und Fürstenkriegen hatte sich der englische Teil der britischen Insel zu einem demokratischen System zusammengefunden, in dem die Gegensätze dadurch ausgeglichen wurden, dass jede Partei mitreden und damit auch mitregieren konnte. Obwohl anfangs das Parlament der Vielhaber, das Parlament des Land- und Geldadels, das Oberhaus, die meisten Kompetenzen auf sich vereinte, gelang es dem Parlament der Wenighaber, dem Parlament der Patrizier (die Nichtshaber konnten hier später eingebunden werden), sich bis heute annähernd alle Kompetenzen zu erstreiten.

Während im restlichen Europa Monarchen, von Gottes Gnaden und mit päpstlichem Segen und Einflussnahme, sonst aber mit absoluter Macht ausgestattet, herrschten, sie also in einer allmächtigen Machtposition alle Rechte und auch alle Verantwortung innehatten, hatte England sich in seiner, wenn auch anfangs nur dem Adel vorbehaltenen, Demokratie organisiert.

Rechnen wir dem Oberhaus den Monarchen hinzu, dem Unterhaus das gesamte englische Volk, so wird England von zwei Parlamenten regiert. Also nicht nur die erste Demokratie, sondern auch die erste, parlamentarisch formierte Zweiklassengesellschaft. Ein duales System. Beide Teile im permanenten Streit über Ziele und Wege. Demnach hätte Englands Parlamentarismus eigentlich immer mit sich selbst im Verteilungskampf um Macht- und Wohlstand liegen müssen. Ausgetragen im Spannungsfeld zwischen Unter- und Oberhaus, Unter- und Oberschicht. Wie die vergangenen Jahrhunderte aber zeigen, war dieser Verteilungskampf wenig hinderlich. Denn trotz, oder auch gerade wegen eines Unter- und Oberhauses, hat es das kleine England gar zur Weltmacht gebracht.

Ob es nur daran lag, dass die Grenzen zwischen Ober- und Unterschicht einseitig durchlässig sind, lässt sich kaum feststellen. Zumindest war es nicht hinderlich, dass, sobald ein Mitglied der Unterschicht genügend persönliches Vermögen oder andere Verdienste angesammelt hatte, der englische Monarch über die Möglichkeit ver-

fügte, den Verdienstvollen zu würdigen und in die Oberschicht aufzunehmen. So konnte immer der Rahm der Unterschicht abgeschöpft und nach oben befördert werden, womit zu allen Zeiten jede innere Aufwertung der gesamten unteren Magerstufe verhindert wurde. Wollte nun der Rahm nicht von der Magerstufe regiert und dominiert werden, so musste er sich, waren seine Mitglieder von einem neuerlichen Kompetenzverlust betroffen, etwas einfallen lassen. Da der Rahm die Magerstufe, egal zu welchem Zweck, und sei es nur zum Arbeiten oder zum (Be-) Dienen, immer zum eigenen Wohlergehen benötigte, musste bei der Magerstufe dafür gesorgt werden,

dass sie zu keiner Zeit zum Schaden des Rahms regierte und dabei aber zu allen Zeiten den Eindruck hatte, durch und über ihr (Unter-)Parlament, selbst zu bestimmen.

Damit konnten dann auch alle politischen Fehler oder Fehlentwicklungen in ihrer Verantwortung dem Unterparlament zugeordnet werden, d.h., da das Volk selbst dieses Parlament gewählt hatte, war letztlich auch das Volk an allen herrschenden Missständen und Misserfolgen selbst schuld. Gleich wie gross ein Unrecht oder Missstand auch ausfallen würde, so musste sich jede aus dem Volk kommende Gegenwehr und jede Veränderung maximal gegen die Besetzung des Unterparlaments richten. Der Deckel würde immer auf dem Topf bleiben, das Gesamtsystem nie in die Gefahr einer grundsätzlichen Veränderung geraten. Und so hat der duale Parlamentarismus Englands über lange Zeit bis heute bestehen können, wo der Deckel selbst nur noch verzögernde Rechte hat.

Und der Rest der Welt hat offenbar zu keiner Zeit das englische System in seinem so unangreifbaren und unveränderbaren Kern verstanden oder verstehen wollen.

Ein strukturell ausgewogenes System, aus dem dessen Führungsschicht, ungestört durch die sich unterhalb abspielenden, inneren Konflikte, ihre volle Aufmerksamkeit und Tatkraft dem Rest der Welt zuwenden konnte.

Ob der Ursprung der englischen Demokratie aus kühlem politischen Kalkül, oder mehr aus politischen Reaktionen entstand, ist unbekannt und letztlich auch unerheblich. Wichtig und bedeutsam ist allein, *dass sie entstanden war.*

Obwohl in den Anfängen die Oberschicht über fast alle gesellschaftlichen Vermögensteile und über die gesamte politische Macht verfügte, hatte sich die Unterschicht doch ihr eigenes, wenn anfangs auch nur begrenzt mitsprachefähiges, Parlament erstritten.

Dieses Parlament der Unterschicht so einzusetzen, dass aus seiner Tätigkeit der Oberschicht der optimale Nutzen erwächst, musste zu allen Zeiten das permanente Ziel der Oberschicht sein und bleiben. Dazu reichte es aber nicht aus, nur den Rahm der Unterschicht abzuschöpfen, sondern dazu war es zwingend erforderlich, permanent Einfluss zu nehmen und steuernd einzugreifen, sollte doch die Unterschicht die Politik und die Ziele der Oberschicht sich zu eigen machen und tatkräftig umsetzen. Eine vielleicht perverse, aber doch sehr ausbaufähige Konstruktion und Konstellation.

Unabhängig von jeder Macht- und jeder Beherrschungsform hatte die englische Demokratie allen damit wenig oder überhaupt nicht in Berührung stehenden Mitgliedern der englischen Gesellschaft, der Masse des Volkes, einen persönlichen Rechts- und auch Freiheitsstand beschert, wie er sonst nirgendwo auf der Welt erreicht war. Auch wenn dies immer nur soweit galt, wie der Normalverbraucher nicht auf die übergelagerten Interessen des Herrschaftsapparates traf oder ihnen gar im Wege stand, so stand der allgemeine Rechts- und Freiheitsraum immer weit über dem, was in anderen Ländern üblich war.

War die Oberschicht mit den formalen Kompetenzen zunächst auch jede nationale und soziale Verantwortung auf sehr elegantem Wege losgeworden, so dachte sie aber niemals daran, parallel dazu auch die Herrschaft abzugeben, d.h., alle Macht musste oben bleiben, alle

Pflichten unten. Was dann noch blieb, war die Konstruktion und Entwicklung von Verfahren und Wegen, mit und auf denen die parlamentarischen Entscheidungen der Unterschicht, sollte sie nicht tatsächlich Macht und Herrschaft übernehmen, unterlaufen und die Oberschicht weiterhin dominieren und dirigieren konnte.

Da solches in den formal-parlamentarischen Strukturen der Demokratie nicht nur nicht vorgesehen war, sondern deren Sinn einzig darin lag, genau solches auszuschliessen, war eine weitere Regentschaft der Oberschicht nur über *informelle Strukturen* und mit *illegalen Mitteln* – *wovon Korruption, Erpressung und Mord nur einige sind* – möglich. Informelle Strukturen und illegale Mittel, die nach dem Aufkommen moderner Medien und ihren Möglichkeiten um diese noch ergänzt werden konnten. Da diese Medien *natürlich* in den Händen der Oberschicht waren, konnte sie nicht nur, wie zuvor, das Unterparlament und die Regierung, sondern über die modernen Medien nun auch jedes einzelne Mitglied der englischen Gesellschaft ganz direkt beeinflussen und manipulieren, und so für ihre Ziele und Zwecke einstimmen und einspannen.

Informelle und illegal-kriminelle Strukturen, Verfahren und Wege, die ungestört und ungehindert über Jahrhunderte bestanden und dabei verfeinert und weiterentwickelt werden konnten, dies ist der zweite, *unsichtbare Teil der englischen Demokratie*. Waren die sie nutzenden Strukturen während der gesamten Zeit doch keiner äusseren Veränderung unterworfen.

Die innerhalb der englischen Demokratie fortschreitende Entwicklung der informellen Strukturen lässt sich recht einfach daran ablesen, wann welche Kompetenzen offiziell vom Oberhaus in die Verantwortung des Unterhauses übergangen oder an dieses «freiwillig»

oder per Revolution abgegeben wurden. Denn keine der je abgegebenen Kompetenzen und Rechte waren aus Verzichtsanfällen der Oberschicht entstanden, um sich so letztlich selbst auf das Niveau der Unterschicht zu begeben, sondern der offizielle Verzicht konnte immer

dann geübt werden, wenn das, worauf offiziell verzichtet wurde, so es denn für die Oberschicht überhaupt von Interesse war, auf inoffiziellen oder informellen Wegen gesichert und beibehalten werden konnte.

Im Jahre 1900 war fast alle Macht, waren fast alle politischen Kompetenzen vollständig im Unterhaus angekommen, was nun nicht etwa besagte, dass dort auch unabhängig darüber verfügt werden konnte, sondern nur, dass die informelle Macht des Oberhauses soweit ausgebaut und perfektioniert war, dass sie sich selbst offiziell weitestgehend zurückziehen konnte.

Wie weit diese Entwicklung vorangeschritten war, zeigt sich insbesondere daran, dass es seither zur Beherrschung und Einflussnahme auf fremde Nationen als völlig ausreichend angesehen wurde, dafür zu sorgen, dass dort eine solche *englische Demokratie* installiert wurde, die es zuliess, parallel über die in England erprobten und praktizierten, informellen Strukturen eingreifen zu können.

So wurde die englische Demokratie der Beherrschungsexportschlagwerkzeug des 20. Jahrhunderts. Nicht der Demokratie selbst, sondern erst dem mitgelieferten, informell-subversiven, englischen Know how verdankt sie ihren Erfolg.

Damit konnte allein über die national-parlamentarischen Führungsspitzen der weltweite Einfluss und die Dominanz der englischen Führungsschicht umgesetzt werden, ohne dass auch nur eine der demokratisierten Nationen bemerkte, was tatsächlich als ach so «freiheitlich-rechtstaatlich» für sie aus England importiert worden war.

Der Bluff und Betrug fast eines ganzen Jahrtausends!

Wie allgemein, wie weit verbreitet und wie tief verwurzelt die kontinentaleuropäische Ansicht englischer Politik selbst bei höchsten und höchst qualifizierten Politikern schon früher war, zeigen allein die Ansichten des Fürsten Bismarck im Bezug auf die englische Politik.

In seinen Gedanken und Erinnerungen von 1898 schreibt er:

« Die Politik einer jeden Grossmacht wird immer wandelbar bleiben im Wandel der Ereignisse und der Interessen, aber die englische ist darüber hinaus von dem Wandel abhängig, welcher sich durchschnittlich alle fünf bis zehn Jahre in dem Personalstande des Parlaments und des Ministeriums zu vollziehen pflegt ».

Die englische Oberschicht, parlamentarisch vertreten im englischen Oberhaus, an deren Spitze der englische Monarch, war und ist die Gruppe, die seit Entstehung der englischen Demokratie die weltweite Entwicklung in immer gesteigerter Form beeinflusste und gestaltete, und die heute auf dem Wege ist, die gesamte Welt zu unterwerfen, wenn sie sich dazu auch genötigt sah, nicht nur Mitglieder eines kleinen alten Volkes, sondern auch andere ausländische Teilnehmer in ihren Club aufzunehmen.

Das englische Oberhaus, die «Creme» der englischen Gesellschaft, hat sich im 20. Jahrhundert kontinuierlich zu einem informellen weltweiten Oberhaus gewandelt und erweitert.

In ihm ist heute der neue Weltadel versammelt.

Und da die Entwicklung nicht nur in England die politischen Kompetenzen immer verstärkter aus den Parlamenten «entführt» hat, ist jede eigene parlamentarische Kompetenz der Oberschicht im weltweiten Demokratismus überflüssig und jede dort aufgewendete Minute reine Zeitverschwendung. Konnte die den Völkern vorgegaukelte parlamentarische «Arbeit» doch auf bezahlte Polit-Schauspieler übertragen werden, nachdem die gesamte politische Macht zuvor vollständig auf informelle und wirtschaftliche Strukturen verlagert wurde.

Und, angelehnt an das formale englisch Prozedere kann auch künftig jeder, der es sich, womit auch immer, «verdient» hat, als neues Mit-

glied in den Weltadel «berufen» und aufgenommen werden. So verfügen heute selbst die offiziell regierenden Polit-Schauspieler über eine echte Karriereperspektive.

Nicht «ihr» Volk oder «ihre» Nation zu deren bester Wohlfahrt zu regieren, ist die Motivation der weltweit regierenden Politgangster. Ihre Regierung dazu zu nutzen, das Erste zu zerstören, um dann das Zweite der Beherrschung des Weltadels zu unterstellen und auszuliefern, das ist ihre Aufgabe. Um zur Belohnung dafür selbst und ganz persönlich in den Weltadel aufgenommen zu werden, dass ist ihr Ziel!

Wie das geht, haben nicht nur ein Michael Gorbatschow und ein Boris Jelzin gezeigt, sondern auch ein gewisser Dr. Helmut Kohl dürfte mit «allen Ehren» und grossem Bahnhof die Aufnahme geschafft haben.

Das es aber offenbar zur eigenen Motivation schon ausreicht, an politisch hervorgehobener Position überhaupt eingesetzt zu sein, zeigt heute ein Gerhard Schröder mit vollem Engagement.

So sind die englischen Monarchen erheblich anders einzustufen, als das, als was sie von den «stets kritischen Medien» so offenherzig hingestellt werden.

Die Queen ist weitaus mehr, als nur das «not amused» Tantchen mit der Handtasche.

Noch Fragen? Vielleicht zu den USA, den Juden, den Freimaurern (Ausschuss- oder Kommissionstagen des Weltadels sind wohl

kaum als eigenständige Logen zu bezeichnen)? Oder gar zum deutschen Kaiserreich, zu Preussen? Fragen z.B. zu deren staatsverpflichteten und rechtsbewussten Beamtenstrukturen, die immer allen informellen Machenschaften entgegenstehen würden, womit selbst 1949 eine englische Hintergrunddemokratie in der neuentstandenen BRD

nicht installierbar war? Erst zu Kohls Zeiten waren die Voraussetzungen für eine informelle Unterwanderung geschaffen. Waren zu diesem Zeitpunkt die preussischen Tugenden doch endlich personell «ausgewachsen» und per natürlicher Fluktuation in Pension geschickt.

In allen Fragen sollte für eine Beantwortung allein eigenes Nachdenken völlig ausreichend sein. Zumindest kann sich jeder dabei sicher sein, nicht auf Informationen und Leute zu stossen, die für nichts anderes bezahlt werden, als für Fallenstellen und den Aufbau von Irrwegen.

Eine Gruppe steuert die Menschheit, die sich dazu nicht auf irgendwelche Ideologien oder einen Glauben stützt, sondern deren Mittel zum Zweck einzig das Geld ist, die vielleicht erfolgreichste Ideologie. Geld, das nicht zu seiner selbst verwendet oder eingesetzt wird, also *nicht Gewinnsucht oder Geldgier treibt diese Gruppe*, sondern Geld bereitet den «ideologischen» Weg zu Macht und Beherrschung.

Der vorletzte Schritt

Und heute die Globalisierung. Nicht nur eine extreme Form der privaten Machtpotenzierung, sondern parallel dazu versinken Politik und Wirtschaft in totaler Finsternis, abgedunkelt unter dem Schirm zentral gesteuerter Medien, deren ursprünglicher Auftrag sich von der Informationsweitergabe immer mehr zur Desinformation mit Gehirnwäschecharakter gewandelt hat.

Unter dem Begriff Globalisierung sind auch Vorgänge enthalten, mit denen in grossem, eben globalem Stil fremde Vermögen gebündelt und in ihrer Bündelung dazu verwendet werden, eine machtpolitische Basis für die Verwalter zu schaffen. So entstanden Finanzfonds mit einem Einzelvolumen von bis zu 600 Mrd. \$. Ein Volumen, mit dem ganze Volkswirtschaften existentiell beeinflusst werden können. Und

jede einzelne Grossbank verwaltet eine Vielzahl unterschiedlich dimensionierter Fonds. Grosse Volksteile finanzieren mit ihrer Geldgier die eigene Plünderung und Versklavung!

Nur, was nützen die meisten und grössten Fonds, ohne das dazu passende Anlagepotential. So werden allein zur Schaffung dieser Potentiale zunächst alle Unternehmen, sobald sie eine bestimmte Grösse erreicht haben, für den vorherigen Unternehmer äusserst profitabel, börsenfähig gemacht. Reichen aber auch diese Unternehmen noch nicht aus, werden selbst schon Konzepte und Ideen, gleich wie unwirtschaftlich die aktuelle unternehmerische Anfangsumsetzung auch läuft, in den Investitionstopf aufgenommen. Für die Verwalter der Vermögen ein machtpolitisch interessantes und dabei hoch profitables und für sie risikoloses Geschäft.

Waren in der Vergangenheit Leistungskraft und Volksvermögen die Basis der Nationalstaaten, so findet mit der Globalisierung als zentraler Gedanke ein Vorgang statt, mit dem die Machtbasis von den Nationalstaaten in – ausserhalb jeder Kontrolle stehende – Privathände wandert. Mit der Globalisierung wird ein Prozess abgeschlossen, mit dem die politische Präferenz endgültig von der staatspolitischen Ebene, der Gesellschaft, in die Hände der Wirtschaft, der Gesellschaften und der sie steuernden Eigentümer übergeben wird. Künftig wird sich jeder Staat entweder den politischen Forderungen der ihn dominierenden Wirtschaftskonzerne beugen müssen, oder aber er hat die Konsequenzen zu tragen. Das sind Konsequenzen einer weltweit dominierenden und nach einem einheitlichen Denkschema agierenden Wirtschaftsmacht, *die keinem Recht und keiner politischen Kontrolle mehr unterliegt, sondern die ihrerseits ihr Recht und ihre Politik vorgibt*. Ein Globalisierungsprozess, der nur von den Nationalstaaten oder, *was heute nicht mehr das Gleiche ist*, von den Nationen verhindert werden könnte. Allein, dass die Globalisierung bisher nicht verhindert wurde, sondern permanent gefördert wird, zeigt deutlich, wessen Interessen heute selbst von den nicht-anglo-amerikanischen, «freiheitlich demokratisch» gewählten Regierungen der Nationalstaa-

ten tatsächlich vertreten werden. Er zeigt aber auch, welcher weltweite Verblödungsgrad mit der Informationsmanipulationsmacht der Medien geschaffen wurde.

Wurde die Aktion zum Transfer britischen Kolonialvermögens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und wird die aktuell unter dem Titel Globalisierung laufende Aktion auch nicht von den gleichen Personen betrieben, so wurden nicht nur die Eigentumsverhältnisse, sondern auch das ursächliche individuelle Machtstreben beibehalten. Und selbst die Dimension beider Vorhaben ist vergleichbar. Zwei grosse Strecken eines Weges.

Eine um das Jahr 1900 angetretene Macht ist im Zielbereich ihrer Planungen angekommen. Wurde doch nicht nur die vermögensgesteuerte politische Macht und Dominanz über die Völker dieser Welt erreicht, sondern ist es gar gelungen, die weltweite Gehirnwäsche soweit zu perfektionieren, dass die unterjochten Völker und Kulturen nun sogar bereit sind, sich selbst auszulöschen. Die Menschheit demontiert ihre eigene Basis, die wichtigsten und zentralsten Werte ihrer Vergangenheit, ihre Rechte und selbst ihre Kulturen: Werte, die hunderte von Generationen erarbeitet, erstritten und erkämpft haben!

Aber nicht nur ehemals staatliche, also im Dienste der Allgemeinheit stehende Entscheidungs- und Steuerungskompetenzen werden in Wirtschaftsorganisationen und übergeordnete, unkontrollierte Polit-, Militär- und sonstige Organisationen «ausgelagert». Noch weitaus subversiver erfolgt parallel eine Verschiebung der gesam-

ten gesellschaftlichen Ordnung. Während diese heute nur noch in den erwerbswirtschaftlichen Bereichen konsequent aufrechterhalten wird, verkommt die Gesellschaft zur «freien», zügellosen und keine Perversion scheuenden Spass- und Lustgesellschaft für jedermann und jede individuell noch so verkommene Anlage. Wird der Einzelne schon heute nicht mehr als Teil einer zur Auflösung freigegebenen Staatsgemeinschaft benötigt – hier kann jeder zunächst tun und treiben, was

er will – so wird er nur noch dazu benutzt, zum allgemeinen Unterhalt(ung) beizutragen und den Machern bei ihrem Machen möglichst nicht im Wege zu stehen. Um eine völlige Auflösung zu verhindern, kann heute nicht mehr auf Erziehung und individuelle Einsichten zurückgegriffen werden, sondern der gesamte Spasshaufen *muss zwangsläufig* durch ein immer engmaschigeres Kontroll- und Überwachungssystem zusammengehalten werden. Sind doch nicht individueller Spass und Lust das gesellschaftliche Ziel, sondern dienen deren exzessiven Auswüchse in ihrer mediengestützten Verallgemeinerung einzig dazu, *Kontrolle und Überwachung weiter auszubauen, womit vorgebliche Freiheiten letztlich nur zu deren weiterer Einschränkung genutzt werden.*

Standen anfangs die rein finanzpolitischen Problemlösungen im Vordergrund, so ist zwischenzeitlich vom privaten Empire und seinen Verwaltern, beide aus dem Schatten von Fonds und Grosskonzernen, den sog. Global Players, agierend, auch die Frage nach dem: «Was kommt danach?» offenbar konsequent beantwortet worden.

Dienten Finanzmittel seit Jahrhunderten dazu, die Politik der Völker zu beeinflussen und in ihren Dienst zu stellen, so ist es zwischenzeitlich mit einer ausgeklügelten Informationsmanipulationsstrategie gelungen, ein auf verschiedenste Varianten der Korruption aufgebautes, selbsttragendes System zu installieren. Mit Hilfe der zu Gehirnwäscheinstrumenten mutierten Medien konnte die direkte Macht annähernd bis auf jedes Individuum der gesamten Menschheit ausgeweitet werden. Selbst die Hirne und damit das Denken der gesamten Menschheit, wurden unterworfen. Macht in höchster und fast vollendeter Ausprägung. Machtausprägung auf Glaubensniveau.

Nicht nur Fakten und objektive Wahrhaftigkeit konnten ersetzt werden, selbst das aktuelle Sein wird heute vom konstruierten Schein überlagert.

Der Abschluss? Das letzte Ziel?

Bei den gering verfügbaren Fakten kann und soll zu diesem Punkt, dem letzten Ziel des seit Anfang des 20. Jahrhunderts geschaffenen Systems, nur eine Hypothese aufgestellt werden. Eine Hypothese, nicht völlig abgehoben, sondern eine solche, die bei den heute erreichten Zuständen auch als machbar erscheint.

Die Menschheit und ihre über Jahrtausende entwickelten Kulturen wurden während des 20. Jahrhunderts zu einem Haufen manipulierter Kreaturen *zurückentwickelt*. Auf diesen unperfekten Haufen in Zukunft ganz zu verzichten, und ihn durch perfekte Wunschkonstruktionen zu ersetzen, ist bei dem erreichten Stand der Gentechnologie in realisierbare Nähe gerückt.

Mit gentechnologischen Instrumentarien selbst im menschlichen Erbgut zu forschen und dies tatsächlich mit dem Argument der Krankheitsbekämpfung zu rechtfertigen, ist nun schon mehr als nur fadenscheinig. Würde damit die versammelt angetretene, weltweite Pharmaindustrie sich letztlich mit nichts anderem beschäftigen, als nach Wegen zu suchen, sich selbst überflüssig und entbehrlich zu machen!

Über den Sinn und Zweck des eigenen Tuns nachzudenken ist aber nicht so sehr ein Versäumnis der Pharmamanager, sondern dieses Versäumnis liegt noch viel direkter bei denen, die dort nach Manipulationswegen forschen. Wer das versucht und beherrscht, kann nicht dumm genug sein, nicht zu wissen, welchem tatsächlichen Ziel er zuarbeitet.

Wollen vormalige Profithaien und ehemals politische Manipulateure heute, mit einem letzten Schritt, in göttliche Nähe aufsteigen? Ist das Denken derer, die dem ehemaligen Britischen Empire nachgefolgt sind und die heute diese Welt und das Bild von dieser Welt in den Köpfen der Menschheit steuern, tatsächlich so krank? Ist es vielleicht nur übernatürlich konsequent? Sollte eine Menschheit, die so

verblödet und manipulationsanfällig ist, dass sie nicht nur ihre Umwelt und damit die eigene Existenzbasis vernichtet, sondern gar dazu gebracht werden kann, sich selbst zu liquidieren, nicht dringend durch eine bessere ersetzt werden? Die heutige Menschheit als eine möglichst schnell zu überwindende Entwicklungsstufe?

Soweit die Hypothese.

Haben wir noch Alternativen? Gibt es noch eine Rettung?

Gibt es, bei den schon heute erreichten Zuständen und abgeschlossenen wie auch eingeleiteten Entwicklungen, aus den von egoistischen, blinden oder kriminellen, zumindest aber verantwortungslosen Politikern geschaffenen Fakten, noch einen Ausweg? Gibt es noch eine realistische Alternative?

Solange es noch Menschen gibt, gibt es auch Alternativen.

Wie wäre es mit einer Demokratie ohne die «altehrwürdige», englisch-informell untermauerte Zweiklassengesellschaft; wie wäre es mit einer deutschen Vision, statt einer englischen Demokratie?

- Eine Demokratie der Transparenz, der Meinungs- und Medienvielfalt und -freiheit.
- Eine Demokratie, in der das Volk sich seine Verfassung selbst gibt und in der es auch über jede Veränderung daran selbst entscheidet.
- Eine Demokratie, in der auch Vermögen verpflichtet. In der mit dem Vermögen auch die soziale Verantwortung steigt.
- Eine Demokratie ohne Berufspolitiker, da jeder Mandatsträger nur einmalig für eine Legislaturperiode gewählt werden kann.
- Eine Demokratie mit echter Gewaltenteilung, ohne Justizministerium, dafür mit politisch unabhängigen Kontrollen.
- Eine Demokratie ohne Zinsprofite und Existenzspekulation.
- Eine Demokratie ohne weisungsgebundene Staatsanwälte, ohne politikabhängige Richterkarrieren
- Eine Demokratie mit einem politikfreien Beamtentum. Beamte als

Diener des Staates, der Allgemeinheit, und nicht als Diener politischer Richtungen oder Parteien.

- Eine Demokratie, deren höchstes Gut das für alle gleiche Recht ist.
- Eine Demokratie, in der Amts- und Mandatsträger ihre Entscheidungen und ihre Politik persönlich zu verantworten haben.
- Eine Demokratie, in der Verstösse gegen den Amtseid mit allerhöchsten Strafen geahndet werden.
- Eine Demokratie ohne steuerfinanzierte Parteiendiktatur.
- Eine Demokratie, die ihre wehrpflichtigen Streitkräfte nur dem eigenen Kommando unterstellt und sie ausschliesslich mit dem Auftrag zur Selbstverteidigung unterhält.

Dies könnte eine Alternative sein. Und auch die Punkte liessen sich noch erheblich ergänzen. Nur ist selbst jeder einzelne Punkt heute nur ein Traum, denn eine solche Demokratie gibt es in keinem Land der Erde.

Nur wird schon das Erreichen einer Ausgangsposition, aus der solche oder andere Alternativen überhaupt aufgebaut werden können, mit jedem Jahr schwieriger. Denn mit vielen der zwischenzeitlich geschaffenen Fakten wurde offensichtlich auch der Zweck verfolgt, den eingeschlagenen Weg möglichst unumkehrbar zu machen und jeden Ausweg zu verbauen. Bevor überhaupt Entwicklungsalternativen angepackt werden können, muss nicht nur die laufende Entwicklung gestoppt, sondern bereits geschaffene Tatsachen müssen rückentwickelt, der verschlungene Knoten muss entwirrt werden. Wäre auch ein Löschen der Fehlentwicklungen oder ein Ausklammern des Betrugs des 20. Jahrhunderts vielleicht wünschenswert, so ist das wenig realistisch. Aber selbst die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, gleich mit welchen Betrügereien und Täuschungen sie erreicht wurden, haben zumindest den Vorteil, daraus selbst noch aus Einzeltendenzen lernen zu können, insbesondere was es künftig zu vermeiden gilt: Jede Art von Imperialismus, Fremdbeherrschung, Unterdrückung und fremde Ausbeutung, wie auch alle Mittel, die zu solchen Vorhaben erforderlich sind, müssen immer, selbst für den Initiator, kontraproduktiv sein.

Es werden aber nur solche künftigen Alternativen bestehen, welche die freien Entwicklungsprozesse, wie sie bis Anfang des 20. Jahrhunderts liefen, respektieren und berücksichtigen.

Die Verantwortung muss den Völkern wieder selbst übertragen werden. Nur Menschen können die Menschheit befreien und retten.

Jedes Volk muss die Möglichkeit erhalten, es selbst zu sein. Denn nur die Volkseinheit bietet die harmonischste Möglichkeit für ein Nebeneinander der Einzelnen. Nur die Einheit eines Volkes fördert auch die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. So fördert die Einheit eines Volkes auch einen verantwortlichen Umgang mit den Nachbarn, mit seinem Teil der Natur, oder auch mit seiner Handhabung jeder technischen und technologischen Entwicklung.

Nur die Einbindung des Einzelnen in eine Verantwortungsgemeinschaft kann langfristig zu einer verantwortungsvollen Entwicklung ihrer selbst führen wie auch dazu, die menschliche Existenzgrundlage, die Natur, zu erhalten.

Nicht die totale Freiheit des Einzelnen kann das Ziel sein, sondern seine verantwortungsbewusste Einbindung in ein freies Volk, das ist die Alternative. Eine Alternative, aufgebaut und gegründet auf Jahrtausenden der kulturellen Entwicklung der Völker.

Nur wird der erste aller Schritte immer der sein müssen, dass jeder einzelne zunächst «seinen eigenen Kopf» befreit.

Und selbst das ist heute nicht mehr einfach oder leicht. Wurde doch durch den Einsatz gleichgeschalteter Medien, deren zentraler Auftrag nichts Geringeres war und ist, als mit Mitteln der Gehirnwäsche die wohl widersinnigste aller Weltanschauungen, den «Globalismus», in den Köpfen zu installieren, ein geistiges Gesamtklima geschaffen, wie es unsinniger nicht sein könnte.

Diesen eigenen, manipulierten Zustand zunächst zu erkennen, um damit die Voraussetzungen zu schaffen, wieder (oder erstmalig) eigene Überlegungen anstellen zu können, das ist der eigentliche Zweck und Sinn der hier aufgeschriebenen Überlegungen.

Nur wer in der Lage ist, die Welt so zu sehen, wie sie tatsächlich ist, nur wer die Ursachen und Absichten erkennt, nur der kann überhaupt zu einer Rettung und Besserung beitragen.

Drogen werden nicht nur gespritzt, geschnupft, geschluckt oder inhaliert. Mit Hilfe der Medien ist es gar gelungen, *Informationen zu Drogen* zu degradieren und als solche unerkannt *unters Volk zu bringen*.

Geld als Ideologie, Informationen als Drogen. Das sind die Mittel für Weltmacht und -beherrschung!

Und auf dieser Basis steht dann die endgültige Versklavung der Menschheit.

Wie dringend und drängend die aktuelle Problementwicklung verläuft, zeigt die immer stärkere physische und auch psychische Entwurzelung der Menschen bei ihrer individuellen Suche. Zieht es die einen in fremde Länder, um besser leben zu können, flüchten andere zu Irrglauben, Geistern und Gurus, um die Realitäten zu ertragen, zu vergessen, oder um eigene zu finden.

Und selbst am Ziel ihrer Suche angekommen, suchen diese angeblichen Individualisten wiederum letztlich nur das Gleiche, was sie zuvor bereit waren aufzugeben. Eine zu ihnen und ihrer Mentalität passende Gemeinschaft. Eine **Weglaufgesellschaft** hat sich entwickelt. Eine Gesellschaft, die, statt ihre Probleme dort zu lösen, wo sie sind, sich lieber «auf den Weg macht», um irgendwo, im Diesseits oder Jenseits, eine Welt zu finden, von der sie hofft, *dass andere ihre Probleme dort bereits gelöst haben*. Und viele von denen, die bleiben und geblieben sind, müssen die Unerträglichkeiten mit Selbstbetrug und Selbsttäuschung abdecken (oder sich mit solchem berieseln lassen), um damit fertig zu werden.

Der Ruf einer menschlichen Zukunft müsste sich wohl so anhören: «Kommt zurück und helft, die Probleme eures Volkes mit eurem Volk zu lösen. Denn ihr, die Weggelaufenen und die geistig Geflüchteten, ihr seid das Salz eures Volkes. Ohne euch sind euer Volk und ist auch die Menschheit verloren».

So haben 100 Jahre weltweiten Betrugs und weltweiter Täuschung noch weitaus schlimmere Spuren hinterlassen und Realitäten geschaffen, als auf den ersten Blick schon zu erkennen ist. Charakterlosigkeit und Feigheit, auch als Nebeneffekt eine Realität.

Nur hat heute niemand, auch keines der Völker dieser Welt, allein die Möglichkeit, sich selbst auf dem von ihm bewohnten Landstück in seiner Kultur frei zu entwickeln. Nicht nur, dass der Einfluss der *Weltkultur* zu gross wäre. Die Interessen und Ziele derer, die über die Macht verfügen, die natürliche Entwicklung der Menschheit zu verhindern, sind einfach zu beherrschend.

Jeder, der etwas anderes will als das, was offiziell betrieben wird und geplant ist, wird dies nicht ohne eigene Anstrengung erreichen.

Ob es Alternativen gibt? Ja, es gibt sie schon. Nur bedarf es einiges, um allein die Voraussetzungen dafür zu schaffen und erst einmal den Punkt zu erreichen, über konkrete und konstruktive Wege nachzudenken und sie dann zu beschreiten. Selbst schon der erste Schritt, in eine andere als die heutige Richtung zu gehen, verlangt nach etwas anderem als weglaufen, verdrängen oder anpassen. Nicht Keulen und Gewalt, Charaktere und Überzeugung werden gebraucht.

Jeder Kampf gegen die bestehenden Herrschaftsstrukturen ist heute noch ein Freiheitskampf. Ein Freiheitskampf nicht nur für das Deutsche Volk, sondern ein Freiheitskampf der gesamten, ach so widerständigen Menschheit. Findet dieser nicht bald statt oder ist dieser nicht erfolgreich, so könnte es in nicht all zu ferner Zukunft ein nackter Überlebenskampf sein, der dann wohl gegen eine frisch konstruierte «neue Menschheit» und ihre selbsternannten Götzen zu führen wäre.

Die Alternativen sind: wehren und kämpfen, um die laufenden Entwicklungen zur Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf Grosskonzerne und multinationale Organisationen zu stoppen und zu verhindern.

Obwohl letztlich die gesamte Menschheit betroffen ist, kann jede Gegenwehr nur auf nationaler Ebene erfolgen. In Deutschland, dem weltweit wohl korruptesten und subversivsten Staatsgebilde, von Ganoven mit einer auf Willkür und Terror gestützten Justiz, regiert, eingebettet in gleichgeschaltete Medien mit nichts Geringerem als dem Auftrag zur Gehirnwäsche, in diesem Deutschland sind, bevor überhaupt eine Gegenwehr gegen die geplanten Ziele möglich ist, erst einmal die Voraussetzungen für einen Freiheitskampf zu schaffen. Ohne Recht und Verantwortung ist in Deutschland eine Beteiligung an dem weltweiten Freiheitskampf nicht möglich, d.h., erst eine Beseitigung des herrschenden Hochverräter- und Ganovensystems, von dem Lügen zur Wahrheit und Wahrheit zu Lügen gemacht werden, schafft die Voraussetzung für eine Gegenwehr.

Jeder in Deutschland steht zunächst vor der Aufgabe, seinen eigenen Kopf von kunstvoll gestrickten Vergangenheitslügen zu entlasten und sich selbst mit dem ihm *zustehenden guten Gewissen* zu versorgen. So schwierig war das doch nicht, auch wenn dieses kleine Buch noch ein zweites Mal gelesen werden müsste oder auch noch einige eigene Überlegungen anzustellen sind. Auf dieser Voraussetzung lässt sich dann das, was bundesdeutsche Politiker parteiübergreifend treiben, endlich auch als das einordnen, was es ist: Unrecht, Betrug und Täuschung.

Damit sollten auch der eigentliche Kern und die wahren, mit dem *Feldzug gegen Rechtsradikalismus, Faschismus, Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit etc.* verfolgten Absichten erkannt werden können:

Durch die zentrale Diffamierung und Kriminalisierung alles Nationalen wird in Deutschland der Weg zur Teilnahme an dem weltweiten Freiheitskampf verbaut!

Nur wenn rechtsstaatliche Zustände, bürgerliche Freiheiten und verantwortungsvolle, sozialstaatliche Verwaltung und Regierung wieder Allgemeingut sind, erst dann besteht auch in Deutschland eine Chance, die laufende Aushöhlung des Staates und die schleichende Versklavung aufzuhalten und zu verhindern.

Also wehren und kämpfen oder warten auf...

the End (oder doch «das Ende»?)

**Ganove der Menschheit, Staats- und Volksverbrecher
Dr. Helmut Kohl**

Otto Aufschwung

Gegen Domino - die Staatsmafia
Dokumentation zur deutschen Wiedervereinigung,
dem größten, deutschen Staatsverbrechen

245 Seiten, 332 Abbildungen, DIN A 4, PB, DM 36,-

Kohls staatsverbrecherische, deutsche Wiedervereinigung endlich aufgeklärt!

Mit diesem Buch wird eine detaillierte Dokumentation (> 300 Abbildungen) zu der historischen Zeit der deutschen Wi(e)dervereinigung vorgelegt. Entgegen allen bisherigen und sich täglich wiederholenden, äußerst seltsamen Schilderungen und Darstellungen in den deutschen Medien, kann in diesem Buch wohl erst- und einmalig die von der Bundesregierung politisch „gemanagte“ Wi(e)dervereinigung nicht nur beschrieben, sondern auch *be- und nachgewiesen* werden. Der Aufbau der Dokumentation entspricht dabei einem Weg bis zur Aufdeckung kapitaler Staatsverbrechen einer Bundesregierung. Regierungsanweisungen zur Vernichtung der vormaligen DDR-Wirtschaft, betrieben von Deutschlands Banken und Sparkassen und deren Aufsichtsbehörden, gedeckt von einer pervertierten Justiz und behilflichen, öffentlichen Amtsinhabern und Mandatsträgern. Ein Weg zu Hintergründen auf der weltpolitischen Bühne, auf der das Ereignis der deutschen Wiedervereinigung spielte.

Mit der von der Kohlregierung sabotierten, deutschen Wiedervereinigung wurden nicht Einzelne, sondern das gesamte, deutsche Volk verraten, betrogen und aller seiner Rechte beraubt.

Die Dokumentation, gestützt auf umfangreichste Beweisdokumente aus den beteiligten Banken und staatlichen Organisationen, belegt aber nicht nur die politisch-kriminellen Machenschaften bei der Umsetzung

und Durchführung von Staatsverbrechen. Selbst die gesamten, bis heute geheimgehaltenen und von den Medien als Tabu-Thema verschwiegenen, politischen Ursachen, Zusammenhänge und Hintergründe werden offengelegt.

Bis ins Detail wird das gesamte Verfahren dargelegt, nach dem auf Anweisung der Kohl-Regierung die von der Treuhand an Existenzgründer privatisierte Wirtschaft liquidiert wurde. Hinter dem mediengepuschten Schneiderskandal, dem Starschuß des Pleitenzaubers, entwickelte Deutschlands Kreditwirtschaft mit voller Unterstützung der bundeseigenen Deutschen Ausgleichsbank so wie der gesamten, bundesdeutschen Bankenaufsicht die vormalige DDR zum Sozialhilfestaat.

Das Kohlregime wurde dabei nicht nur von allen „rechtsstaatlich-demokratischen“ Parteien, sondern von allen im Deutschen Bundestag versammelten Mandatsträgern tatkräftig unter- und gestützt. Selbst die gesamte Justiz, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Senate und ihre Richter, von korrupten und nur noch dem Parteiverrat verpflichteten Rechtsanwälten nicht erst zu reden, sind seither nichts anderes, als übelste Erfüllungsgehilfen des die Bundesrepublik Deutschland beherrschenden, staatlichen Verbrechersystems. Auch dieser Weg, der sog. Rechtsweg, ist detailliert über alle Stufen von Rechtsbeugung, Willkür und Terror dokumentarisch festgehalten.

Kohls Leistungen machten ihn zur Lichtgestalt der deutschen Geschichte: zum größten, deutschen Verbrecher aller Zeiten.

Sollten Sie nur einen der genannten Punkte für unmöglich, unglaublich oder auch nur für übertrieben halten, so können und *müssen* Sie nachlesen. Jeder ist umfangreich nachgewiesen, und die Zusammenhänge sind lückenlos belegt.

<p>GUWG-Verlag, Rathausstraße 51, 50169 Kerpen Tel (02273) 603734, Fax (02273) 603758 Im Buchhandel erhältlich unter ISBN 3-934323-00-6</p>
--

Aktuelle Politik und deutsche Geschichte erkennen und verstehen.
Korruption, Betrug und Täuschung
regieren das Land!

Sie sind verwundert über die aktuelle Tagespolitik? Sie sind erstaunt über Skandale, unterlassene Reformen, deutschlandfeindliche Entscheidungen, über die Ergebnisse der deutschen Wiedervereinigung? Über den Verfall und die sich wandelnden, gesellschaftlichen Werte? Sie fragen sich, wann das fast täglich ins Negativere gerückte Bild der deutschen Vergangenheit endlich seinen Endpunkt erreicht hat? Wann Deutschlands Politiker, ausgestattet mit Gedächtnislücken größten Umfangs, sich endlich behandeln lassen? Sie fragen sich, wo Demokratie und Rechtsstaat „vergraben“ liegen, und wen Sie überhaupt noch wählen wollen?

Die Antworten kann tatsächlich Jeder *selbst* finden. *Jeder kann sich von den wahren Hintergründen und Absichten selbst überzeugen.* Nicht medienpräsentierte Lösungen oder wie Fertigerichte verkaufte Meinungen. Sie können sich Ihre Meinung selbst bilden! Völlig ohne Spekulationen. Allein mit der Suche nach Antworten auf Fragen, die als Grundlage tatsächlich stattgefundene, großpolitische Ereignisse berücksichtigen. Diese in ihre vorhandene Abhängigkeit gestellt, und von den konstruierten Ungereimtheiten befreit, lassen sich nicht nur Vergangenheit, sondern auch aktuelle Politik, bis hin zur für uns alle geplanten Zukunft recht einfach erkennen. Vergleiche und ergänzende, *eigene* Fragen zu den von der herrschenden Klientel mit täglichem „Medienpower“ indoktrinierten „Wahrheiten“ sind der Weg, auf dem jeder *seinen Kopf frei* machen und *seine eigene* Überzeugung und Meinung finden kann. Unmanipuliert und ungefiltert. Die Wahrheiten von 130 Jahren Politik.

Wer Deutschlands aktuelle Politik und die von ihr geplante Zukunft erkennen und verstehen will, findet Verständnis und Erklärungen nur unter Berücksichtigung der Vergangenheit, d.h., in den gesamtpolitischen, zeithistorischen Abläufen und Zusammenhängen. Erst wenn das Geschichtsbild der weltpolitischen Entwicklungen des gesamten 20. Jahrhunderts korrekt erkannt wird, erst dann läßt sich die aktuelle Politik und auch die weltweit geplante Zukunft erkennen und verstehen.

Wer Demokratie, Rechtsstaat und soziale Verantwortung für gesellschaftlich erforderliche Grundwerte hält, der hat heute noch die Möglichkeit, sich am Freiheitskampf der Menschheit zu beteiligen. In nicht allzuferner Zeit dürfte dies nicht mehr möglich sein, da es dann keine Menschen, sondern nur noch Kreaturen geben wird.

Weil die Wahrheiten für *jedermann* und *jedermanns Zukunft* so enorm wichtig und entscheidend sind, wurden *alle* bundespolitischen Volksvertreter - unter Beigabe dieses Buches - darüber informiert. Die Antwort der SPD-Fraktion ist beispielhaft abgebildet.